

# Preussische Allgemeine



Nr. 22 · 2. Juni 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



## Vor dem Sturm

Über die jüngsten Entwicklungen im Ukrainekrieg und mögliche Konsequenzen für Deutschland und Europa **Seiten 2 und 3**



„Auf, nach Oregon!“ Als ein Deutsch-Amerikaner gen Westen zog **Seite 10**



Lebensstil Potsdams Marmorpalais zeigt ein Service von 1795 **Seite 10**

### AUFGEFALLEN

## Der deutsche Niedergang macht Sorgen

Das Abrutschen der deutschen Wirtschaft in die Rezession war womöglich nur der Auftakt für einen langen und grundlegenden Niedergang der bisherigen Kraftmaschine Europas. Unter der Überschrift „Europas Wirtschaftsmotor geht kaputt“ malt der US-Finanznachrichtendienst „Bloomberg“ ein düsteres Bild von der Zukunft der größten Volkswirtschaft des Kontinents.

Ökonomen erwarten laut dem Dienst, dass das Wachstum der deutschen Wirtschaft in den kommenden Jahren hinter dem seiner Nachbarn zurückbleiben wird. Ein Grund dafür sei, dass das Land den Energiebedarf seiner Industrie nicht zuverlässig und langfristig decken könne.

Der Internationale Währungsfonds gehe überdies davon aus, dass die Bundesrepublik schon im laufenden Jahr die schlechteste Konjunktur-entwicklung aller G7-Staaten durchlaufen werde. Zu Wort kommt bei „Bloomberg“ der BASF-Chef Martin Brudermüller: „Die Probleme, die wir in Deutschland haben, kumulieren“, so der Industriekapitän.

Kritiker reiben sich seit dem Start der „Ampel“ die Augen, mit welcher Rücksichtslosigkeit die neue Regierung die wirtschaftliche Basis des Landes für ideologische Ziele gefährdet. Zuvor waren auch die langen Merkel-Jahre alles andere als von wirtschaftspolitischer Dynamik gekennzeichnet. Der damals eingeleitete langsame Niedergang scheint sich jetzt zu beschleunigen – und der Rest der Welt nimmt das durchaus wahr.

### POLITIK

## Die Quittung für das lange Ignorieren des Bürgerwillens

Vertreter der Regierungsparteien zeigen sich geschockt über das Umfragehoch der AfD – und blenden dabei ihren eigenen Anteil an dieser Entwicklung aus

VON RENÉ NEHRING

Über diesen „Schock“ können sich nur Ignoranten wundern. Während es seit Monaten für die Regierungsparteien in den Meinungsumfragen nur nach unten geht, klettert die AfD von Woche zu Woche steil nach oben. Zu Pfingsten waren es laut INSA bereits 18 Prozent, womit die Rechtspopulisten die Grünen (13 Prozent) und die FDP (neun Prozent) deutlich hinter sich lassen und sogar nahe an die SPD (20 Prozent) heranrücken. Die Union aus CDU und CSU stagniert weitgehend bei 30 plus/minus zwei Prozent.

Bei den Regierungsparteien sorgen diese Zahlen erwartungsgemäß für Entsetzen – und für ebenso erwartungsgemäße Reaktionen. Anstatt selbstkritisch zu hinterfragen, warum Wähler, die ihnen noch vor Kurzem das Vertrauen geschenkt haben, nun nicht mehr ihr Kreuz bei einer der „Ampel“-Parteien setzen würden, zeigen sie reflexartig auf die politischen Wettbewerber. So werfen Politiker der Grünen dem Koalitionspartner FDP und der Union vor, mit ihrer „Polemik“ gegen die „Klimaschutzmaßnahmen“ mitverantwortlich für den Aufstieg der AfD zu sein. Dass sie selbst Teil des Problems sein könnten, kommt ihnen nicht in den Sinn.

Wer sich die Politik der letzten Jahre ansieht, kann jedoch weniger über den Aufstieg der Populisten und den Absturz

der „Ampel“ erstaunt sein als vielmehr über das Staunen der etablierten Parteien über diese Entwicklung. Denn seit Jahren forcieren die Verantwortlichen auf wichtigen Themengebieten Entscheidungen, die gegen den empirisch ermittelten Willen der Bürger stehen. Sie kämpfen für „offene Grenzen“ für Asylbewerber, obwohl fast drei Viertel der Deutschen dies ablehnen. Sie betreiben eine Energiewende, die der eigenen Klientel dank großzügiger Subventionen die Taschen füllt, den Bürgern dieses Landes jedoch die weltweit höchsten Energiepreise beschert. Und sie bekämpfen aus ideologischen Gründen das Auto, obwohl es die wichtigste Säule der heimischen Volkswirtschaft ist.

### Eine befremdliche Tradition

Weitere Themen ließen sich nennen. Da in diesen Tagen die Europäische Zentralbank ihren 25. Geburtstag begeht, sei daran erinnert, dass schon die Abschaffung der D-Mark und die Einführung des Euro von drei Vierteln der Deutschen abgelehnt worden war. Das Durchdrücken von Eliten-Projekten gegen den klar erkennbaren Willen der Mehrheit der Wähler hat inzwischen eine lange Tradition.

Eine wesentliche Ursache für die skizzierte Entwicklung ist die zunehmende räumliche Trennung zwischen Volk und Volksvertretern. Während die Mehrheit der Mandatsträger in Ballungsräumen lebt und sich dort in kleinen Kreisen im Dauer-

zweigespräch mit den immer gleichen Kommentatoren befindet, leben noch immer rund 70 Prozent der Deutschen in kleinen und mittleren Städten sowie auf dem Lande. Auch wenn diese Bürger vom politisch-medialen Mainstream kaum noch wahrgenommen oder gar für abgehängt erklärt werden, sind sie doch noch immer präsent. Und da sie in der Regel zu denjenigen zählen, die mehr in die Staatskasse einzahlen als sie von ihr bekommen, sind sie durchaus auch selbstbewusst.

In diesen Regionen, die im Grunde schon in den Randgebieten der Metropolen beginnen, wollen sich die Bürger weder den Verzicht aufs Auto – das für sie kein Luxusgut ist, sondern eine Grundvoraussetzung für ihr Leben – vorschreiben lassen noch den Verzicht auf Fleisch, noch die Anzahl der Geschlechter, die ihnen irgendwelche Gender-Aktivistinnen vorzählen. Die Gründung einer Familie und der Bau eines Eigenheims sind für sie keine Horrorvorstellung, sondern noch immer Bausteine eines glücklichen Lebens.

Angesichts dieser Lage sollte es niemanden wundern, wenn immer mehr Bürger der „Ampel“ die Gefolgschaft verweigern und mit einer Partei sympathisieren, die am entschiedensten Nein zu der beschriebenen Entwicklung sagt. Wer ernsthaft gegen den Populismus vorgehen will, braucht sich in der Regel einfach nur an dem zu orientieren, was die Mehrheit der Bürger dieses Landes will.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Brandenburgs Schulen haben ein zunehmendes Gewaltproblem **Seite 5**

#### Kultur

Dresdens Grünes Gewölbe wird 300 Jahre alt – und jubelt dennoch nicht **Seite 9**

#### Das Ostpreußenblatt

Arvydas Vaitkus ist neuer Bürgermeister von Memel **Seite 13**

#### Heimat

Ein deutscher Verein in Masuren zeigt Kirchen aus dem Kreis Johannisburg **Seite 23**



#### Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite [paz.de](http://paz.de)



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt



Warten auf den „Gamechanger“: Seit Ausbruch des Ukrainekriegs wird das Kampfgeschehen von Debatten begleitet, mit welchen westlichen Waffensystemen eine Wende auf dem Kriegsschauplatz herbeigeführt werden könnte. Im Bild das Training ukrainischer Soldaten für den Einsatz am Leopard 2 durch polnische Soldaten im niederschlesischen Neuhammer am Queis [Świątoszów] Foto: ddp images

# „Die Europäisierung des Krieges schreitet Schritt für Schritt voran“

Über die erwartete ukrainische Großoffensive, die Debatte um die Lieferung von F16-Kampffjets und die Unwahrscheinlichkeit eines nahen NATO-Beitritts der Ukraine

IM GESPRÄCH MIT  
GENERAL A.D. HARALD KUJAT

**D**ie Lage im Ukrainekrieg ist unübersichtlich. Während eine Stadt im Donbass seit Wochen die Nachrichten bestimmt und die Welt gespannt auf eine ukrainische Gegenoffensive wartet, erklärt die NATO, Kampffjets in das Kriegsgebiet liefern zu wollen, ohne jedoch konkret zu werden. Zeit, mit einem Experten, der die ukrainische und die russische Armee ebenso kennt wie die NATO-Streitkräfte, ein wenig Licht in das Dunkel zu bringen.

**Herr Kujat, lassen Sie uns zunächst über die Stadt Bachmut reden, deren Schicksal sinnbildlich für den gegenwärtigen Stand des Ukrainekriegs steht. Einerseits hören wir ständig, dass die Russen zurückweichen. Dann jedoch sagt der ukrainische Präsident Selenskyj, Bachmut bestehe nur noch in den Herzen seiner Landsleute. Die Informationen auf russischer Seite sind ähnlich verworren. Da verkündet der Chef der „Wagner“-Söldner, Jewgenij Prigoschin, einerseits die Einnahme der umkämpften Stadt, auf der anderen Seite klagt er seine Regierung für die katastrophale Lage vor Ort an. Wie bewerten Sie dies?**

Die Frage ist ja: Welche Ziele haben Russland und die Ukraine in Bachmut verfolgt? Und warum war es für beide Seiten so schwierig, die Oberhand zu gewinnen? Kämpfe in

Ortschaften sind stets äußerst schwierig und verlustreich. In Bachmut wurde zum Teil in Hochhäusern gekämpft, in denen beide Kriegsparteien gleichzeitig saßen.

Dass überhaupt so verblissen um die Stadt gekämpft wurde, liegt weniger an der strategischen als an der symbolischen Bedeutung für die Kriegsparteien. Die Ukrainer haben versucht zu demonstrieren, dass sie standhaft gegenüber der russischen Aggression sind, weil davon die westliche Unterstützung wesentlich abhängt. Nur dann, wenn die westliche Hilfe auch dazu beiträgt, dass die Ukraine Erfolge verzeichnen kann, ist sie auch weiterhin gewährleistet.

Der russischen Seite ging es hingegen darum, so viel ukrainische Streitkräfte zu binden und auszuschalten wie nur möglich, um deren Kampfkraft in der seit Wochen angekündigten Großoffensive zu reduzieren.

In gewisser Weise haben beide Seiten „Erfolg“ gehabt. Die Ukraine hat erreicht, dass die westliche Unterstützung weiter anhält. Und Russland hat den ukrainischen Streitkräften, die sich insgesamt in einem kritischen Zustand befinden, in Bachmut erhebliche Verluste zugefügt.

**Worin drückt sich das aus?**

Aktuell hören wir nur Meldungen über die Erfolge der Ukraine und die Stärke ihrer Streitkräfte. Richtig ist, dass diese durch die Ausbildung nach NATO-Standards und westliche Waffenlieferungen erheblich an Kampfkraft gewonnen haben. Ebenso richtig ist aber auch, dass die Ukraine seit Kriegsbeginn einen ho-

hen Blutzoll zahlt und die geplante Großoffensive weitere erhebliche Verluste fordern wird.

Seit einiger Zeit werden von beiden Seiten örtlich begrenzte Vorstöße unternommen. Hinzu kommt, dass Russland offenbar fast täglich Angriffe auf Munitionsdepots, Treibstofflager und Führungsstäbe in der Nähe der Front sowie zunehmend auf Flugplätze durchführt. Auch Depots im Hinterland werden angegriffen, wo westliche Waffen und Munition ankommen, die von dort verteilt werden. Dadurch versucht Russland anscheinend, die Offensiv- und Durchhaltefähigkeit der ukrainischen Streitkräfte so weit wie möglich zu schwächen, um aus der strategischen Defensive zum Gegenstoß anzusetzen, sollte die ukrainische Offensive ins Stocken geraten.

**Die erwartete ukrainische Großoffensive war neben der Lage in Bachmut eines der großen Themen der letzten Wochen. Manche Medien haben deren Beginn bereits gemeldet, andere sind zurückhaltender.**

Dazu gibt es unterschiedliche Informationen. Von ukrainischer Seite hieß es kürzlich, die Offensive habe schon begonnen. Die stellvertretende US-Außenministerin Nuland erklärte dagegen, die Offensive sei seit etwa vier bis fünf Monaten von den USA mit vorbereitet worden und wahrscheinlich zeitgleich mit dem NATO-Gipfel am 11./12. Juli in Litauen geplant.

Für die Ukraine hat diese Offensive eine große Bedeutung. Zumindest ein Teilerfolg wäre wichtig, denn scheitert sie vollständig, gibt es auf lange Zeit keine zweite Chance.

—  
„Ein Scheitern der Großoffensive könnte die ukrainischen Streitkräfte in eine Lage versetzen, aus der sie sich aus eigener Kraft nicht befreien können. Wird dann als nächste Eskalationsstufe das Eingreifen der NATO gefordert?“

Allerdings hält man es derzeit in Washington für unrealistisch, dass es gelingen könnte, die Russen vollständig aus den besetzten Gebieten zurückzudrängen. Deshalb ist wohl davon auszugehen, dass die ukrainischen Streitkräfte versuchen werden, bis zur Landbrücke zwischen Russland und der Krim vorzustoßen, um die Krim zu isolieren. Zugleich käme die Kertsch-Brücke, die dann verbliebene Verbindung mit Russland, in die Reichweite der ukrainischen Waffen. Die Krim hat als Drehscheibe für die Unterstützung und Versorgung der russischen Angriffsverbände strategische Bedeutung. Ein Erfolg der Ukraine würde zudem die weitere Unterstützung des Westens sicherstellen.

In diesem Zusammenhang sollte der strategische Vorteil Russlands erwähnt werden, dass die russischen Streitkräfte mit Drohnen und hochmodernen Marschflugkörpern über große Distanzen von zweieinhalb- bis dreitausend Kilometern angreifen können. Die Ukraine kann die Marschflugkörper zwar im Endanflug bekämpfen, verfügt aber nicht über die Möglichkeit, die Abschussanlagen tief im russischen Hinterland zu zerstören. Dafür versucht Kiew seit Monaten, vom Westen weitreichende Waffensysteme zu erhalten. Doch die amerikanische Regierung hat das bislang verweigert. Die gelieferten Mehrfachraketenwerfer HIMARS wurden nur mit Munition ausgestattet, deren Reichweite etwa 80 Kilometer beträgt, nicht die mit einer Distanz von 300 Kilometern. Die amerikanische Regierung will verhindern, dass mit ihren Waffen und ihrer Munition russisches Kern-

land angegriffen wird, um eine direkte Konfrontation mit Russland zu vermeiden.

#### Halten Sie es für möglich, dass es gar nicht erst zu der großen ukrainischen Offensive kommen wird?

Ich denke, sie müssen es wagen. Präsident Selenskyj hat ja auch zu Beginn dieser Woche erklärt, dass der konkrete Zeitplan dafür feststehe. Die ukrainischen Streitkräfte könnten zwar nicht auf breiter Front angreifen. Aber sie könnten mit den zwölf in NATO-Ländern, darunter Deutschland, gut ausgebildeten und ausgerüsteten Brigaden einen Schwerpunkt bilden, in dem ihnen ein Durchbruch durch die tief gestaffelten russischen Verteidigungsstellungen gelingt.

Fraglich ist allerdings, ob sie in der Lage wären, genügend gut ausgebildete und ausgerüstete Kräfte nachzuführen, um einen Anfangserfolg auszubauen und erobertes Gelände zu halten. Die Personallage der ukrainischen Streitkräfte ist kritisch. Ihre hohen Verluste werden überwiegend durch kurz ausgebildete Soldaten ohne Kampferfahrung ausgeglichen. Sollten die Ukrainer ihre Offensivkraft im Verlauf der Offensive einbüßen, könnte sich das Blatt sehr schnell wenden und die russischen Streitkräfte die Initiative übernehmen. Dann wäre es für die Ukraine sehr schwierig, einen russischen Gegenangriff abzuwehren.

#### Das heißt, eine Offensive könnte schnell zum Boomerang werden?

In der Tat. Die Russen haben sich offensichtlich zur strategischen Defensive entschlossen. Sie warten den Beginn der ukrainischen Offensive ab und ergreifen die Gelegenheit, falls sich diese festfährt, um selbst zum Gegenangriff überzugehen. Wenn die erwartete ukrainische Offensive scheitern sollte, gäbe es wahrscheinlich keine zweite Chance, die russischen Angreifer aus dem Land zu vertreiben. Daher rührt auch die Skepsis in Washington und selbst in Kiew.

#### Ein großes Thema der letzten Wochen war auch die Lieferung westlicher Kampfjets an die Ukraine. Nach langer Zurückhaltung haben die USA dem nun zugestimmt. Zugleich haben sie jedoch klargemacht, dass sie selbst keine Jets liefern werden.

Ja, das stimmt. Der Hauptgrund für die amerikanische Zurückhaltung ist die von Präsident Biden verkündete Doktrin, keine Waffen zu liefern, mit denen die Ukraine in der Lage wäre, russisches Kerngebiet anzugreifen, wodurch dann die Gefahr bestünde, dass die USA selbst und/oder die NATO in den Krieg hineingezogen würden. Ein weiterer Grund ist aber auch, dass Russland über eine sehr starke, integrierte Luftverteidigung verfügt.

#### Die Kampfjet-Debatte ruft in Erinnerung, dass der Luftkrieg, der in modernen Kriegen eigentlich eine zentrale Rolle spielt, in der Ukraine bislang kaum stattfindet.

Es finden durchaus Einsätze der Luftstreitkräfte statt, von russischer Seite insbesondere zur Unterstützung der Bodentruppen. Aber richtig ist, dass bislang kein Luftkrieg stattfindet, in dem beispielsweise von Jagdflugzeugen begleitete Bomber Flächenbombardements ausführen, die von der bodengestützten Luftverteidigung und Abfangjägern abgewehrt werden. Die russischen Luftstreitkräfte sind nicht darauf angewiesen, ihre Flugzeuge in die Reichweite der ukrainischen Luftverteidigung zu schicken. Sie verfügen über geeignete Abstandswaffen wie Gleitbomben, Marschflugkörper und Hyperschallwaffen, die nur sehr schwer bekämpft werden können. Die ukrainische Luftverteidigung hat zwar sehr leistungsfähige westliche Systeme erhalten und ist damit auch erfolgreich, hat jedoch inzwischen auch Verluste zu verzeichnen.

#### Was könnten westliche Kampfjets für die Ukrainer bringen?

Bislang galt jedes neue Waffensystem, das die Ukraine bekam, als „Gamechanger“. Das war bei den HIMARS-Raketen so, dann bei den Schützenpanzern wie dem Marder und auch bei Kampfpanzern wie dem Leopard 2. Auch jetzt hat sich der ukrainische Präsident überzeugt gezeigt, mit F-16-Kampfflugzeugen schon bald einen Sieg erringen zu können. Ohne die westlichen Waffensysteme wäre die

Ukraine nicht in der Lage sich zu verteidigen. Aber die strategische Gesamtlage haben sie nicht verändert. Und das werden die F-16 auch nicht.

Immer, wenn die Lage für die Ukraine kritisch ist, wird die Eskalationsschraube durch die Forderung nach noch leistungsfähigeren Waffensystemen weitergedreht. Und immer wieder haben die europäischen NATO-Staaten ihre roten Linien überschritten, während die Vereinigten Staaten sich weitgehend an die von Präsident Biden erklärten Beschränkungen halten. Die Europäisierung des Krieges schreitet Schritt für Schritt voran, mit Deutschland an der Tête. Bereits ein Scheitern der angekündigten Großoffensive könnte die ukrainischen Streitkräfte in eine Lage versetzen, aus der sie sich aus eigener Kraft nicht befreien können. Wird dann als nächste Eskalationsstufe das Eingreifen der NATO gefordert?

Übrigens ist noch nicht klar, wie viel und von wem F-16 geliefert werden, sowie um welche Version es sich mit welcher Bewaffnung handelt. Wir wissen auch nicht, wie die Ukraine die Flugzeuge einzusetzen beabsichtigt – zur Unterstützung der Bodentruppen, im Verbund mit den bodengestützten Luftverteidigungssystemen oder zur Ausschaltung russischer Waffensysteme tief im russischen Kernland. Angeblich hat die Ukraine gegenüber den USA die feste Zusicherung gegeben, Letzteres nicht zu beabsichtigen. Da die F-16 nicht über eine Tarnkappentechnik verfügt, wären die Flugzeuge gegenüber der sehr effektiven russischen Luftverteidigung allerdings sehr verwundbar.

Hinzu kommt, dass die Ausbildung der Flugzeugführer eine erhebliche Zeit dauert, insbesondere im Hinblick auf die Fähigkeit zum Kampfeinsatz in den verschiedenen Varianten. Auch die Ausbildung des Wartungs- und Instandsetzungspersonals und der Aufbau der Boden- und Logistikorganisation dauert viele Monate, wenn nicht Jahre.

#### In der Öffentlichkeit für Furore gesorgt haben in den letzten Wochen Meldungen über diverse Aktionen auf russischem Gebiet. Gleich mehrfach wurden Drohnenangriffe auf Moskau gemeldet, davon einer gegen den Kreml. Und bei Belgorod gab es sogar auf dem Boden Anschläge vermeintlicher russischer oppositioneller Kämpfer gegen russische Einrichtungen. Wie bewerten Sie diese Aktionen? Wer steckt dahinter – und was bringen sie?

Anschläge wie der bei Belgorod sind für Russland politisch unangenehme Nadelstiche, machen jedoch militärisch wenig Sinn. Sie sollen zeigen, dass Russland verwundbar ist. Und möglicherweise zwingen derartige Einsätze die Russen auch, Kräfte zur Verstärkung der langen russisch-ukrainischen Grenze einzusetzen, die dann im Donbass fehlen.

Mit den jüngsten Drohnenangriffen auf Moskau reagiert die ukrainische Regierung offensichtlich demonstrativ auf die russischen Luftangriffe auf Kiew. Offiziell hat die Ukraine dafür nicht die Verantwortung übernommen. So war es zunächst auch nach dem Drohnen-Angriff auf den Kreml vor ein paar Wochen. Inzwischen haben amerikanische Regierungsvertreter eingeräumt, dass der Angriff wahrscheinlich von einer der speziellen Militär- oder Geheimdiensteinheiten der Ukraine durchgeführt wurde.

Die US-Regierung ist offensichtlich von den verdeckten Aktionen und Anschlägen der Ukraine gegen russische Ziele genervt. Denn diese haben – jedenfalls bisher – keinen Einfluss auf den Kriegsverlauf, aber potentiell große eskalatorische Konsequenzen. Ein besonders kritisches Beispiel ist der Drohnenangriff auf den russischen Flugplatz Engels im Dezember letzten Jahres, auf dem nuklearfähige strategische Bomber stationiert und möglicherweise, zumindest in der Nähe, auch Nuklearwaffen gelagert sind.

#### Im Zuge des G7-Treffens in Japan vor wenigen Tagen unternahm Bundeskanzler Scholz einen Abstecher an die innerkoreanische Demarkationslinie am 38. Breitengrad. Diese gilt weltweit als Symbol für einen eingefrorenen Konflikt, der zwar nicht ausgeräumt ist, der aber auch nicht weiter täglich Menschenleben fordert.



Militärisch kaum relevant, doch symbolisch durchaus wirksam: Drohneneinschläge in Moskau

Foto: action press

#### Wollte Scholz mit diesem Besuch die Möglichkeit einer Korea-Lösung auch für den Ukrainekrieg andeuten?

In den USA gibt es schon seit einiger Zeit eine Diskussion über eine „Korea-Lösung“, und zwar sogar innerhalb der amerikanischen Administration und auch unter Beteiligung des Nationalen Sicherheitsrates. Deshalb ist die Vermutung naheliegend, dass sich Scholz mit seinem Besuch an der innerkoreanischen Grenze einen persönlichen Eindruck verschaffen wollte.

Ich würde ein solches Waffenstillstandsmodell jedoch nicht als „Lösung“ bezeichnen. Die Option des „Einfrierens“ hat gegenüber einer Verhandlungslösung erhebliche Nachteile. Russland führt diesen Krieg, um zu verhindern, dass die Ukraine Mitglied der NATO wird. Denn das westliche Bündnis, vor allen Dingen die Vereinigten Staaten, könnten wie in Südkorea ein erhebliches Truppenkontingent in der Ukraine dislozieren. Es würde also genau das eintreten, was Moskau zu verhindern sucht, und die geopolitischen Verhältnisse würden für lange Zeit, möglicherweise auf Dauer, zuungunsten Russlands verändert.

Auch für die Ukraine ergäbe ein „Einfrieren“ des Konflikts wenig Sinn, weil dann große Teile der Regionen Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson unter russischer Kontrolle blieben. Auch die Krim bliebe russisch, womit Kiew kein einziges der von Präsident Selenskyj genannten strategischen Ziele erreicht hätte. Die Ukraine würde deutlich schlechter dastehen gegenüber dem, was zwischenzeitlich in Verhandlungen zwischen Moskau und Kiew erreicht worden war.

Aber man weiß nie. Es können in Kriegen immer Situationen entstehen, in denen auf allen Seiten eine Erschöpfung eintritt und plötzlich eine Lösung möglich wird, die kurz davor noch undenkbar schien.

#### Wobei, wenn ich Sie richtig verstanden habe, die Russen weniger Zeitdruck haben.

Richtig. Dadurch, dass den ukrainischen Streitkräften die Möglichkeiten fehlen, den Russen die beiden strategischen Vorteile zu nehmen – logistische Drehscheibe Krim und Angriffe mit Abstandswaffen über zwei- bis dreitausend Kilometer – und dadurch, dass die NATO nichts unternommen wird, wodurch sie in den Krieg hineingezogen würde, kann Russland praktisch allein die Intensität und den Verlauf der Kampfhandlungen bestimmen.

Deshalb stellt sich in den USA und bald auch in Europa immer drängender die Frage, wie lange man eigentlich noch diesen Krieg unterstützen soll. Einen Krieg, der so viele ukrainische Opfer und die Zerstörung des Landes fordert und für den unsere Bürger erhebliche Belastungen und Einbußen in Kauf nehmen müssen. In den Vereinigten Staaten, vor allem unter den Republikanern, läuft diese Diskussion ja längst ganz offen.

#### Ein Dauerthema derzeit ist auch die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine. Bundeskanzler

„Wie weit die Ukraine von einer NATO-Mitgliedschaft entfernt ist, zeigt der Vergleich mit Finnland, das im April als 31. Mitglied in die Allianz aufgenommen wurde. Finnland ist eine funktionierende Demokratie und ein Rechtsstaat“

#### Scholz hat dazu dieser Tage in einem Interview gesagt, dass er diese so schnell nicht sehe. Teilen Sie diese Ansicht?

Durchaus. Die Ukraine fordert für die Aufnahme in die westliche Verteidigungsallianz sogar schon im Rahmen des nächsten NATO-Gipfels am 11./12. Juli eine feste Zusage. Scholz stellte in diesem Interview klar, dass die Ukraine derzeit wichtige Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft nicht erfüllt.

Auch der NATO-Generalsekretär hat inzwischen gesagt, dass es keine Einigkeit im Bündnis über eine Aufnahme der Ukraine gäbe. Dies ist eine interessante Entwicklung. Denn diese Einigkeit ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass überhaupt ein Signal in Richtung einer Einladung zur Mitgliedschaft erfolgen kann.

#### Klar ist, dass die Ukraine im Moment auf keinen Fall NATO-Mitglied werden kann, weil das Bündnis dann sofort Kriegspartei wäre. Aber wie sieht es nach dem Ende des Krieges aus, unabhängig davon, wie dieser ausgeht?

Mitglied der Nordatlantischen Allianz kann ein europäischer Staat werden, wenn er durch einen einstimmigen Beschluss der Mitgliedstaaten des Bündnisses dazu eingeladen wird. Der Zweck der Allianz ist jedoch nicht, ein Land aufzunehmen, um ihm Sicherheit gegen einen Angriff zu geben und dadurch seine Mitgliedstaaten der Gefahr eines Krieges auszusetzen. Die Allianz ist ein Bündnis gegenseitiger kollektiver Sicherheit. Das bedeutet, ein Land kann nur dann Mitglied werden, wenn es zur Sicherheit des Vertragsgebietes und der anderen Mitgliedstaaten ebenso beiträgt wie diese zu der des Beitrittskandidaten.

Eine weitere wichtige Voraussetzung ist, dass der innerstaatliche Zustand des Landes geeignet ist, die Grundsätze des Nordatlantikvertrages zu fördern. Dazu gehören insbesondere eine funktionierende Demokratie und die Freiheit der Person sowie die Gewährleistung der Herrschaft des Rechts. Von Letzterem ist die Ukraine allein schon wegen der allseits bekannten Korruption im Land, die bis in höchste Kreise reicht, weit entfernt. Auch um die Rechte der Minderheiten ist es schlecht bestellt.

Wie weit die Ukraine von einer NATO-Mitgliedschaft tatsächlich entfernt ist, zeigt der Vergleich mit Finnland, das im April als 31. Mitglied in die Allianz aufgenommen wurde. Finnland ist eine funktionierende Demokratie und ein Rechtsstaat. Das Land leistet einen großen Beitrag zur gegenseitigen, kollektiven Sicherheit des Bündnisses.

Für eine sichere Zukunft der Ukraine wäre es wichtig, dass am Ende des Krieges ein ausgewogenes Abkommen steht, das vorrangig eine europäische Friedens- und Sicherheitsordnung ermöglicht, in der die Ukraine und Russland ihren Platz haben und die Rivalität der USA und Russland die Selbstbehauptung Europas nicht gefährdet.

Das Interview führte René Nehring.

#### Zur Person

● **General a. D. Harald Kujat** war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

## ● MELDUNGEN

## Woidke beharrt auf Kontrollen

**Berlin** – Die Regierungschefs von Brandenburg und Sachsen beharren trotz der ablehnenden Haltung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) weiterhin auf stationäre Grenzkontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien zur Eindämmung illegaler Einreisen. Faeser hat einen verstärkten Einsatz der Bundespolizei angeordnet. Eine vorübergehende Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen an den Grenzen zu Polen und zu Tschechien sei derzeit nicht Gegenstand der Überlegungen, so das Bundesinnenministerium. Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) reagierte darauf mit der Forderung, dass an der polnischen Grenze genau das gemacht werde, was an der Grenze zwischen Bayern und Österreich schon seit Jahren gang und gebe sei. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) warnte gegenüber der „Welt“ mit Blick auf die Migration vor einem Kollaps. Kretschmer forderte stärkere Instrumente und wirksame Abkommen zur Rückführung abgelehnter Asylbewerber und illegaler Einwanderer. H.M.

## Leistungen an EU anpassen

**Dresden** – Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer hat sich für eine Kürzung der Leistungen an Asylbewerber ausgesprochen. Im Interview mit dem „Münchner Merkur“ sagte Kretschmer, die Leistungen müssten an einen europäischen Wert angepasst werden. Der CDU-Politiker sagte, die Leistungen seien der zentrale Punkt, warum alle Asylbewerber quer durch Europa nach Deutschland wollten. Die Binnengrenzen könnten nur dann offen bleiben, wenn hier eine Anpassung stattfindet, so der sächsische Regierungschef. Kretschmer schlug vor, eine überparteiliche Kommission zu bilden, die innerhalb von sechs Monaten Vorschläge zur Reform der Asylleistungen vorlegen könnte. Bei seinen Koalitionspartnern SPD und Grüne stieß der Vorschlag des Ministerpräsidenten auf scharfe Kritik. Vertreter beider Parteien lehnen eine Kürzung der Leistungen für Asylbewerber ab. H.M.

## Milliarden für Migration

**Berlin** – In einer Unterrichtung über die Maßnahmen des Bundes zur Unterstützung von Ländern und Kommunen im Bereich der Flüchtlings- und Integrationskosten gibt die Bundesregierung bekannt, im Jahr 2022 insgesamt rund 28 Milliarden Euro für Flucht und Migration ausgegeben zu haben. Zwölf Milliarden davon entfielen laut dem Bericht auf die Bekämpfung von Fluchtursachen. 15 Milliarden habe der Bund im vergangenen Jahr aufgewendet, um Länder und Kommunen unmittelbar oder mittelbar zu entlasten. Aus dem Bundeshaushalt seien zudem Integrationsleistungen in Höhe von rund 2,3 Milliarden Euro geflossen. Mit weiteren rund drei Milliarden Euro habe sich der Bund im Bereich der Sozialleistungen für Flüchtlinge aus der Ukraine beteiligt. MRK



Viele Bürger fühlen sich von ihren Volksvertretern nicht gut repräsentiert: Kabinettsitzung mit Bodo Ramelow (o. M.) Foto: pa

### THÜRINGEN-MONITOR 2022

# Das Misstrauen steigt

Immer mehr Thüringer halten die Demokratie nicht mehr für besser

VON PETER ENTINGER

Seit Jahren ist die Regierungsbildung in Thüringen für die etablierten Parteien ein Drahtseilakt. Angesichts der immer stärker werden AfD werden zum Teil skurrile Allianzen gebildet. Die neue Ausgabe der Thüringen Monitors zeigt nun, dass sich immer mehr Menschen im Freistaat von der Demokratie an sich abwenden.

Die Zahl der Thüringer, die zufrieden mit der aktuellen Praxis der Demokratie waren, fiel im Vorjahr stark um 17 Prozentpunkte auf nur noch 48 Prozent. Vor allem auf dem Land sanken die Zustimmungsraten deutlich. Während in den großen Thüringer Städten fast zwei Drittel (64 Prozent) weiter mit der aktuellen Form der Demokratie zufrieden waren, sind es in ländlichen Regionen nur noch 41 Prozent gewesen.

Der Thüringen-Monitor 2022 ist das 22. Gutachten zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen. Im Zentrum der seit dem Jahr 2000 jährlich durchgeführten

Befragung der Thüringer Bevölkerung steht die Untersuchung ihrer politischen Einstellungen, ihrer Demokratiezufriedenheit und -unterstützung, ihres Institutionenvertrauens und der politischen Partizipation.

Trotz der rückläufigen Zufriedenheit im Freistaat stimmten statistisch gesehen noch immer mehr als vier von fünf Personen der Aussage zu, dass die Demokratie die beste aller Staatsideen sei. Thüringenweit deutlich gestiegen sind nach Aussage der Autoren jedoch populistische Einstellungen. Fast 60 Prozent der Bevölkerung seien als populistisch eingestellt zu bezeichnen. Im Vorjahr waren es 48 Prozent. So stimmten 64 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass „die Herrschenden und Mächtigen gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung handeln“. Sogar 81 Prozent der Befragten glaubten, dass sich Politiker immer einig seien, wenn es gelte, ihre Privilegien zu schützen.

Allerdings legen die Forscher Wert auf die Feststellung, dass es sich bei den als populistisch eingestuften Einstellungen

„Gerade im ländlichen Raum Thüringens befindet sich die Zufriedenheit mit der Demokratie auf einem besorgniserregenden Niveau“

Marion Reiser  
Wissenschaftliche Leiterin des  
Thüringen-Monitors

nicht zwangsläufig um „rechte“ Positionen handle. Klassische „rechtsextreme“ Muster würden von der deutlichen Mehrheit der Befragten nicht geteilt. Der Thüringen-Monitor kommt zu dem Ergebnis, dass rechtsextreme Einstellungen bei

zwölf Prozent der Befragten feststellbar seien, damit bleibt dieser Wert seit dem Vorjahr auf dem Tiefstand seit Beginn der Messungen.

Dennoch ist eine große Vertrauenskrise anhand der Zahlen belegbar. „Der Thüringer Landesregierung vertrauten 40 Prozent der Befragten, 2020 waren es 53 Prozent. Gerade im ländlichen Raum Thüringens befindet sich die Zufriedenheit mit der Demokratie auf einem besorgniserregenden Niveau“, sagte Marion Reiser, die wissenschaftliche Leiterin des Thüringen-Monitors, die das Gutachten im Auftrag der Landesregierung erstellt hat. Für die aktuelle Ausgabe des Thüringen-Monitors wurden 1885 Bürger in der Zeit vom 19. September bis 6. Dezember 2022 zu ihren Einstellungen zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus befragt.

In Bezug auf antisemitische Einstellungen wurde ermittelt, dass sechs Prozent der Befragten der Aussage zustimmen, „die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches und passen daher nicht recht zu uns“. Damit befinde sich Thüringen im nationalen Durchschnitt.

### Politiker weisen Berlin die Schuld zu

Interessant ist die Tatsache, dass die ohnehin schwachen Werte für die Landesregierung mit dem Blick auf die Bundesebene noch unterboten werden. Nur 22 Prozent der befragten Thüringer haben demnach Vertrauen in die Bundesregierung. So ist es wenig verwunderlich, dass die Landtagsparteien den Schwarzen Peter nach Berlin schieben. „Die Zufriedenheit mit der Demokratie wird dann ansteigen, wenn sich die Regierungen in Bund und Land um die echten Sorgen der normalen Bürger kümmern. Es geht um konkrete Antworten auf Inflation, Gesundheitsversorgung und Pflege, Unterrichtsausfall und Migrationschaos“, sagte der CDU-Fraktionschef Mario Voigt.

Derzeit wird Thüringen von einer Minderheitsregierung von Bodo Ramelow (Die Linke) angeführt. Jüngsten Umfragen zufolge liegt sie bei 25 Prozent und damit hinter der AfD von Björn Höcke, die auf 28 Prozent kommt. Für die „Demokratiekrise“ im Freistaat macht die Linke zumindest indirekt die AfD verantwortlich. „In den letzten Jahren haben wir eine Verschärfung des Tons in der politischen Kommunikation zu verzeichnen, der die Tür zum Populismus geöffnet und auch in der Gesellschaft immer salonfähiger gemacht wurde. Es geht nicht nur um das Verbreiten politischer Fehlinformationen, sondern auch um den Umgang in der Politik untereinander. Das führt nicht nur zu Frustrationen, das Ergebnis ist auch fehlendes Vertrauen in politische Akteure“, sagte der Fraktionsvorsitzende Stefan Dittes.

### WHO-STATISTIK

# Mehr Corona-Tote als angenommen?

Die Zahl von 14,9 Millionen Opfern basiert auf einer Schätzung der Weltgesundheitsorganisation

Am 19. Mai meldeten zahlreiche große deutsche Medien von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ bis hin zum ZDF, dass allein 2020 und 2021 „weltweit rund 15 Millionen Menschen an Covid-19 gestorben“ seien, womit das Coronavirus noch stärker gewütet habe als bislang angenommen. Hierbei bezogen sie sich auf eine Meldung der Nachrichtenagentur dpa, die wiederum die Angaben im gerade erschienenen Statistischen Jahrbuch der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aufgriff.

Die dort genannte Zahl von 14,9 Millionen Toten basiert aber lediglich auf einer Schätzung der allgemeinen Übersterblichkeit. Oder anders ausgedrückt: Sie schließt nicht nur die tatsächlichen Opfer des Krankheitserregers SARS-CoV-2 ein, sondern auch sämtliche Todesfälle aufgrund verschobener Operationen und Vorsorge-

untersuchungen sowie medizinischer Falschbehandlungen wie unnötiger invasiver Beatmung. Dazu kommen diejenigen, die infolge der sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Lockdowns oder an Impfkomplicationen starben. Nach eigenen Angaben ist die WHO außerstande, den jeweiligen Anteil der einzelnen Faktoren zu quantifizieren. Das heißt, sie weiß nicht, was letztlich tödlicher wirkte: das Virus oder die Maßnahmen zu dessen Eindämmung.

Es gibt Indizien, die eine Antwort hierauf liefern könnten. So schreibt die WHO, dass die Übersterblichkeit 2021 höher lag als 2020, und der stärkste Anstieg der zusätzlichen Todesfälle im Zeitraum von Februar bis Mai 2021 erfolgte, also zu Beginn der Impfkampagne. Das alles hielten die Leitmedien hierzulande jedoch keiner Er-

wählung wert. Sie beschränkten sich darauf, die unkorrekte dpa-Meldung ohne jedwedes Hinterfragen weiterzubreiten. Dies blieb aber nicht die einzige journalistische Fehlleistung.

### Leitmedien verhalten sich unkritisch

Was ebenfalls vollkommen unter den Tisch fiel, war der persönliche Hintergrund des verantwortlichen WHO-Datenanalysten William Msemburi aus Südafrika, der die Zahl 14,9 Millionen bereits im Dezember 2022 in einem Artikel im Fachmagazin „Nature“ mit dem Titel „Die WHO-Schätzung der Übersterblichkeit in Verbindung mit der Covid-19-Pandemie“ genannt hatte. Msemburis Karriere begann 2014 am Institute for Health Metrics and Evaluation der University of Washington in Seattle, das mithilfe einer

Großspende der Bill-und-Melinda-Gates-Foundation (B&MGF) gegründet worden war. Kurz darauf wechselte er direkt zu der Stiftung und betätigte sich zugleich als Berater der Impfallianz Gavi, die ebenfalls erhebliche Zuwendungen von dem Ehepaar Gates erhielt. Ab Januar 2020 arbeitete Msemburi für die WHO, bevor er im März 2023 wieder zur B&MGF zurückging. Dennoch verneinte der Südafrikaner im Zusammenhang mit der Einreichung seines Beitrages in „Nature“ jeglichen Interessenkonflikt.

Hier kritisch nachzuhaken und die genauso problematische Rolle von Msemburis Mitautoren zu beleuchten, wäre eigentlich die Aufgabe aller Medien gewesen, welche die Zahlen des früheren Technical Officers der WHO verbreiteten.

Wolfgang Kaufmann

## GESELLSCHAFT

## Das Gewaltproblem wächst

An Brandenburger Schulen hat die Zahl von körperlichen Attacken wieder zugenommen

VON HERMANN MÜLLER

Bereits im April sorgte ein Brandbrief zweier Lehrer bundesweit für Aufsehen, die glaubten, auf diesem Weg auf rechtsextreme Vorkommnisse im Umfeld einer Oberschule in Burg (Spreewald) aufmerksam machen zu müssen. Ende Mai legten das ARD-Magazin „Kontraste“ und eine rbb24-Recherche mit Vorwürfen nach, wonach es überdies im Umfeld eines Gymnasiums in Spremberg zu rechtsextremen Vorfällen gekommen sei. Zitiert wurde dabei auch die Mutter einer Schülerin, der zufolge es sich keineswegs um Einzelfälle handelt.

Ein Blick auf vorliegende Daten bestätigt die von einigen Medien allzu gern aufgegriffene Darstellung eines massiven Rechtsextremismusproblems an Brandenburgs Schulen allerdings nicht unbedingt. Wie eine Anfrage des Abgeordneten Dennis Hohloch (AfD) ergab, kam es im gesamten Jahr 2022 zu insgesamt 19 mutmaßlich rechtsextremistischen Vorfällen an den märkischen Schulen. Tatsächlich hat Brandenburg aber ein deutlich gravierenderes Problem.

Die Zahl der Gewaltdelikte an einer Anzahl von Schulen ist nämlich erschreckend hoch. Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik registrierte im vergangenen Jahr insgesamt 1164 Gewalttaten an Brandenburger Schulen. Diese Zahlen sprechen dafür, dass es an den märkischen Schulen mittlerweile stellenweise ein besorgniserregendes Gewaltproblem gibt. Nach Angaben des Polizeipräsidiums handelt es sich bei etwa einem Drittel der erfassten Fälle um „vorsätzliche einfache Körperverletzungen“. In 182 Fällen ging es aber sogar um gefährliche Körperverletzungen. Opfer der Gewalt sind keineswegs nur Mitschüler. Auch 140 Lehrer sind vergangenes Jahr an Schulen attackiert worden.

**Forderung nach einem Wachdienst**

Dabei nimmt die Zahl der Gewalttaten zu. Für das Vor-Corona-Jahr 2019 weist die Statistik 1074 Gewalttaten auf. Im Vergleich zum Corona-Jahr 2021, in dem es teilweise zu Unterrichtsausfällen gekommen ist, betrug der Anstieg der Gewaltdelikte an Schulen 66 Prozent. Bei Messerangriffen waren in Brandenburg im



Sogar 182 Fälle von schwerer Körperverletzung: Gewalt an Brandenburger Schulen

Foto: imago classic

vergangenen Jahr 8,5 Prozent aller Tatverdächtigen unter 14 Jahre alt.

Bei den Gewaltdelikten von Kindern und Jugendlichen gibt es allerdings regional große Unterschiede: Gerade in den prosperierenden Gemeinden im Speckgürtel Berlins gibt es Kinder und Jugendliche, die kaum fürchten müssen, zum Opfer von Gewalt zu werden. Ohne einen konkreten Schulnamen oder Ort zu nennen, berichtete eine Regionalzeitung aus dem Osten Brandenburgs aber unlängst auch über eine Schule, bei der inzwischen die Forderung im Raum steht, ein Wachdienst solle für einen ungefährlichen Schulbesuch sorgen. Derartiges war bislang in der Region nur von Berliner Brennpunktschulen bekannt.

Günther Fuchs, Landesvorsitzender der Lehrgewerkschaft GEW, wies darauf hin, dass der Anstieg der Gewalt schon seit Jahren zu beobachten sei und nicht nur die Schulen betreffe. Laut Fuchs ist der gesamte öffentliche Dienst betroffen, „die Polizei genauso wie die

Verwaltungen“. Der Gewerkschafter machte in dem Zusammenhang auf die verschlechterten Bedingungen an den Schulen selbst aufmerksam. Durch Lehrermangel und Zuzug seien die Schulklassen in den vergangenen Jahren immer größer geworden. Vor den Schülern stehen zudem immer öfter sogenannte Quereinsteiger, die nie ein Lehramt studiert haben.

**Weder schwimmen noch schreiben**

Diesen Lehrkräften fehlen dementsprechend oftmals auch pädagogische Kenntnisse. Neben ausgebildeten Lehrern mangelt es Brandenburgs Bildungssystem überdies an Schulpsychologen. Nicht zuletzt zeigt sich nun auch, dass der Unterrichtsausfall durch die Corona-Maßnahmen mehr Folgen hat, als dies die Befürworter der damaligen Maßnahmen angenommen hatten.

Wie eine Anfrage an die Landesregierung ergab, konnte beispielsweise zum Ende des Schuljahres 2021/22 fast ein

Drittel der Brandenburger Fünftklässler nicht schwimmen. Etwa 41 Prozent wurden als „keine sicheren Schwimmer“ eingestuft. Der Abgeordnete Lars Schieske (AfD), der die Anfrage an die Landesregierung gestellt hatte, sieht hinter dem alarmierend hohen Anteil der Nichtschwimmer die Auswirkungen der Corona-bedingten Schließungen von Schwimmbädern.

Schon im vergangenen Herbst hatte der IQB-Bildungstrend außerdem offenbart, dass Brandenburgs Viertklässler massive Probleme mit der Rechtschreibung haben. Fast jeder zweite Schüler (45 Prozent) einer vierten Klasse erreichte bei dem bundesweiten IQB-Vergleich nicht einmal den von der Kultusministerkonferenz gesetzten Mindeststandard in Orthographie. Beim Lesen verfehlte mehr als ein Fünftel der märkischen Viertklässler den Mindeststandard. Noch höher lag der Anteil (29 Prozent) der Kinder, die in Mathematik keinen Mindeststandard erreichten.

## WOHNUNGSBAU

## Warnung vor „Klimapolitik mit der Brechstange“

Selbst in der SPD wachsen die Bedenken hinsichtlich immer neuer kostentreibender Auflagen

Hohe Baukosten und gestiegene Zinsen haben zu einem Einbruch bei der Zahl von Baugenehmigungen geführt. Wie das Statistische Bundesamt vor Kurzem mitteilte, sind im März bundesweit nur noch 24.500 Wohnungsbauanträge genehmigt worden. Gegenüber dem Vorjahresmonat waren dies 10.300 beziehungsweise knapp 30 Prozent weniger Baugenehmigungen. Besonders drastisch brachen im März die Zahlen von genehmigten Wohnungen bei Zweifamilienhäusern (minus 52 Prozent) und bei Einfamilienhäusern (minus 31 Prozent) ein. Einen stärkeren Rückgang der Baugenehmigungen hatte es zuletzt im März 2007 gegeben, als die Zahl der gesamten Baugenehmigungen um 46,5 Prozent zurückgegangen war.

Auch in Brandenburg registrieren die Statistiker einen drastischen Rückgang im Wohnungsbau. Laut den Meldungen

der Bauaufsichtsbehörden wurden im Berichtsjahr 2022 im gesamten Land Brandenburg nur noch knapp 10.000 Wohnungen fertiggestellt. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Rückgang von gut einem Fünftel. Nach Angaben des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg stellt dies den niedrigsten Wert seit sechs Jahren dar.

Branchenexperten nennen neben der Inflation und steigenden Bauzinsen auch den Mangel an Handwerkern und Materialknappheit als Gründe für die einbrechenden Bauzahlen. Mit dieser Entwicklung verfehlt die Bundesregierung ihre Neubauziele deutlich. Die Ampel-Koalition hatte zu ihrem Start als Ziel ausgegeben, dass jährlich 400.000 Wohnungen gebaut werden. Vergangenes Jahr wurden bundesweit aber nur 295.000 Wohnungen fertiggestellt. Für dieses Jahr rechnet die

Baubranche sogar nur noch mit bestenfalls 250.000 neuen Wohnungen. Angesichts dieser Entwicklung warnen inzwischen Politiker davor, durch immer strengere Dämmvorschriften die Baupreise weiter in die Höhe zu treiben.

**Geywitz: „Sehr viele Fragezeichen“**

Brandenburgs Bauminister Guido Beermann (CDU) warnte etwa: „Wenn wir den Baumotor nicht ganz abwürgen wollen, darf es keine weiteren Verschärfungen bei den Energiestandards im Gebäudebereich geben.“ Besondere Probleme sieht Beermann in ländlichen und ärmeren Regionen, in denen die Menschen „die umfangreichen Sanierungszwänge kaum bezahlen“ könnten. Immobilienbesitz sei für viele Menschen eine Altersabsicherung und damit ihre Lebensgrundlage, so der CDU-Politiker. Beermann warnte ein-

dringlich davor, „Klimapolitik mit der Brechstange zu betreiben“.

Auch die aus Brandenburg stammende Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) stellt in der Ampel-Koalition mittlerweile Pläne zur Verschärfung der Dämmstandards in aller Öffentlichkeit in Frage. Auf einer Baukonferenz sagte sie mit Blick auf den Dämmstandard EH55, sie sehe „sehr viele Fragezeichen, ob das Geld, was man zusätzlich in Dämmung steckt, in einem sinnvollen Verhältnis steht zur eingesparten Energie“.

Plan der Ampel-Koalition ist es bislang, über den Standard EH55 zu erreichen, dass ein Haus nur 55 Prozent des Energiebedarfs eines Vergleichs-Neubaus hat. Geywitz räumte zudem ein, dass die immer strengeren Dämmvorschriften das Bauen in Deutschland stark verteuert haben. H.M.

## KOLUMNE

## SPD-Linke wählen weiter

VON THEO MAASS

Die Berliner SPD-Mitglieder hatten der schwarz-roten Senatsregierung ihre – wenn auch nur knappe – Zustimmung erteilt. Die Juso-Landeschefin Sinem Taşan-Funke und der SPD-Abgeordnete Orkan Özdemir wollen jedoch weiter für „Gegenwind“ sorgen. Eine Neuwahl des Landesvorstands steht nicht an, aber die Führungsautorität von Franziska Giffey und Raed Saleh soll offenbar angekratzt werden.

Die beiden Parteivorsitzenden haben durch die Vergabe von Senatorenposten an die beiden Linksaußenrepräsentanten Cansel Kiziltepe (Soziales) und Ina Czyborra (Gesundheit) dafür gesorgt, dass genau diese beiden sich an keinem „Putsch“ beteiligen werden, denn niemand sägt den Ast ab, auf dem er sitzt. Das mag wohl Sawsan Chebli missfallen, die jüngst die Führungsfrage in der Partei stellen wollte, aber – wie es scheint – nichts außer sich selbst repräsentiert.

Taşan-Funke übt sich in Geduld: „Das ist kein Abwahlentrag gegen den aktuellen Landesvorstand. Es geht uns um den künftigen Landesvorstand.“ Also wird die große Auseinandersetzung auf den nächsten Parteitag vertagt. Auch Özdemir droht: „Da werden unterschiedliche Gruppen und Akteure miteinander reden.“ Die Jusos haben zumindest mit ihrem Antrag „Ja zum Volksentscheid Deutsche Wohnen und Co. Enteignen!“ dafür gesorgt, dass es demnächst einen veritablen Koalitionsärger geben dürfte.

Die Sollbruchstelle heißt: „Die sozialdemokratischen Mitglieder des AGH (Abgeordnetenhauses, d. Red.) und des Senats werden aufgefordert, einem positiven Votum der Expert\*innenkommission folgend, parallel zur Erarbeitung eines Rahmengesetzes, sich für die Erarbeitung eines spezifischen Gesetzes für den Wohnungssektor einzusetzen, um schnellstmöglich eine rechtssichere Umsetzung zu ermöglichen.“

## MELDUNG

## rbb-Gehälter halbieren?

Berlin – Berlins Landesrechnungshof empfiehlt, die Chefgehälter beim öffentlich-rechtlichen Sender rbb drastisch zu kürzen. In einem Schreiben an die Senatskanzlei schlugen die Rechnungsprüfer vor, für die Intendantin des Senders eine Gehaltsobergrenze einzuführen. Diese soll sich am Gehalt eines Senators oder Ministers orientieren. Im konkreten Fall wären dies 177.000 Euro pro Jahr. Die derzeit amtierende rbb-Intendantin Katrin Vernau erhält 315.000 Euro. Die Gehälter der Direktoren beim rbb liegen bei 200.000 Euro pro Jahr. Zur Begründung verweist der Rechnungshof auf den Umstand, dass die Leitungsorgane öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten ein deutlich geringeres Risiko tragen als Geschäftsführungen von privaten Unternehmen. Da auch die Angestellten des rbb zum Teil über 40 Prozent mehr als im öffentlichen Dienst verdienen, fordern die Rechnungsprüfer beim rbb „eine Anpassung der gesamten Gehaltsstrukturen nach unten“. H.M.

## ● MELDUNGEN

## Versuch der Bestechung

**Bozen** – Wie die Partei „Südtiroler Freiheit – Freies Bündnis für Tirol“ anhand von Dokumentenmaterial enthüllte, hat die italienische Botschaft in Wien Werner Neubauer, der von 2006 bis 2019 für die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) im Nationalrat und dessen Südtirol-Ausschuss saß, ein-einhalb Millionen Euro angeboten, damit er sich nicht weiter zugunsten der Südtiroler engagiert. Neben Neubauer wollte Rom auch andere Mitglieder des Südtirol-Ausschusses korrumpieren. Hintergrund des Bestechungsversuches war, dass der Nationalrat für die Vergabe der österreichischen Staatsbürgerschaft an die Südtiroler votiert hat. Im bis zum Ersten Weltkrieg zu Österreich gehörenden Südtirol leben etwa 332.000 Deutschsprachige, die Wien bis heute zu vertreten sucht. **W.K.**

## Tödliche Empfehlung

**Chicago** – Die Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aus der Anfangszeit der Corona-Pandemie, schwer an COVID-19 Erkrankte möglichst frühzeitig zu intubieren und künstlich zu beatmen, hat zu vielen vermeidbaren Todesfällen geführt. Das ist das Fazit einer Studie, die von 19 Medizinern aus den USA um den Lungenfacharzt Benjamin Singer von der Feinberg School of Medicine in Chicago erstellt und im „Journal of Clinical Investigation“ veröffentlicht worden ist. Singer und seine Kollegen sind bei ihren Untersuchungen zu dem Ergebnis gekommen, dass die allermeisten Beatmungspatienten mit Corona-Symptomen nicht an der Infektion mit dem Virus starben, sondern an sekundären bakteriellen Lungenentzündungen, wie sie vor allem durch mangelnde Hygiene auf den Intensivstationen entstehen. Die Zahl der daraus resultierenden Toten könne allein in den USA bei über 20.000 liegen. **W.K.**

## Verbrechen an Deutschen

**Meymac** – Der 98-jährige Franzose Edmond Réveil hat sich bei den französischen Medien als Augenzeuge eines Kriegsverbrechens gemeldet. Er gab an, als 19-Jähriger Teil einer Partisanengruppe gewesen zu sein, die im Juni 1944 47 Wehrmachtssoldaten und eine Frau, die der Kollaboration verdächtigt wurde, erschossen hat. Die Tat habe sich in einem Waldgebiet in der Nähe von Meymac ereignet, wobei die Deutschen zuvor gezwungen wurden, ihr eigenes Grab selbst auszuheben. Als Motiv nannte Réveil zum einen, dass die Ermordung der deutschen Soldaten auf zwei massive Vergeltungsaktionen der SS in Tulle und Oradour-sur-Glane wenige Tage zuvor erfolgt sei, das rund 100 Kilometer entfernt liegt. Zum anderen hätten die Partisanen nicht gewusst, was sie mit den Gefangenen anfangen sollten. Sein Schweigen habe er nun als letzter Zeuge gebrochen, damit die Nachfahren der Getöteten davon erfahren. Er räumte ein, dass es falsch war, Kriegsgefangene zu töten. Die französischen Behörden kündigten an, nach dem Massengrab zu suchen. **MRK**

## OSTASIEN

## Versöhnung mit dem Segen der USA

Zwei ehemalige Erzfeinde reichen sich die Hände – Japan und Südkorea nähern sich einander an

VON BODO BOST

Die sich anbahnende neue Weltordnung bringt zwei ehemalige Erzfeinde näher zusammen. Japan und Südkorea wollen sich gemeinsam gegen Bedrohungen seitens Chinas und Nordkoreas rüsten. Das wurde im Mai beim G7-Gipfel in Hiroshima deutlich, als Japans Ministerpräsident Fumio Kishida, der in diesem Jahr des Gipfel-Vorsitz hat, neben den Chefs der sieben mächtigsten Industrienationen auch Südkoreas Präsidenten Yoon Suk-yeol zu Gesprächen einlud.

Die beiden trafen damit zum dritten Mal innerhalb weniger Monate zusammen. Vorausgegangen war erst eine Charmeooffensive des südkoreanischen Präsidenten in Japan. Kishida besuchte daraufhin in Südkorea zunächst den Nationalfriedhof von Seoul und zeigte den koreanischen Opfern der japanischen Fremdherrschaft seinen Respekt. Seit zwölf Jahren hatte kein japanischer Regierungschef diesen Ort besucht.

Der alte Kolonialkonflikt bestimmte die Beziehung zwischen Japan und Südkorea in den vergangenen Jahren. Seit 2011 gab es keine gegenseitigen Besuche von Regierungschefs. Unter der Präsidentschaft des liberalen Nationalisten Moon Jae-in zwischen 2017 bis 2022 wurde das Verhältnis noch schlechter. Koreaner, die während der Besatzungszeit gegen ihren Willen für japanische Firmen gearbeitet hatten, klagten 2018 vor Südkoreas Oberstem Gerichtshof erfolgreich auf Entschädigung. Japans konservative Regierung akzeptierte das Urteil nicht.

Der neue konservative Präsident Yoon hat im März vorgeschlagen, eine koreanische Stiftung solle die Entschädigungszahlungen übernehmen. Eine neue Pendeldiplomatie auf höchster Ebene soll das Problem jetzt lösen. Nach Yoons Vorschlag gab es Proteste in Seoul. Viele in Südkorea finden, der Präsident habe Koreas historischen Schmerz an den Ex-Besatzter verkauft. Darüber hinaus gibt es weiter Streit um den sogenannten Liancourt-Felsen, einen winzigen Archipel im

Meer zwischen Japan und Südkorea, den beide Länder beanspruchen.

Das japanische Kaiserreich hatte 1905 Korea erst zum teilsouveränen Protektorat und fünf Jahre später vollständig als Kolonialbesitz annektiert. Das dauerte bis zur Niederlage Japans nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki im September 1945. Der bald darauf folgende Koreakrieg und die Teilung des Landes konnte Südkorea nicht mit Japan versöhnen. Erst die zunehmende Bedrohung durch Nordkorea, China und Russland hat die beiden einstigen Gegner heute wieder zusammengeführt.

## Trilaterale Kooperation mit den USA

China hat mittlerweile mehr Kriegsschiffe als die USA und bedroht immer mehr die pazifischen Anrainerstaaten. Nordkorea arbeitet seit Jahren an neuen Raketen und Atomwaffen und droht im Schatten von Russlands Ukraineabenteuer immer ungenierter den eigenen Nachbarstaaten. China hat nach dem Erwerb von Hongkong und Macau jetzt die Insel Taiwan im

Sinn. Auch sie war von 1895 bis 1945 eine japanische Kolonie und ist der einzige Teil des alten China, in dem noch Demokratie und Freiheit herrschen.

Darüber hinaus streitet China sich seit Langem mit Japan um die unbewohnten drei japanischen Senkaku-Inseln im Ostchinesischen Meer. Deshalb hatte Japan, das seit 1945 nur über Selbstverteidigungstreitkräfte mit einer Stärke von schätzungsweise 220.000 Mann verfügt, im Januar dieses Jahres entschieden, seinen Militäretat um 300 Milliarden Dollar zu erhöhen, das ist knapp das dreifache der von Bundeskanzler Olaf Scholz versprochenen „Zeitenwende“-Summe für die Bundeswehr. Japan wird so nach den USA der Staat mit dem zweitgrößten Militäretat im Westen. Aber Militärausgaben sind nur die eine Seite.

Südkorea und Japan wollen ihre bilateralen Beziehungen jetzt „auf eine höhere Ebene“ bringen. Die wachsende Bedrohung durch Nordkoreas Atomwaffen- und Raketenprogramm führt beide noch enger zu einer trilateralen Kooperation mit den USA. Die Annäherung zwischen Tokio und Seoul liegt im großen Interesse ihres gemeinsamen Sicherheitspartners Washington. Mit den USA will man ein Dreigespann gegen die Bedrohung aus China und Nordkorea bilden.

Die historisch angespannten Beziehungen zwischen Seoul und Tokio verbessern sich derzeit in einer Geschwindigkeit, die manche kaum für möglich hielten. „Es hat zwölf Jahre gedauert, die Pendeldiplomatie wiederherzustellen, aber für unsere gegenseitigen Besuche brauchten wir weniger als zwei Monate“, sagte Südkoreas Präsident Yoon, als er Kishida empfing.

Washington will die Allianz im Indopazifik gegen China festigen. Die Basis dieser Zusammenarbeit hängt davon ab, ob beide Länder die Aufarbeitung ihrer Vergangenheit bewältigen. Im eigenen Land erntet Yoon dafür massive Kritik und sinkende Umfragewerte. Amerikas Präsident Biden dagegen begrüßte die Pendeldiplomatie als „bahnbrechendes neues Kapitel“. Mit Atomwaffen bestückte US-amerikanische U-Boote sollen jetzt regelmäßig südkoreanische Häfen anlaufen. Yoon will von Washington sogar eigene Atomwaffen, die Japan wegen Hiroshima bislang strikt abgelehnt hatte.



Harmonisches Duo im Friedenspark von Hiroshima: Japans Ministerpräsident Fumio Kishida (r.) und sein südkoreanischer Amtskollege Yoon Suk-yeol verbeugen sich am Rande des G7-Gipfels gemeinsam vor den Atombombenopfern von 1945

## UKRAINEKRIEG

## In Polen kippt die Stimmung

Blockaden und Bummelstreiks – Bevölkerung rebelliert gegen zusätzliche Unterstützung für die Ukrainer

Seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine gehörte Polen zu den Hauptunterstützern des angegriffenen Nachbarlandes. So überließen die polnischen Streitkräfte Kiew über 300 Panzer und 13 ihrer betagten 28 MiG-29-Kampfflugzeuge. Außerdem nahm Polen mehr als 1,5 Millionen ukrainische Flüchtlinge auf. Doch jetzt scheint die Stimmung zu kippen, wofür es vor allem zwei Gründe gibt.

Zum einen überschwemmt die Ukraine die Binnenmärkte Polens sowie auch Bulgariens, Rumaniens, Ungarns und der Slowakei mit billigen Agrarprodukten wie Weizen, Mais, Sonnenblumen, Raps, Geflügel und Eiern. Das resultiert aus einer Entscheidung der Europäischen Union, die Bildung von „Solidaritätskorridoren“ zu ermöglichen, damit Kiew weiter Nahrungsmittel in die Dritte Welt liefern kann. Diese gelangen nun aber jedoch zu-

meist schon in den Nachbarstaaten der Ukraine auf den Markt, was die dortigen Landwirte zunehmend in finanzielle Bedrängnis bringt – zumal die deswegen versprochenen finanziellen Kompensationen seitens der EU, von denen Polen am meisten profitiert hätte, ausbleiben.

Zum anderen sehen sich auch die polnischen Spediteure durch die ukrainische Konkurrenz stark unter Druck gesetzt. Deren Fahrer erhalten deutlich geringere Löhne und unterliegen nicht den Arbeitsschutzvorschriften der EU. Deshalb blockierten polnische Transportunternehmer den Grenzübergang an der E 373 in Dorohusk. Gleichzeitig startete der polnische Zoll eine Art Bummelstreik, wegen dem es nun Lkw-Staus an der Grenze zur Ukraine gibt.

Angesichts dessen hat sich die Haltung in der gesamten Bevölkerung Polens

deutlich verändert. Laut einer Umfrage im Auftrag des privaten Radiosenders Radio Muzyka Fakty und der überregionalen Tageszeitung „Dziennik Gazeta Prawna“ sind nur noch 14,9 Prozent der Polen dafür, zusätzliche Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen. Und das, obwohl die Regierung in Warschau die Unterstützungsleistungen für die vor dem Krieg Schutz Suchenden inzwischen teilweise um die Hälfte gekürzt hat.

## Angst vor Russland schwindet

Darüber hinaus war auch bloß jeder sechste Befragte dafür, weiterhin schwere Waffen an die Ukraine zu liefern. Und eine Beteiligung polnischer Truppen am Kampf gegen den traditionellen Erzfeind Russland auf ukrainischem Boden findet unter der polnischen Bevölkerung überhaupt keine Zustimmung.

Vor diesem Hintergrund kann kaum verwundern, dass Polens Präsident Andrzej Duda Forderungen aus Kiew nach einer Aufstockung der militärischen Unterstützung eine Absage erteilte. Man habe bereits „beispiellose Mengen an Waffen“ zur Verfügung gestellt und werde daher keinesfalls auch noch einige der eigenen, modernen 48 F-16-Mehrzweckkampfflugzeuge abgeben.

Ansonsten will der US-amerikanische Journalist Seymour Hersh aus Geheimdienstkreisen seines Landes erfahren haben, dass Polen im Verein mit Lettland, Litauen und Estland Druck auf die Ukraine ausübe, den Krieg durch Zugeständnisse an Moskau zu beenden. Denn keines der vier Länder befürchte angesichts des weitgehenden Versagens der russischen Streitkräfte mehr, selbst von diesen angegriffen zu werden. **Wolfgang Kaufmann**

VON PETER ENTINGER

Die Zufriedenheit der Arbeitnehmer in Deutschland ist massiv gesunken. Aktuell bezeichnet sich mit 31 Prozent lediglich ein Drittel aller Befragten als zufrieden, wenn es um ihre Arbeitssituation geht. Zum Vergleich: Vor zwei Jahren war noch fast jeder Zweite (49 Prozent) zufrieden.

Das sind Ergebnisse der alle zwei Jahre durchgeführten Studie der Unternehmensberatung Ernst&Young (EY), für die 1555 Arbeitnehmer in Deutschland repräsentativ befragt wurden. Demnach hat die Motivation unter den Beschäftigten in den vergangenen zwei Jahren deutlich abgenommen. Zwar behauptet die große Mehrheit der Befragten (71 Prozent) von sich, motiviert bei der Arbeit zu sein, allerdings waren es 2021 noch 78 Prozent. Der Anteil der „hochmotivierten“ Angestellten ist innerhalb der vergangenen zwei Jahre von 28 Prozent auf 17 Prozent geschrumpft – es ist gleichzeitig der mit Abstand niedrigste Wert, seit EY diese Untersuchung durchführt.

Generell gilt: Je höher die Qualifikation und damit das Gehalt, desto höher ist auch die Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz. Mehr als die Hälfte der Top-Manager (55 Prozent) ist demnach glücklich mit ihrer Arbeit. Knapp dahinter folgen Auszubildende (54 Prozent). Auch hier ist mehr als jeder Zweite generell zufrieden mit der eigenen Arbeit.

Deutlich weniger erfüllt sind dagegen Arbeitnehmer in leitender Stellung (34 Prozent), Angelernte (32 Prozent) und Fachangestellte (29 Prozent). Nicht einmal jeder fünfte Ungelernte (18 Prozent) bezeichnet sich als glücklich mit der eigenen Arbeit. Jan-Rainer Hinz, Mitglied der Geschäftsführung von EY Deutschland, spricht von einem Alarmsignal: „Eine niedrige Motivation geht zulasten der Produktivität der Unternehmen, die sich ohnehin noch mit den Folgen der Corona-Pandemie, hohen Energie- sowie Produktionskosten und Herausforderungen durch weltweit zunehmende geopolitische Spannungen konfrontiert sehen.“

#### Austausch mit Kollegen wichtig

Die Folgen für die gesamte Wirtschaft seien dramatisch: „Durch das nicht genutzte Potential verlieren Unternehmen Milliarden“, sagt Hinz. Zwar wachse die Zufriedenheit mit Faktoren wie Verantwortung und Vergütung, dies seien aber nicht die einzigen relevanten Aspekte. „Der Faktor Mensch darf nicht vernachlässigt werden“, betont Hinz. Den meisten Menschen sei dieser Faktor sogar wichtiger als das Geld: „Der Austausch



Steigende Arbeitsbelastung: Viele Arbeitnehmer, die eigentlich ihren Beruf mögen, fühlen sich einem höheren Pensum ausgesetzt

#### ARBEITNEHMERUMFRAGE

## Immer weniger Menschen sind zufrieden in ihrem Beruf

Die Arbeitswelt ist nach der Corona-Pandemie drastisch verändert – Ernst&Young warnt vor Milliarden Schäden für deutsche Unternehmen

mit Kolleginnen und Kollegen sowie Freundschaften im Job spielen weiter eine sehr große Rolle.“

Als Ursache für die gewachsene Unzufriedenheit macht Hinz auch die Folgen der Corona-Pandemie verantwortlich. Den Beschäftigten in Deutschland stecken deren Folgen und die Auswirkungen auf ihr Privat- und Berufsleben offenbar noch in den Knochen. „Unternehmen haben diese noch nie dagewesene Situation für sich und die Angestellten auf unterschiedliche Art meistern und dabei eigene Wege finden müssen, um den Laden am Laufen zu halten“, sagt er.

Jeder Vierte gab der Umfrage zufolge an, dass der Druck im Berufsalltag in den vergangenen fünf Jahren stark zugenommen habe – ein Plus von fünf Prozent-

punkten. Zwei von drei Befragten finden zudem, dass ihre Arbeitsbelastung größer geworden sei. Viele Unternehmen hätten die neue Situation mit einer Home-Office-Regelung zwar gut gemeistert, aber vielen Betroffenen fehle offenbar der Austausch mit den Kollegen vor Ort. Dass die Corona-Krise den Arbeitsalltag verändert hat, brachte schon die Job-Studie der vergangenen Jahre ans Tageslicht.

#### Der Druck wächst

Damals hatten sich 48 Prozent der Befragten offen für einen Job-Wechsel gezeigt. Ein Beleg dafür, dass es in vielen Unternehmen offenbar zu Irritationen im Umgang mit der Krise gekommen war. Zwar haben sich nur insgesamt 17 Prozent aktiv um eine neue Stelle beworben,

aber die Unzufriedenheit ist wohl immer noch vorhanden. Zudem ist die Bindung zum Arbeitgeber in den vergangenen Jahren immer weiter gesunken.

Demgegenüber steht die Erkenntnis, dass die Mehrheit der Befragten der Meinung ist, einen „guten Job“ zu machen. Die eigene Arbeit bewerten die Angestellten in Deutschland nahezu durchweg positiv, und zwar noch etwas stärker als in der Befragung vor zwei Jahren. 95 Prozent sagen, dass sie mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zum Unternehmenserfolg leisten. Die große Unzufriedenheit ist für die EY-Forscher daher schnell erklärt: „Die Angestellten in Deutschland fühlen sich, ihre Arbeit und ihren Einsatz offenbar nicht deutlich genug wertgeschätzt.“

#### FRANKREICH

## Europäische Speerspitze der Atomenergie

Treffen der Kernenergie-Allianz – Reaktoren der vierten Generation für die Energieunabhängigkeit

In Frankreich trafen sich Vertreter von rund 15 pro-nuklearen Ländern des alten Kontinents, um einen „Fahrplan“ für die Entwicklung der Kernenergie aufzustellen und sich damit zur europäischen Speerspitze der Atomenergie zu machen. Die französische Ministerin für den Energiewandel, Agnès Pannier-Runacher, welche die Federführung hatte, erklärte, dass es darum gehe, wie „die Kernenergie dazu beitragen kann, unsere Ziele der CO<sub>2</sub>-Neutralität in den nächsten 30 Jahren zu erreichen“.

Neben Frankreich nahmen Belgien, Bulgarien, Kroatien, die Tschechische Republik, Estland, Finnland, Ungarn, die Niederlande, Polen, Rumänien, Slowenien, Schweden, die Slowakei, Italien („Beobachterland“) und das Vereinigte Königreich („Sondergast“) an dem Gipfel teil. Auffallend war, dass fünf der alten und

neuen Kernkraftländer Nachbarländer Deutschlands sind, also auf den deutschen Markt setzen. „Dieses Treffen hat gezeigt, dass wir, wenn wir alle Projekte zusammenführen, (...) bis 2050 ein Potential von 150 Gigawatt (GW) eingesetzter Kernkraft erreichen können“, gegenüber 100 GW heute, sagte Pannier-Runacher. Es geht also um eine Ausweitung der klimafreundlichen Kernkraft um die Hälfte, während die deutsche Ampel-Regierung endgültig aus der Kernkraft ausgestiegen ist und damit die deutsche Wirtschaft gegenüber ihren Konkurrenten ins Abseits stellt.

#### Deutschland im Abseits

Diese Zahl sei das Ergebnis der „Addition der verschiedenen Projekte“ und „die Projektion dessen, was die Beibehaltung des Anteils der Kernenergie am europä-

schen Strommix bedeuten würde“, sagte die Ministerin. Damit könnten 450.000 neue Arbeitsplätze in Europa geschaffen werden.

#### Politischer Sieg für Frankreich

Der Mitte März von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Entwurf einer „Verordnung für eine Industrie mit null Emissionen“ von Treibhausgasen schlägt neben einer Vereinfachung der staatlichen Beihilfen zahlreiche regulatorische Erleichterungen vor. Er nennt die Kernenergie als eines der Mittel zur Dekarbonisierung der Wirtschaft, was einen politischen Sieg für Frankreich und die Pro-Atom-EU-Länder darstellt. In der Praxis sind davon vor allem die noch nicht existierenden Reaktoren der vierten Generation betroffen, die den Atom-Abfall praktisch auf Null reduzieren sollen, klei-

ne modulare Reaktoren, die sich in der Entwicklung befinden.

Die Kernenergie-Allianz wurde gegründet, um die Kernenergie bei der Dekarbonisierung der Wirtschaft zu verteidigen. Zum ersten Mal trat sie diesmal nicht am Rande eines Europäischen Energierates zusammen, sondern unabhängig davon. In einer gemeinsamen Erklärung betonten die Teilnehmer des Treffens außerdem „die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, dass Europa seine Abhängigkeit von russischen Importen weiter verringert“, insbesondere im Hinblick auf Kernbrennstoffe. Unter Einbeziehung des Vereinigten Königreichs „sind wir im Bereich der Kernenergie zu mehr als 90 Prozent unabhängig, es gibt keine andere Energie, bei der wir dieses Maß an Unabhängigkeit haben“, betonte Pannier-Runacher.

Bodo Bost

#### MELDUNGEN

## Gleiches Geld für die Hälfte

Brüssel – In ihrem unter dubiosen Umständen und Ausschluss der Öffentlichkeit zustande gekommenen dritten Vertrag mit dem US-Pharmakonzern Pfizer hatte sich die EU-Kommission zur Abnahme von 900 Millionen Dosen Corona-Impfstoff bis Ende dieses Jahres verpflichtet. 500 Millionen davon werden aufgrund der gesunkenen Nachfrage nicht mehr benötigt. Deshalb verhandelte die Kommission auf Druck einiger Mitgliedstaaten mit Pfizer, um eine Reduzierung der Abnahmemenge zu erreichen. Die dabei nun erzielte Vereinbarung sieht vor, dass die EU eine Stornogebühr von 2,2 Milliarden Euro zahlt und vom laufenden bis zum Jahre 2026 280 Millionen Dosen in vier jährlichen Tranchen von 70 Millionen Stück zu wesentlich höheren Preisen abnimmt. Im Ergebnis zahlt die EU nun nicht rund zehn Milliarden Euro für 500 Millionen Dosen, sondern für nur noch 280 Millionen. W.K.

## Tödliche UN-Sanktionen

München – Eine Erhebung vom Münchner ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, zeigt, dass UN-Sanktionen vor allem die Armen treffen. Sie führen zu einem Rückgang des Wachstums in den betroffenen Ländern von jährlich zwei Prozentpunkten. Auf zehn Jahre hochgerechnet ergibt dies einen Einbruch der Wirtschaftsleistung pro Kopf um ein Viertel. In ärmeren Ländern führt dies zu einer Verkürzung der Lebenserwartung um durchschnittlich 1,2 bis 1,4 Jahre. „Wirtschaftssanktionen treffen regelmäßig den Teil der Bevölkerung in den sanktionierten Ländern am stärksten, der in oder nahe der Armut lebt“, sagte der Leiter der ifo-Forschungsgruppe Steuer und Finanzpolitik, Florian Neumeier. P.E.

## Forderung an den IWF

Washington – Nach dem Willen unter anderem Frankreichs, Großbritanniens und Brasiliens soll der Internationale Währungsfonds (IWF) einen Teil seiner Goldreserven verkaufen, um mit dem Erlös den Kampf gegen den Klimawandel mit günstigen Krediten zu unterstützen. Diese Forderung ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass der Internationale Währungsfonds mit 2814 Tonnen hinter den USA und Deutschland über die drittgrößten Goldreserven der Welt verfügt und trotzdem mehr Geld von den Mitgliedern will. Die IWF-Direktorin Kristalina Georgiewa hatte im April argumentiert, dass ihre Organisation den Klimaschutz künftig zum Herzstück ihrer Arbeit machen wolle und deshalb wesentlich mehr Geld „zur Bewältigung der klimatischen Herausforderung“ benötige. Sollte der Internationale Währungsfonds das ihm gehörende Gold tatsächlich auf den Markt werfen, dürfte er keine Probleme haben, Käufer zu finden. Laut dem World Gold Council ist die Nachfrage nach physisch existierendem Gold innerhalb eines Jahres um rund 18 Prozent gewachsen. W.K.

## KOMMENTARE

## Die richtige Antwort

HANS HECKEL

Dass sie von den rund 2000 Gästen der jüdischen Jugendmusikfestes „Jewrovision 2023“ in Frankfurt am Main laut beschimpft und ausgebuht wurde (siehe PAZ 21/23), hat Kulturstaatsministerin Claudia Roth hart getroffen. Zusätzlich verschupft ist man im Hause der Grünen-Politikerin darüber, dass der Zentralrat der Juden, welcher die Einladung an Roth ausgesprochen hatte, keinen Anlass sieht, sich von den jungen Leuten zu distanzieren.

Da kann man nur sagen: Der Rat hat hier absolut richtig gehandelt. Roths Anbiederung an die Israel-Boykott-Bewegung 2019 und ihr Versagen angesichts offen jüdenfeindlicher Propaganda auf der jüngsten Kasseler *documenta* haben in Frankfurt nur die Antwort erfahren, die sie verdient haben. Ob sich bei Roths skandalösem Fehlverhalten allerdings der von vielen konstatierte „linke Antisemitismus“ niederschlägt, sei dahingestellt. Vermutlich muss man die dahinterstehende ideologische Verblendung deutlich weiter fassen. Die politische

Linke hat sich tief eine grobschlächtige Aufteilung der gesamten Menschheit in ein „Täter-“ und ein „Opfer“-Kollektiv verrannt. Den Angehörigen des weißen, europäisch geprägten Kulturkreises kommt hierbei pauschal die Täterrolle zu, mehr oder weniger allen anderen Menschen die Rolle von deren Opfern.

Juden im Allgemeinen und der Staat Israel im Besonderen werden in dieser dümmlichen Zweiteilung dem weißen Täter-Kollektiv zugeordnet. Da die tatsächliche Opferrolle der Juden beim NS-Genozid dieser holzschnittartigen Zuschreibung aber komplett entgegensteht, kommen Linke beim Umgang mit Israel, den Juden und deren Schicksal immer wieder moralisch ins Schleudern. Hier trifft die grausame historische Realität frontal auf eine absurde, pseudomoralische Ideologie.

Das ändert allerdings nichts daran, dass das Ergebnis das Gleiche bleibt wie beim „herkömmlichen“ Antisemitismus. Jüdisches Leben und der Staat Israel bleiben gefährdet. Dabei ist es im Ergebnis egal, aus welchen Motiven die Attacken auf beides geschnitzt sind.

## Undeutsche Türken

RENÉ NEHRING

Die Türken haben gewählt. In der Stichwahl am vergangenen Sonntag stimmten laut Oberstem Wahlrat 52,1 Prozent der Wähler für den alten und neuen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Dessen Herausforderer Kemal Kılıçdaroğlu bekam 47,9 Prozent der Stimmen. Als Hochburg Erdogans und seiner Partei AKP erwies sich einmal mehr Deutschland. 67,4 Prozent der rund 1,5 Millionen deutsch-türkischen Wähler machten nach Angaben der Nachrichtenagentur Anadolu ihr Kreuz bei „ihrem Präsidenten“, wie es dessen Anhänger gegenüber deutschen Medien erklärten.

Neu ist dieses Phänomen nicht. Ebensoviele wie die Empörung darüber. Politiker aus allen Parteien zeigten sich entsetzt, dass Zuwanderer, die sich für das Leben in einer Demokratie entschieden haben, ihre Stimme einem autoritär regierenden Politiker geben. Offenkundig, so der Tenor, ist ein Großteil

der in Deutschland lebenden Türken noch immer nicht integriert.

Doch woher soll die Integration eigentlich kommen? Seit der Einwanderung der ersten Gastarbeiter hat die Politik die Dinge laufen lassen, hat sie zugehört, wie Parallelgesellschaften entstanden, in denen Türken, Araber, Afghanen und viele andere Gruppen ungestört unter sich bleiben.

Die entscheidende Frage ist jedoch: Wohin sollen die Türken und all die anderen Zuwanderer eigentlich integriert werden? In eine Gesellschaft, die nicht mehr weiß, was sie ist, und deren Eliten ständig daran arbeiten, die letzten Reste nationaler Überlieferung „zu überwinden“? Wie kann jemand, der sich selbst nicht leiden kann, allen Ernstes glauben, andere von sich überzeugen zu können? Die meisten Migranten sind strukturkonservativ. Sie leben „gut und gern“ im deutschen Wohlstand und tragen auch dazu bei – aber gemeinmachen wollen sie sich mit diesem Land nicht.

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,  
**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetafeln der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Erhält viel Unterstützung vom Großkapital: WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus (M.) auf der letzten Weltgesundheitsversammlung (World Health Assembly WHA) in Genf

Foto: pa

## KOLUMNE

## Die „Krankheit X“

FLORIAN STUMFALL

Vergangenen Monat fasste der Deutsche Bundestag einen Beschluss zur Reform der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Es geht dabei um den Antrag der Ampelkoalition mit der Kennung 20/6712. Dieser wurde mit großer Mehrheit angenommen. Es war im Wesentlichen nur die Fraktion der AfD, die dagegen stimmte. Nun stellt sich zunächst die Frage, wie es Aufgabe des deutschen Parlaments sein kann, die WHO zu reformieren, und wieso diese das nicht selbst zu bewerkstelligen vermag. Schließlich ist sie eine Nebenorganisation der Vereinten Nationen und hätte daher gleichermaßen Pflicht und Macht, sich ihrer Aufgabenstellung gemäß zu organisieren.

Das ist die eine Seite des Problems. Die andere äußert sich in der Frage, wie sich die Sache im Hinblick auf deutsches Recht verhält. Denn das beschlossene Gesetz beinhaltet einige wenige Passagen, die nicht unwidersprochen bleiben können. Natürlich sind sie nicht auf den ersten Blick aufzufassen. Wie so oft, wenn ein Gesetz in der Absicht formuliert wird, dass es sein Adressat, nämlich der Bürger, möglichst nicht liest, und wenn, dann wenigstens nicht versteht, ist es überaus wortreich gestaltet und voller überflüssiger Phrasen, während der Kern ganz kurz zusammengefasst werden kann.

Es dreht sich nämlich darum, „die Handlungsfähigkeit, Führungs- und Koordinierungsfunktion der WHO im Bereich der öffentlichen Gesundheit zu stärken“. Man kann dieses Anliegen auch ganz anders und zwar sehr viel deutlicher darstellen: Zuständigkeiten, die bislang bei den Nationalstaaten liegen, sollen zentral an die WHO abgegeben werden. Den Antragstellern, von denen man annehmen muss, dass sie einer Aufforderung der WHO folgen, geht es also darum, „dass die WHO im Bereich der Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion eine zentrale Rolle einnimmt. Ziel ist es, eine globale, gerechte und effektivere Gesundheitspolitik zu ermöglichen“.

## Einschränkung von Grundrechten

Damit ist die Katze aus dem Sack. Alle Gesundheitspolitik auf diesem Globus soll nur noch allein in der Zuständigkeit der WHO betrieben werden. Sie beansprucht das Recht, Pandemien auszurufen und Verordnungen zu verhängen ohne Be-

gründung und nach Belieben. Das schließt jegliche Freiheitsbeschränkungen der Menschen in sämtlichen Ländern ein, die sich dem Votum der WHO beugen. Früher kam die „politische Macht“, so Mao Tse-tung, „aus den Gewehrläufen“, heute kommt sie von den bürokratischen Verordnungen unbekannter, willfähriger Funktionäre, welche die Vorgaben ihrer Hintermänner in Szene setzen. Die Corona-Krise beginnt, sich als Probelauf für ein größeres, weltweites Programm der Einschränkung von Grundrechten zu erweisen – und es wird offenbar, dass die

Nach einer politischen Karriere wurde er 2017 Generaldirektor der WHO. Im selben Jahr verkündete Bill Gates im Rahmen der Sicherheitskonferenz in München, dass es unausweichlich in absehbarer Zeit zu einer weiteren, sehr viel tödlicheren Pandemie als Corona kommen werde. Eindringlich gewarnt wird vor einem verheerenden Erreger, der allerdings bisher noch nicht entdeckt worden und daher völlig unbekannt sei. In der WHO aber nimmt diese „Krankheit X“ den Platz eines unbedingt zu berücksichtigenden Faktors ein.

## Bereit für die nächste Pandemie

Bei der jüngsten Hauptversammlung in Genf wiederum stellte Tedros ein System vor, das es ermöglichen soll, alle Menschen dieses Globus medizinisch zu überwachen. Mit Bezug auf Covid sagte er als Begründung: „Die Gefahr, dass eine weitere Variante auftaucht, die neue Krankheits- und Todesfälle verursacht, bleibt bestehen. Und es besteht weiterhin die Gefahr, dass ein anderer Erreger auftaucht, der noch tödlicher sein könnte.“ Ja, und es könnte auch wieder die Pest ausbrechen.

Jedenfalls steht fest, dass man ohne enge Beziehungen in Kreise, die sich der Kontrolle durch die Öffentlichkeit entziehen, nicht Chef der WHO wird. Ebenfalls bei der Sicherheitskonferenz diskutierten Bill Gates und Tedros – dieser war zugeschaltet –, wie man einer solchermaßen angekündigten Pandemie begegnen könne. Da sprechen also zwei Männer miteinander, von denen der eine jederzeit – auch mit Zustimmung des Bundestages – die Weltkatastrophe ausrufen kann und der andere mit Medikamenten Milliarden daran verdient.

So ist es auch kein Wunder, dass die Bill & Melinda Gates Foundation der zweitgrößte Geldgeber der WHO ist (12,12 Prozent des Zweijahresbudgets 2018/19). Mehr geben nur die USA (15,18 Prozent des Zweijahresbudgets 2018/19). Wie immer, wenn man mit Mildtätigkeit große Geschäfte machen kann, ist auch die Rockefeller Foundation mit von der Partie. Zwar wird auf der offiziellen Liste nicht aufgeführt, wie viel diese abführt, doch man preist bei Rockefeller die Zusammenarbeit mit der WHO, die bis ins Gründungsjahr 1946 zurückreicht. Zum beiderseitigen Wohl und Nutzen.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

## Entmachtung der Nationalstaaten zugunsten der WHO

Krise nicht medizinischer, sondern politischer Art ist. Und die Einschränkungen durch Covid, die teilweise heute noch spürbar sind, werden als gering gelten, wenn die nächste Aufhebung der Freiheit im Namen des Wohles der Menschen im Weltmaßstab auf die Völker trifft.

Leider ist ein Vorgang, in dessen Abwicklung deutsche Verfassungsorgane Zuständigkeiten des deutschen Staates internationalen Ansprüchen überweisen, keine Seltenheit mehr. Im Laufe der sogenannten Vertiefung der EU hat sich das zur Alltätigkeit entwickelt, ohne dass irgendjemand Bezug auf den Grundgesetzartikel 20 und dessen Verbot genommen hätte, die bestehende politische Ordnung aufzulösen. Nun kann sich die EU immerhin noch als politisches Gebilde darstellen, die WHO hingegen ist eine rein verwaltungstechnische Organisation, die nicht einmal, wie die EU das tut, den Eindruck zu erwecken sucht, nach demokratischen Prinzipien vorzugehen. Ihr staatliche Hoheitsrechte zu überschreiben ist ein Vorgang, der verfassungsrechtlich nicht im geringsten gekennzeichnet und einzuordnen ist. Doch bei der Politisierung der obersten deutschen Gerichte wäre es müßig, an eine Verfassungsklage zu denken.

Wenn aber von der WHO die Rede ist, so tut es not, zunächst ihren Chef in Augenschein zu nehmen. Es handelt sich dabei um den Äthiopier Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus, Biologe und Immunologe.

## Kein Jubel zum Jubiläum

Dresdens Grünes Gewölbe wird 300 Jahre alt – Vor etwas mehr als drei Jahren wurde es von Berliner Clanmitgliedern ausgeraubt

VON VEIT-MARIO THIEDE

August der Starke, Kurfürst von Sachsen und König von Polen-Litauen, ließ sein als „Grünes Gewölbe“ weltberühmtes Dresdner Schatzkammermuseum in zwei Bauphasen zwischen 1723 und 1729 einrichten. Der Baubeginn lässt sich auf den Tag genau benennen, wie Marius Winzler ausführt. Der Direktor des Grünen Gewölbes berichtet: „Das erhaltene entsprechende Rechnungskongulat überliefert auf dem Deckblatt: ‚Nachrichten von dem Bau im Grünen Gewölbe, von dato 1. Juny 1723 angefangen‘.“

August der Starke richtete das Schatzkammermuseum im Westflügel des 1549 bis 1552 erbauten Residenzschlosses ein. Seit 1572 wird die Raumfolge im Erdgeschoss „Grünes Gewölbe“ genannt. Der Name geht zurück auf die einstige kupfergrüne Bemalung, von der sich an den Kapitellen im Pretiosensaal Reste erhalten haben. Freilich sieht es hier aber nicht mehr ganz so wie vor 300 Jahren aus. Bereits während der Sudetenkrise des Jahres 1938 begann die Auslagerung der Sammlungen und später auch der beweglichen Teile der Innenausstattung.

Beim Bombenangriff auf Dresden im Februar 1945 gingen drei der Schatzkammerräume unter. Die anderen fünf blieben erhalten, doch ihre Wandvertäfelungen waren bis zum Ausbau 1962 der Witterung und Dieben ausgeliefert. Nach Kriegsende hatte die Sowjetische Trophäenkommission die Schätze des Grünen Gewölbes als Beute abtransportiert. Nach der Rückgabe 1958 waren ausgewählte Stücke im Ausstellungsgebäude „Albertinum“ zu sehen.

Die Wiederauferstehung des Grünen Gewölbes im Residenzschloss ist keine 20 Jahre her. Die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden eröffneten 2004 im ersten Obergeschoss des Westflügels das „Neue Grüne Gewölbe“. In den schnörkellos nüchternen Räumen stehen besondere Einzelstücke im Blickpunkt – und davon gibt es über 1000. Eine bizarre Be-



Hier haben Diebe gewütet: Nach Instandsetzung der Vitrine im Juwelenzimmer listet eine Infosäule die gestohlenen Schätze auf

rühtheit im „Raum der Kunststücke“ ist die von Wenzel Jamnitzer entworfene und seinem Sohn Abraham in den 1580er Jahren aus vergoldetem Silber angefertigte Statuette der Nymphe Daphne, deren Scheitel und erhobenen Armen Korallenzinken entsprossen. Ein zunächst unscheinbarer Kirschkerne offenbart erst durch die Lupe betrachtet seine vor 1589 eingeschnittenen besonderen Qualitäten. Er ist bekannt als der „Kirschkerne mit 185 geschnitzten Köpfen“, obwohl es eigentlich „nur“ 113 sind.

Größte Attraktion im „1. Raum der Kurfürsten“ ist die von Jacob Zeller 1620 aus Elfenbein und Gold geschaffene Fregatte. Auf dem geblähten Hauptsegel sind die Wappen des Kurfürsten Johann Georg I. und seiner Gattin Magdalena Sibylla von Preußen dargestellt. Höhepunkt der Raumfolge ist der dem Schaffen von

Johann Melchior Dinglinger gewidmete Saal. Der Hofjuwelier fertigte seine aufwendigsten und kostspieligsten Werke, die so teuer wie ein ganzes Schloss waren, auf eigenes Risiko an und musste zuweilen viele Jahre warten, bis August der Starke sie ihm abkaufte.

### Bernsteinpräsent aus Preußen

Dinglingers erstes Hauptwerk ist das mit 45 Gefäßen auf fünf Etagen ausgestattete „Goldene Kaffeezeug“ (1697–1701, überarbeitet 1725). Da die mit Emaille überzogenen Tassen aus purem Gold bestehen, sind sie allerdings für den Genuss von Heißgetränken ungeeignet. Das spektakulärste Goldschmiedkunstwerk des Spätbarock aber ist der von Dinglinger sowie seinen Brüdern Georg Friedrich und Georg Christoph angefertigte „Thron des Großmoguls Aureng-Zheb“ (1701–1703).

Besagter indischer Großmogul und Herrscher über die damals einzigen Fundstellen von Diamanten thront eher unscheinbar im Hintergrund. Im Funkeln von 4909 Diamanten, 160 Rubinen, 164 Smaragden und einem Saphir gehört die Bühne den mit 35 kostbaren Geschenken zur fünftägigen Geburtstagsfeier des Großmoguls angereisten 132 Würdenträgern.

Im Erdgeschoss residiert in den angestammten Räumen und drei neu hinzugekommenen seit 2006 wieder das „Historische Grüne Gewölbe“. Mehr als 2000 Objekte erzeugen in Verbindung mit dem originalen und rekonstruierten Innenausbau den Eindruck überwältigender Pracht. Die hebt im Bernsteinkabinett an. Der hier aufgestellte Bernsteinkabinettsschrank ist ein Geschenk Friedrichs des Großen. Von Raum zu Raum wird die Ausstattung prunkvoller. Den ersten Höhe-

punkt bildet der Pretiosensaal. Verspiegelte Wände, die mit vergoldeten Zierleisten und Konsolen ausgestattet sind, vervielfachen die in großer Zahl ausgestellten Objekte. Schillernde Nautilusgehäuse sind in Schiffe, Vögel oder Trinkgefäße verwandelt. Arbeiten aus Bergkristall funkeln. Matt leuchten Straußeneier. Fünf dienen als Leib von Straußenvögeln aus vergoldetem Silber. Einige tragen ein Hufeisen im Schnabel zum Zeichen dafür, dass der „Eisenfresser“ Strauß selbst aus den größten Widrigkeiten Nutzen zu ziehen weiß.

Bewusst reizarm hat August der Starke das Wappenzimmer inszeniert. Die kupfergetriebenen und vergoldeten Wappen, von denen einige bei der Bombardierung Dresdens 1945 argen Schaden genommen haben, beziehen sich auf seine Herrschaftsgebiete. Umso überwältigender ist dann der folgende Prunk des Juwelenzimmers. Hier präsentiert ein von Balthasar Permoser wohl 1724 geschnitzter, aber mit Dinglingers Schmuckstücken indisch herausgeputzter „Mohr“ eine in Kolumbien entdeckte Smaragdstufe, die Kaiser Rudolf II. anno 1581 Kurfürst August verurteilt. In Vitrinen glitzern viele teure Juwelengarnituren. Zu ihnen gehören Knöpfe, Schnallen, Spazierstöcke, Degen und Scheiden.

Neben der Vitrine mit der Diamantengarnitur, der Brillantgarnitur und den Perlen der Königinnen informiert ein Text über den Einbruch vom 25. November 2019, bei dem die Diebe Teile dieser Garnituren raubten. Die meisten Stücke des Diebesgutes wurden im Dezember Jahres sichergestellt. Am 16. Mai wurden die Diebe zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Die sichergestellten Juwelen werden wieder ausgestellt, sobald das Gericht sie freigegeben hat.

● Grünes Gewölbe im Residenzschloss Dresden, geöffnet täglich außer Dienstag von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 14 Euro. Lesetipp: „Der Traum des Königs – Die Schätze des Grünen Gewölbes“, Sandstein Verlag, 28 Euro. [www.skd.museum](http://www.skd.museum)

### KINOKRITIK

## Neapel jenseits des Vesuv

Oscar-nominiertes Filmjuwel aus Italien – „Nostalgia“ dringt tief ins Herz des Problemviertels Sanità ein

Hätte die unter deutscher Regie produzierte internationale Co-Produktion „Im Westen nichts Neues“ bei der diesjährigen Oscar-Verleihung nicht auch den Oscar für den besten internationalen Film erhalten, dann wäre vielleicht der italienische Film „Nostalgia“ zum Zuge gekommen. Nominiert war er, und verdient hätte er es gehabt. Vom 8. Juni an kann man sich in den Kinos davon überzeugen, einem kleinen Filmjuwel beigewohnt zu haben.

Erzählt wird die Geschichte des Neapolitaners Felice, der nach 40 Jahren in seine Heimatstadt zurückkehrt, nachdem der Katholik in einem arabischen Staat eine Muslimin geheiratet hat und zum Islam konvertiert war. Im nördlich am Stadtzentrum angrenzenden Sanità-Viertel besucht er seine betagte Mutter, pflegt und wäscht sie kurz vor ihrem Tod auf würdevolle Weise. Nach und nach wird enthüllt, was der Grund für seine lange Abwesenheit war: ein tragisch geendeter Hauseinbruch mit seinem Jugendfreund

Oreste, der 40 Jahre später das Sanità als Camorra-Boss beherrscht. Dieser ist auch der Erzfeind des Priesters Don Luigi Rega, der aufopferungsvoll dafür sorgt, die Ju-

gendlichen in dem Problemviertel von der Straße fernzuhalten. Er wird zu einem Freund Felices, der Pater zum Beichtvater des gläubigen Moslem.

Doch es gibt noch eine weitere Hauptfigur des Films: Das ist das Sanità mit seinen Menschen selbst. Regisseur Mario Martone dringt auch mithilfe einer Handkamera ähnlich tief in das Herz Neapels ein, wie es der Verbrecher Oreste mit einem Messer in jenes einer seiner Opfer tun wird. Postkartenbilder der Stadt mit dem Vesuv hätten nur gestört. Den Vulkan lässt Martone nur kurz zu Beginn von einem Hotelfenster aus sehen. Stattdessen erleben wir ein liebevolles Portrait der Bewohner bei ihren Tätigkeiten in Werkstätten, auf Touren mit dem Motorroller, beim Herumlungern auf den Straßen, beim Gottesdienst vor der Kirche oder beim Erforschen der Katakomben, über denen Teile des Sanità erbaut sind.

Das Heimweh, das Felice zurück nach Neapel getrieben hat, wird durch diese elegische Stimmung auch für den Zuschauer spürbar. Mit viel Empathie fügen sich die Schauspieler nahtlos in diese außergewöhnliche Kulisse ein. H. Tews



Ein konvertierter Muslim beichtet: Felice (Pierfrancesco Favino, r.) und Pater Don Luigi Rega (Francesco Di Leva) vor der Basilika Santa Maria della Sanità

### ● MELDUNGEN

## Eine baltische Künstlerfamilie

Lüneburg – Vom 3. Juni bis 3. Oktober läuft im Ostpreußischen Landesmuseum die Ausstellung „Die Kügelgens. Eine Familie zwischen Deutschland, Estland und Russland.“ Die Familie von Kügelgen ist reich an bekannten Vertretern. Dazu gehören die berühmten Künstlerzwillinge Karl und Gerhard von Kügelgen. Darüber hinaus gab es viele bedeutende Maler, Schriftsteller und Wissenschaftler, die zwischen Deutschland und dem Zarenreich unterwegs waren. Über 50 Original-Leihgaben aus der Familie entführen ins alte Estland, nach Russland sowie ins geteilte Deutschland und spannen den Bogen bis in die Gegenwart. Die Kabinettausstellung ist ein Kooperationsprojekt mit dem Kügelgenhaus-Museum der Dresdener Romantik, dem Stadtmuseum „Wilhelm von Kügelgen“ in Ballenstedt und dem estnischen Mikkel-Museum in Reval. Internet: [www.ol-ig.de](http://www.ol-ig.de) tws

## ANDORRA

Ausländer sind  
das Oberhaupt  
des Staates

Wer als Schüler in Deutsch besser war als in Erdkunde, mag bei Andorra eher an ein Theaterstück von Max Frisch denken als an ein Fürstentum. Aber es ist auch Letzteres. Der in den östlichen Pyrenäen zwischen Spanien und Frankreich gelegene flächengrößte der sechs europäischen Zwergstaaten ist der einzige Staat der Welt, in dem zwei ausländische Amtsträger gemeinsam die Funktion des Staatsoberhauptes wahrnehmen. Und das kam so:

Im Jahre 839 wurden die Gemeinden Andorras erstmals urkundlich als Lehen der katalanischen Grafen von Urgell erwähnt. 1133 verkaufte der damalige Graf von Urgell, Ermengol VI., seine Andorra bezüglichen Rechte an den Bischof von Urgell. Mit der Verteidigung von und Rechtsprechung in Andorra beauftragten die Bischöfe die Adelsfamilie Caboet, die dafür mit Gebieten im Tal von Andorra und Sant Joan belehnt wurden. Die letzte dieses Geschlechts, Arnau, heiratete 1185 einen Vizegraven von Castelbon, der als überzeugter Katharer antikleikal eingestellt war und die Lehensabhängigkeit vom Bischof beenden wollte. Dafür suchte er das Bündnis mit dem als Schutzherr der Katharer geltenden Grafen von Foix, Raimond Roger, und verheiratete 1202 seine Erbtochter Ermesende mit dem einzigen legitimen männlichen Nachkommen des Grafen, Roger Bernard II. Wie zuvor der Vizegrav von Castelbon lehnten es nun auch die Grafen von Foix ab, die Lehensherrschaft der Bischöfe von Urgell anzuerkennen.

Zu einer Beilegung des Konflikts kam es mit zwei unter dem Namen „Pareatges“ bekannten Verträgen aus den Jahren 1278 und 1288 zwischen dem damaligen Bischof von Urgell, Pere d'Urtx, und dem seinerzeitigen Grafen von Foix, Roger Bernard III. In ihnen einigten sich die beiden Seiten auf ein Kondominat, eine gemeinschaftliche Herrschaft der jeweiligen Bischöfe und Grafen über Andorra.

1589 wurde der damalige Graf von Foix, Heinrich III., als Heinrich IV. König von Frankreich. Von da an übten fürs erste die französischen Könige die entsprechenden Rechte in Andorra aus.

Die französischen Revolutionäre von 1789 missachteten den Sonderstatus und die Privilegien von Andorra und schalteten es mit Frankreich gleich. Auf andorranisches Betreiben hin stellte der Kaiser der Franzosen Napoleon I. allerdings 1806 den status quo ante weitgehend wieder her. Allerdings gab es zu dem Zeitpunkt ja keinen französischen König mehr. Dessen Rechte nimmt seitdem das französische Staatsoberhaupt wahr.

Dieser Status währte, bis 1993 eine Verfassung in Kraft trat, die Andorra als eine souveräne parlamentarische Demokratie definierte und aus den beiden ausländischen Herrschern reine Repräsentanten machte. Von nicht unerheblicher Bedeutung war nun, wie die beiden Nachbarn Andorras und Heimatländer seiner beiden Staatsoberhäupter auf diese Teilentmachtung des Bischofs von Urgell und des französischen Staatspräsidenten reagieren würden. Sie akzeptierten sie. Vor 30 Jahren, am 3. Juni 1993, erkannten das Königreich Spanien und die Französische Republik die Souveränität des Fürstentums Andorra an. *Manuel Ruoff*



„Emigration to the West“: Bildliche Darstellung aus dem Jahre 1860 einer Siedlerfamilie auf dem Treck mit einem sogenannten Prairie Schooner

Foto: Wikimedia

## ALEXANDER CONZE

„Als Freie ziehn  
sie westwärts“

Mit seinem Lied „Frisch auf, nach Oregon!“ befeuerte der Begründer der deutsch-amerikanischen Dichtung den Pionier-Treck Richtung Westen

VON BERNHARD KNAPSTEIN

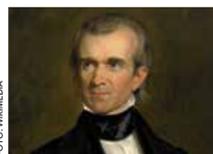
Vor 180 Jahren nahmen die ersten Pioniere in ihren Planwagen von der amerikanischen Ostküste den waghalsigen Weg über den nordamerikanischen Kontinent, durch die gefährlichen Indianergebiete und über die Rocky Mountains auf sich, um sich in Kalifornien und Oregon niederzulassen. Das Oregon-Territorium wurde ab Mitte der 1840er Jahre zum Ziel vor allem für deutsche Immigranten, die den Weg bis nach Wisconsin am Michigansee geschafft hatten. Die Stadt Milwaukee erlebte zu jener Zeit eine rasante Entwicklung und wurde vor allem von deutschen Intellektuellen geprägt. Weniger gebildete Siedler hingegen, die in dieser Zeit täglich zu Hunderten Milwaukee erreichten, hatten keine Aussichten auf Ansiedlung in dem Territorium, das während der Präsidentschaft von James K. Polk nach Aufnahme in die USA strebte. Ihnen blieb nur der Weg nach Westen.

## Vor 180 Jahren ging es los

Einer derjenigen, der die Pionier-Trecks mehr als andere befeuerte, war der Deutschamerikaner Alexander Conze mit seinem in der deutschsprachigen Zeitung „Milwaukee-Banner“ veröffentlichten Lied „Frisch auf, nach Oregon!“ Conze porträtierte in dem Lied romantisierend das amerikanische Vordringen zur Westküste als Angebot, neues Land in Besitz zu nehmen und zu bewirtschaften. Dort heißt es: „Frisch auf des Westens Söhne, die ihr das Feld nicht sät, / die ihr als freie Schützen ein ruhig Loos verschmäht, / der Wanderung Strom von Osten dringt nah und näher schon, / es schwinden eure Wälder – drum auf nach Oregon!“

Und ihr, nach Abenteuern begierig und nach Streit, / nach Jagen und nach Wagen, nach Waldes Lustbarkeit, / herbei aus allen Staaten der weiten Union! / Es lebe Berg und Prairie! Es lebe Oregon!

## Kurzporträts



**James K. Polk** war von 1845 bis 1849 der elfte Präsident der USA. In die Amtszeit des Demokraten fällt der Oregon-Kompromiss mit Großbritannien von 1846.



**Kenneth MacAlpin** war der erste schottische König. 843 wurde der Begründer des Hauses Alpin zum gemeinsamen König der Pikten und Skoten gekrönt.



**Charles Edward Stuart**, ein Enkel des durch die Glorious Revolution gestürzten Königs Jakob II., erhob Anspruch auf die Krone Englands, Schottlands und Irlands.

Wohl tausend stark wir sammeln uns an Missouri Fluth, / der Niedre und der Hohe, ob reich, ob arm an Gut. / Die Tausend Herzen bindet im Eins ein einz'ger Ton; / begeistert die Loosung: „Frisch auf nach Oregon!“

Unüberschbar vor uns blüht, duftet die Prairie, / des Urwalds Wipfel rauschen in wilder Poesie, / und über Fels und Schluchten ziehn muthig wir davon, / das Sternbanner pflanzen wir auf in Oregon.

O, dies sind nicht die Herzen, die zittern vorm Gefecht, / die, wenn Monarchen drohen, entsagen ihrem Recht. / Als Freie ziehn sie westwärts, und nach erungnem Lohn / als Freie auch behaupten sie glorreich Oregon.“

Conzes Oregon-Lied wirkte stärker, als er selbst es möglicherweise erahnt hat. Es wurde an den Lagerfeuern der Zelte und Wagenburgen gesungen und fand mit der Zeit seinen Weg nach Deutschland, wo es die „Allgemeine Auswanderer-Zeitung“ erneut veröffentlichte. Conze galt schnell als Begründer der deutsch-amerikanischen Dichtung.

Der 1819 in Hamburg geborene, nach dem frühen Tod seines Vaters mit der

Mutter ins schamburgische Bückeberg übergesiedelte Conze trug selbst den Freiheitsdrang und die Abenteuerlust in sich. Seine Mutter Jenny, eine geborene McGregor, stammte in direkter Linie von dem Begründer des schottischen McGregor-Clans, Lord Malcom McGregor, und vom Pikten-König Kenneth MacAlpin ab.

Conzes Urgroßvater Alexander McGregor Lord of Innergony hatte noch für die Stuarts unter dem Kommando von Charles Edward Stuart 1746 an der Jakobiten-Schlacht bei Culloden teilgenommen, die zuungunsten der Schotten ausging und den Untergang der Clans einleitete. Nach der Schlacht wurden die Clan-Führer verfolgt, gefangengenommen und getötet. McGregor konnte allerdings unter dem Tarnnamen Coleman nach Deutschland fliehen, wo er eine Tochter des schlesischen Adelsgeschlechts von Schalscha ehelichte und Wurzeln schlug.

## Ein gebürtiger Hamburger

Nach Erreichen der Hochschulreife zog es den McGregor-Spross zum Studium nach Jena und Leipzig. Er schmiss schon bald das Medizinstudium, widmete sich der Botanik und Philologie. Als revolutio-

närer Burschenschafter handelte sich Conze schnell Ärger mit den Behörden ein. Noch vor der 1848er Revolution entzog er sich einer Gefängnisstrafe durch Auswanderung. In New York angekommen, übernahm er zunächst eine Position als Hauslehrer. Doch Conze zog es bald weiter ins Wisconsin-Territorium, wo sich in Milwaukee gerade eine starke deutsche Gemeinschaft herausbildete mit eigenen Musikkapellen, Vereinen und mehreren deutschsprachigen Zeitungen. Dort eröffnete er eine Privatschule und verkehrte in deutsch-akademischen Kreisen. Conze war inspiriert, er publizierte seine Gedichte in den Zeitungen. Doch sein Œuvre blieb kurz.

Zwischen Mexiko und den USA entbrannte ein Konflikt am Rio Grande, nachdem US-Präsident Polk für den Beitritt von Texas in den Staatenbund gesorgt hatte. Polk suchte den Konflikt mit Mexiko. Am 13. Mai 1846 stimmte der Kongress einer Kriegserklärung zu, auch wenn das umstrittene Gebiet entlang des Rio Grande unfruchtbar und wertlos war.

## Gefallen im Krieg gegen Mexiko

Die Kriegsbegeisterung erreichte Wisconsin. Conze wollte als Neuauswanderer Patriotismus zeigen, trat den Freiwilligenverbänden bei, berichtete nebenbei als kritischer Kriegskorrespondent für die deutschen Zeitungen in Milwaukee. Er thematisierte Ausrüstungsstandards, das Verhalten von Vorgesetzten, die Einschiffung über den Mississippi nach New Orleans und weiter nach Mexiko, die Landschaft und die langen Märsche über sieben Monaten ohne jede Feindberührung.

Während die ersten Offiziere den Dienst wegen Krankheit quittierten, dürstete es Conze noch immer euphorisch danach, „in Montezumas Hallen zu schwelgen“. Doch in die Tiefen des alten Aztekenreichs drang Conze nicht mehr vor. Er fiel am 23. Februar 1847, dem zweiten Tag seiner ersten Schlacht, bei Buena Vista.

Erst nach dem frühen Tod des Dichters nahm die Besiedlung des Kontinents richtig Fahrt auf. Die 48er Revolution spülte neue Immigranten in die Staaten, die Folgen der Industrialisierung weitere.

Noch 2015 gaben 45 Millionen Amerikaner im Rahmen einer Volkszählung an, primär deutsche Wurzeln zu haben. Und in Oregon zeugen noch heute Ortsnamen wie Roseburg, Coburg und Salem davon, dass vor allem auch Deutsche sich auf den von Conze romantisierten Oregon-Trail wagemutig aufgemacht haben.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 3. Juni 1998 um 10.59 Uhr raste der Intercity-Express 884 „Wilhelm Conrad Röntgen“ auf seiner Fahrt von München nach Hamburg mit rund 200 Kilometern pro Stunde auf eine Straßenbrücke am Ortsrand der niedersächsischen Gemeinde Eschede zu. Dabei entgleisten plötzlich zehn der zwölf Waggons des Zuges oder wurden von der um die 200 Tonnen schweren Brücke zerquetscht, als deren Pfeiler infolge des Ausscherens von Wagen 3 einknickten. Hierdurch kamen zwei Signaltechniker der Deutschen Bahn (DB), die unter der Brücke standen, und 94 Fahrgäste im Zug, darunter zwölf Kinder, ums Leben. Die Zahl der Opfer hätte noch deutlich höher ausfallen können, denn der ICE 884 war nur zu einem Drittel besetzt, und der ICE 787 „Karl Adam“ auf dem Gegengleis entging der Katastrophe nur deshalb, weil er die Unfallstelle eine Minute früher als im Fahrplan vorgesehen passierte, während der ICE 884 eine Minute Verspätung hatte.

Nach dem Unglück lief eine großangelegte Rettungsaktion an, bei der um die 350 Ärzte und anderes medizinisches Personal, rund 2600 Helfer von Feuerwehr, Technischem Hilfswerk, Polizei und Bundeswehr, 100 Feuerwehrfahrzeuge, 88 Kranken- und Rettungswagen, 37 Hub-schrauber sowie drei Bergepanzer der Bundeswehr zum Einsatz gelangten und 110 Verletzte geborgen wurden, von denen fünf später ihren Verletzungen erlagen.

Die sofort eingeleiteten Untersuchungen am Unfallort und die Befragung der Überlebenden führten relativ schnell zur Klärung der Ursache für das fatale Ereignis. Weil die aus einem Stück gefertigten Räder der seit 1991 eingesetzten ICE-Bau-reihe 1 unerwünschte Vibrationen verursachten, hatte die Bahn neue Räder in Auftrag gegeben, bei denen eine Hartgummi-Dämmschicht zwischen Radkern und äußerem Radreifen für mehr Laufruhe sorgen sollte.

### Drei Angeklagte

Allerdings verzichtete die DB auf Dauererprobungen der Konstruktion beziehungsweise Labortests bis zum Bruch des Radreifens zur Ermittlung der Verschleiß-

grenze. Dabei hatte das Fraunhofer-Institut für Betriebsfestigkeit und Systemzuverlässigkeit in Darmstadt den Bahnvorstand schon sehr früh vor dem Einsatz der neuen Räder vom Typ Bochum 84/Baureihe 064 gewarnt.

Nach der Einführung der gummigefederten Räder unterblieb deren ausreichende Kontrolle während des Betriebes. So verzichtete die Bahn auf die Anschaffung hochwertiger Ultraschallgeräte zum sicheren Erkennen von Rissen in den Radreifen.

Die am Vortag des Unglücks festgestellte Rundlaufabweichung am später für die Katastrophe verantwortlichen Rad-satz führte zu keinen Konsequenzen. Dabei verlangten die Vorschriften in solchen Fällen einen Austausch.

Und so kam es, wie es auf kurz oder lang möglicherweise kommen musste: Sechs Kilometer vor Eschede zerbrach ein Radreifen an der dritten Achse des Waggons Nummer 1. Danach wickelte sich das Metallstück auf und bohrte sich durch den Wagenboden. Dabei ragte der untere Teil des verformten Radreifens bis ins Gleisbett hinab. Das wiederum führte zur Beschädigung der ersten Weiche vor der Brücke bei Eschede. Sie wurde mit großer Wucht von den Schwellen gerissen und brachte dadurch ein Drehgestell zum Entgleisen. Hieraufhin traf eines von dessen Rädern die Zunge der zweiten Weiche vor der Brücke und stellte diese so um, dass die hinteren Achsen des Wagens Nummer 3 auf das in Fahrtrichtung rechts abzweigende Gleis gerieten. Da der Weichenradius aber nur für niedrige Geschwindigkeiten ausgelegt war, schleu-

DEUTSCHE BAHN

# Tragödie durch einen Materialfehler

Vor einem Vierteljahrhundert ereignete sich das ICE-Unglück von Eschede. Es war der bislang schwerste Zugunfall in der Geschichte der Bundesrepublik sowie aller Hochgeschwindigkeitszüge weltweit

„Am 3. Juni 1998 um 10:58 Uhr zerschellte an dieser Stelle der ICE 884 ‚Wilhelm Conrad Röntgen‘. 101 Menschen verloren ihr Leben, ganze Familien wurden zerstört“

Gedenkstätte Eschede  
Beginn der Inschrift im Tor

derte es den Waggon gegen die Brücke, die daraufhin einstürzte.

Das Unglück von Eschede hatte rechtliche wie technische Konsequenzen. Allerdings mussten sich letztlich nur ein Abteilungspräsident der Bahn, ein technischer DB-Oberrat und ein Betriebsingenieur des Herstellerwerkes der Radreifen wegen fahrlässiger Tötung beziehungsweise Körperverletzung verantworten. Und dieses Verfahren wurde schließlich am 8. Mai 2003 nach 55 Verhandlungstagen gegen die Zahlung von je 10.000 Euro Geldbuße pro Angeklagtem eingestellt, weil angeblich keiner der Drei eine schwere Schuld trug. Das stieß ebenso auf Unverständnis der Hinterbliebenen und Verletzten wie die Tatsache, dass niemand aus der Vorstands-

ebene der DB vor Gericht musste, obwohl diese mutmaßlich für die nicht ausreichenden Prüfungen an den gummigefederten Rädern mitverantwortlich zeichnete.

### Je 10.000 Euro Geldbuße

Letztere wurden nach der Katastrophe sofort aus dem Verkehr gezogen und nie wieder eingesetzt. Außerdem setzte die DB am 8. Juni 1998 eine Kommission ein, welche die Sicherheit des Systems Bahn als Ganzes überprüfen sollte. Das daraus resultierende neue Sicherheitskonzept führte zu zahlreichen, bis heute nachwirkenden Veränderungen. So reduzierte die DB die Zahl der Weichen vor Brücken oder Tunneln deutlich. Darüber hinaus gelten seitdem andere Prüfintervalle als vor dem Unglück. Die Sicherheitschecks erfolgen nicht mehr in festgelegten Zeitabständen, sondern in Abhängigkeit von der Zahl der gefahrenen Kilometer. Desgleichen kam es zur Einführung des Vier-Augen-Prinzips bei wichtigen Prüfungen. Alle Züge vom Typ ICE 1 erhielten etliche zusätzliche Notausstiegsfenster, die nun in allen Hochgeschwindigkeitszügen so ausgelegt wurden, dass Rettungskräfte ohne schwere Äxte oder Trennschleifer von außen in das Wageninnere gelangen können.

Ebenso hatte das Unglück von Eschede Auswirkungen auf das System der seel-sorgerischen oder psychologischen Betreuung von Betroffenen und Mitgliedern der Rettungsmannschaften. Die damals entwickelten Konzepte kommen noch heute zum Einsatz, wenn es um die Verhinderung oder Therapie von posttraumatischen Belastungsstörungen bei Katastrophen Helfern und -opfern geht.

PRINZ ADALBERT

## Gründer der deutschen Marine

Prinz Heinrich Wilhelm Adalbert von Preußen zog es zur See. Sein Pech war es, dass zu seinen Lebzeiten Preußen nur eine Landmacht war. Sein ihm in dieser Hinsicht seelenverwandter Blutsverwandter Wilhelm II. kam erst ein knappes halbes Jahrhundert später zur Welt, und als dieser ans Ruder kam, war Adalbert längst tot.

Am 29. Oktober 1811 kam der Cousin ersten Grades Friedrich Wilhelms IV. und Wilhelms I. in der Landeshauptstadt Berlin zur Welt. Da Preußen nun einmal eine Landmacht war, machte er nolens volens im Heer Karriere. 1843 wurde er zum Generalinspekteur der Artillerie ernannt.



Vor 150 Jahren gestorben: Adalbert

Eine Besserung der Lage ergab sich für Adalbert durch den 1848 begonnenen Ersten Schleswig-Holsteinischen Krieg. Bis dahin war die preußische Kriegsplanung von einem wohlwollenden Verhalten der Seemächte Dänemark, Großbritannien und Niederlande ausgegangen. Im Ersten Schleswig-Holsteinischen Krieg war Dänemark jedoch Kriegsgegner. Da die beiden anderen Seemächte Preußen nicht beistanden, waren der deutsche und damit auch der preußische Seehandel innerhalb weniger Tage durch die dänischen Seestreitkräfte zum Erliegen gebracht.

Das war Adalberts Chance als Gründer der deutschen Marine, denn nun wurde in Frankfurt am Main wie in Berlin die Notwendigkeit erkannt, schlagkräftige Seestreitkräfte aufzubauen. Die Frankfurter Nationalversammlung beschloss den Aufbau einer „Reichsflotte“, und Adalbert wurde mit der Leitung der sogenannten technischen Marinekommission in Frankfurt betraut. Im selben Jahr legte er seine „Denkschrift über die Bildung einer deutschen Flotte“ vor.

Die 48er Revolution scheiterte indes und Adalbert wechselte von Frankfurt nach Berlin. Im Februar/März 1849 legte er sein Amt bei der Reichsflotte nieder und übernahm den Oberbefehl über Preußens Kriegsflotte. In Maßen wuchs diese nun, und Adalbert sorgte 1853 mit dem Jade-Vertrag dafür, dass diese einen Nordseestützpunkt erhielt, das heutige Wilhelmshaven.

Sein Versuch, die Marine auf Augenhöhe mit dem Heer zu bringen, scheiterte indes, auch wenn ihn die Gründung des Norddeutschen Bundes die protokollarische Aufwertung zum Oberbefehlshaber von dessen Marine brachte. Nach der Reichsgründung zog sich Adalbert aus der Führung der nunmehr kaiserlichen Marine zurück. Als Generalinspekteur der Marine hatte er nur noch beratende Funktion. Vor 150 Jahren, am 6. Juni 1873, starb Prinz Adalbert von Preußen in Karlsbad an einem Leberleiden. Manuel Ruoff



Ein Bild des Grauens: Die Brücke und ein Großteil des Zuges sind nach der Katastrophe zerstört

Foto: pa

VON WOLFGANG KAUFMANN

Lange Zeit galt der frühere Sowjetoffizier und spätere Waffenhändler Wiktor But als schlimmster „Händler des Todes“ – bis er schließlich 2008 verhaftet und an die USA ausgeliefert wurde. Danach trat ein unscheinbar wirkender Chinese namens Li Fangwei in seine Fußstapfen. Dabei könnte der am 18. September 1972 in Heilongjiang geborene Geschäftsmann, welcher auch unter den Aliasnamen Karl Lee, Sunny Bai, Song Dahai, David Li, Wei Li oder schlicht und einfach als KL oder Patric auftritt, sogar noch gefährlicher als But sein. Denn während der Russe vor allem die Konfliktparteien in den diversen Bürgerkriegen auf dem afrikanischen Kontinent sowie islamische Terrorgruppen mit Kleinwaffen belieferte und damit möglicherweise sechs Milliarden US-Dollar verdiente, soll Li sich stattdessen darauf konzentrieren, das iranische Mullah-Regime aufzurüsten. Dazu gehört in erster Linie die Unterstützung beim Bau von Raketen, welche Massenvernichtungswaffen tragen und Distanzen von bis zu 2500 Kilometern zurücklegen können.

Genauere Informationen hierüber sind allerdings rar. Vermutlich gründete Li ab 1998 mehr als zwei Dutzend Firmen zur Umgehung der Sanktionen gegen den Iran – so vermeldet es jedenfalls das Researcheteam Project Alpha am King's College London. Zu den fraglichen Unternehmen, die Embargo-Ware in den USA oder anderswo kauften und dann in den Golfstaat verschifften, gehörten dabei zweifelsfrei die Sinotech (Dalian) Carbon & Graphite Manufacturing Corporation in Wafangdian sowie die Dalian Trust International. Die erstere Firma lieferte isostatischen Graphit und die letztere eine spezielle Art von Kaolin. Beide Rohstoffe werden für die Herstellung von Feststoffraketen benötigt.

#### Geheimdienste fahnden weltweit

Darüber hinaus beschaffte Li vermutlich auch noch hochfeste Legierungen und technische Bauteile wie Steuerkreise für das iranische Raketenprogramm, welches in den vergangenen Jahren bedrohliche Ausmaße angenommen hat. So konnte das Mullah-Regime seit dem Beginn der Kooperation mit Li zahlreiche neue Rakentypen produzieren, unter anderem etliche Typen von Kurz- und Mittelstreckenraketen.

Aus diesem Grunde gelten die Aktivitäten Lis als derart gefährlich, dass zahlreiche Geheimdienste von der CIA und dem FBI in den USA über den britischen MI6 und den israelischen Mossad bis hin zum deutschen Bundesnachrichtendienst auf seiner Spur sind, wobei es wohl der US-Präsident George W. Bush war, der die Jagd auf den Chinesen eröffnen ließ. Mit-



2000 Kilometer Reichweite: Abschuss einer iranischen Mittelstreckenrakete vom Typ „Hayber“

Foto: pa

#### RÜSTUNG

## Die Jagd auf den gefährlichsten Waffenhändler der Welt

Der Chinese Li Fangwei hat vermutlich entscheidend beim Aufbau des iranischen Kurz- und Mittelstreckenraketen-Arsenals geholfen – Pekings Rolle bleibt undurchsichtig

terweile steht Li auf der Liste der meistgesuchten Verbrecher des FBI, und das US-Außenministerium setzte eine Belohnung von fünf Millionen Dollar für Hinweise aus, die zu seiner Festnahme oder Verurteilung führen. Die Auslobung dieses Kopfgeldes erfolgte, nachdem ein Gericht im südlichen Bezirk von New York City am 28. April 2014 Anklage gegen Li erhoben hatte und ein Bundeshaftbefehl erlassen wurde.

Im Einzelnen lauten die Vorwürfe gegen Li: Verschwörung zur gemeinschaftlichen Verletzung des International Emergency Economic Powers Act, welcher der US-Regierung die Verhängung von umfassenden wirtschaftlichen Sanktionen gegen ausländische Regierungen, Organisationen und Unternehmen ermöglicht, Verschwörung zur Durchführung von Geldwäsche sowie Verschwörung zur Begehung von Über-

weisungs- und Bankbetrug. Dabei soll Li seinen Kunden stets maßgeschneiderte Lösungen präsentiert haben, weshalb ihm die Waffenhändlerszene den Spitznamen „The Tailor“, zu Deutsch „Der Schneider“, verlieh.

#### Israel und Teile von Europa in Gefahr

Nun kursiert das Gerücht, dass Li in einem chinesischen Gefängnis sitze – so vermeldeten es im April vier deutsche Investigativreporter, welche fünf Jahre lang über den Embargobrecher recherchiert und ihre Erkenntnisse unter anderem im Bayerischen Rundfunk und „Spiegel“ publik gemacht haben. Dabei gingen die Journalisten davon aus, dass die Inhaftierung Lis die Folge einer vertraulichen Übereinkunft zwischen Washington und Peking sei.

Wenn dem tatsächlich so ist, hätte dieser Versuch der Bekämpfung der Prolife-

ration, also der gezielten Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen oder deren Trägersystemen, allerdings keinen sonderlichen Erfolg gehabt. Denn wie nun bekannt geworden ist, erhoben die USA inzwischen auch noch gegen den Chinesen Qiao Xiangjiang Anklage. Der soll für Lis Firma Sinotech arbeiten und zudem mit 40 Prozent an der Dalian Trust International beteiligt sein. Daher steht für Daniel Salisbury vom Royal United Services Institute, einem unabhängigen britischen Forschungsinstitut für Sicherheitsfragen, fest: „Die Beseitigung des Gesichts hinter dem Netzwerk bremst weder die Produktion, noch ändert es etwas an den Geschäftsbeziehungen zum Iran.“

Das Gefährliche an diesen Geschäftsbeziehungen ist nicht nur der Umstand, dass das mittlerweile auch nach dem Besitz von waffenfähigem Uran strebende Regime in Teheran dadurch Raketen in

die Hände bekam, mit denen es Israel und Teile von Europa anzugreifen vermag. Ebenso könnte Teheran seine Kurz- und Mittelstrecken-Raketen an Russland liefern, womit dann deren Einsatz im Ukraine-Krieg im Bereich des Möglichen läge.

Dabei steht zu vermuten, dass Li und Qiao nicht auf eigene Faust handeln, sondern letztlich nur Strohmänner sind, hinter denen die kommunistische Führung der Volksrepublik China selber steht. Immerhin befindet sich Peking ja ganz augenscheinlich in einer Art Kaltem Krieg mit dem Westen und sucht daher permanent nach Gelegenheiten, den Gegner nach allen Regeln der Kunst in die Breddouille zu bringen. Denn das erleichtert es dem Reich der Mitte natürlich, seine eigene Weltordnung zu errichten. Insofern darf durchaus bezweifelt werden, dass Li tatsächlich in irgendeinem chinesischen Geheimgefängnis verrottet.

#### VERÖFFENTLICHTE MEINUNG

## Wo alle an einem Strang ziehen

In „Recherchenetzwerken“ bündeln linke Medien ihre Macht – Auch auf Kosten der Zwangsgebührenzahler

Vor mehr als neun Jahren, im Januar 2014, überraschte der vormalige „Spiegel“-Redakteur Georg Mascolo die Öffentlichkeit mit der Meldung einer verstärkten Kooperation zwischen WDR, NDR und „Süddeutscher Zeitung“ („SZ“). Die sich verändernde Medienlandschaft erzwingt gerade im Bereich des investigativen Journalismus das Beschreiten neuer Wege, hieß es. Insbesondere bei umfassenden Recherchearbeiten wollten die Redaktionen der drei Institutionen daher künftig näher zusammenwirken.

Wie sich diese Kollaboration genau gestalten sollte, ließ Mascolo offen. Gerade dieser Umstand rief schnell Kritiker des Vorhabens auf den Plan, die hier eine

verdeckte Quersubventionierung der unter starkem finanziellen Druck stehenden „SZ“ durch die zwangsfinanzierten Staatssender witterten.

Von sich reden machte der neu gegründete Rechercheverbund später vor allem durch seine Veröffentlichungen zu den sogenannten Panama- und Paradise-Papers aus den Jahren 2016/2017. Hierbei handelte es sich um riesige Datenmengen zu wirtschaftlichen Aktivitäten in Steueroasen, bei denen immer wieder auch bekannte Namen auftauchten. Gemeinsam mit Mitarbeitern des Center for Public Integrity (CPI) und dem Internationalen Netzwerk investigativer Journalisten (ICIJ) wurde die Berichterstattung welt-

weit koordiniert. Obwohl die vermeintlichen Enthüllungen monatelang an prominenter Stelle durch die Medien geschleift wurden, war die inhaltliche Substanz ausgesprochen mager. Viele der aufgedeckten Geschäfte standen zwar im Ruf mangelnder Seriosität, jedoch verstieß kaum ein Vorgang gegen geltendes Recht.

#### Die Sache mit den „Panama-Papers“

Auffallend war bereits damals zudem der einseitige Schwerpunkt, den die Berichterstattung zu den Dokumenten aufwies. So schoss man sich vornehmlich auf einflussreiche Unterstützer des konservativen US-Präsidenten Donald Trump oder persönliche Bekannte des russischen Prä-

sidenten Wladimir Putin ein, die in Verbindung mit Briefkastenfirmen an Offshore-Finanzplätzen standen. Dies verwundert wenig, da koordinierende Organisationen wie das CPI von einschlägigen Stiftungen wie der Open-Society-Foundation von George Soros finanziert werden und die beteiligten Journalisten fast sämtlich im linken Mainstream verortet sind.

Ein weiteres ungewöhnliches Merkmal der Enthüllungen war, dass sich die bis heute anonym gebliebenen Hinweisgeber an die „SZ“ gewandt hatten, um ausgerechnet mit bayrischen Journalisten ihre Daten zu teilen. Auch wenn zu den unbekanntem Informanten wenig bekannt

ist, dürfte man ausschließen können, dass es sich bei den Whistleblowern um Mitarbeiter der betroffenen Finanzinstitute handelt, da das Entdeckungsrisiko relativ hoch ist und sie auch für sich kein Geld forderten. Externe Hacker laden erbeutete Daten hingegen meist auf Plattformen im Internet hoch und kooperieren nicht über einen längeren Zeitraum mit Journalisten. Durchaus denkbar aber wäre es, dass derartige Informationen durch staatliche Stellen, wie beispielsweise Geheimdienste, an Journalisten herangetragen werden, um bestimmte Themen zu setzen und so die öffentliche Wahrnehmung, den eigenen Wünschen entsprechend, aktiv mitzugestalten.

Dirk Pelster

MEMEL

# Einsatz für Umwelt und Kulturelles Erbe

Arvydas Vaitkus ist neuer Bürgermeister – Vertreter deutscher Vereine wohnten der Amtseinführung bei

VON BODO BOST

Arvydas Vaitkus hatte in der zweiten Runde die Wahlen zum Bürgermeister von Memel gewonnen. Am 20. April wurde er zusammen mit den Mitgliedern des Stadtrates von dem Vorsitzenden des Wahlausschusses der Stadt vereidigt. Zur Amtseinführung waren auch der Ehrenbürger der Stadt Memel, Uwe Jurgsties, als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise (AdM) in Deutschland, und Heiko Roland Krefsin als Geschäftsführer des neuen Deutschen Kulturvereins Memel, eingeladen. Sie übermittelten die Glückwünsche der deutschen Gemeinschaft und bedankten sich mit einem kleinen Geschenk für die Einladung.

Bei den Stadtratswahlen hatte das wirtschaftsliberale Wahlbündnis von Vaitkus, Treue zu Memel, mit acht Sitzen knapp die relative Mehrheit im Stadtrat von Memel gewonnen. Die liberale Partei Freiheit und Gerechtigkeit und die konservative Heimatunion – Litauische Christdemokraten erhielten jeweils sieben Sitze. Die Liberale Bewegung, der Litauische Bauern- und Grünenverband sowie die Sozialdemokratische Partei Litauens erhielten jeweils drei Mandate. Vaitkus, der in seinem Wahlkampf vor allem praktische Probleme der Stadtbevölkerung wie das Parkplatzproblem und die hohen Heizkosten aufgegriffen hatte, regiert mit einer Koalition, der vier politische Kräfte angehören: Neben seinem zumeist aus Technokraten bestehenden Wahlbündnis Treue zu Memel gehören die Partei Freiheit und Gerechtigkeit, der Litauische Bauern- und Grünenverband sowie die Sozialdemokraten dieser Koalition an. Die Liberale Bewegung und die Konservativen von der Heimatunion beschloss, in der Opposition zu bleiben.

Neue erste Vizebürgermeisterin wurde Vaida Raugelė. Die 44-Jährige wird für die Bereiche Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit und öffentliche Ordnung zuständig sein. Zweite stellvertretende Bürgermeisterin (Partei Freiheit und Ge-



Stellt sich als neuer Bürgermeister vor: Arvydas Vaitkus in Memel

Foto: Screenshot Youtube

rechtigkeit) wurde die 52-jährige Lina Šukyte-Korsaka, die zum ersten Mal in den Rat einzog. Sie wird unter anderem für Umwelt, Kultur, Sport zuständig sein. Die Erste Beraterin des neuen Bürgermeisters ist Asta Anilionė-Lipovec. Sie war bislang in der Privatwirtschaft tätig, sie ist Mitglied des Memeler Regionalrats des Litauischen Netzwerks der Geschäftsfrauen.

## Zukunftsplaner von Mariupol

Vaitkus stammt aus Memel und hat im litauischen Kaunas und im ukrainischen Charkiw Maschinenbau und Jura studiert. Seine ersten beruflichen Erfahrungen hat der 60-Jährige von 1986 bis 1987 als Konstrukteur und Zukunftsplaner in der ukrainischen Stadt Mariupol gesammelt. Nach Beratungstätigkeiten in verschiedenen litauischen Ministerien wurde er 2009 Vorsitzender des Verwaltungsrats der Staatlichen Hafenbehörde von Memel. Seit

2019 ist Vaitkus Mitglied des Stadtrats von Memel. Zunächst war er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Litauens. 2019 war er Kandidat für das Amt des Bürgermeisters von Memel von dem Litauischen Bauern- und Grünenverband. Damals schaffte er es in die zweite Runde der Bürgermeisterwahlen, in der er Vytautas Grubliauskas unterlag. Im Jahr 2022 gründete er das Wahlbündnis Treue zu Memel. Er gewann im März 2023 den zweiten Wahlgang zum Bürgermeister von Memel mit 61,64 Prozent, vor Audrius Petrošius mit 36,85 Prozent.

Die erste Neuerung nach seiner Amtseinführung war die Abschaffung der Heimarbeit, die bei Pandemiebeginn 2020 eingeführt worden war. Vaitkus bestimmte, dass die Angestellten der Stadtverwaltung ab sofort wieder an ihren Arbeitsplätzen arbeiten müssen. Die Heimarbeit war auch nach dem Abklingen der Pandemie sehr beliebt, vor allem an Freitagen,

weil sie ein verlängertes Wochenende ermöglichte. Bei der Besichtigung einzelner sozialer Bauvorhaben äußerte der neue Bürgermeister Kritik am langsamen Baufortschritt einer Schule und kündigte dem Schendrian auf dem Bau den Kampf an.

Zusammen mit dem scheidenden Bürgermeister Grubliauskas hatte Vaitkus kurz vor seiner Einführung an einem Seminar zum „Internationalen Tag des Denkmalschutzes“ in Memel teilgenommen. Darin versprach der neue Bürgermeister, den Denkmalschutz und das kulturelle Erbe des Memelgebiets weiter zu fördern. Als ehemaliger Hafendirektor gehört für Vaitkus jedoch auch das Meer und die Küste zu den schützenswerten Bereichen, die noch mehr gefördert werden müssen. Zum Erbe von Memel, so hieß es auf dem Seminar, gehöre aber auch die Vertreibung seiner Bewohner, deren Erbe die Stadt weiter pflegen will. Das zeigte auch die Einladung an die AdM.

KÖNIGSBERG

# Neue öffentliche Toiletten im Zentrum

Verwaltung zeigt sich zufrieden – Für die Touristensaison ist das Angebot jedoch nicht ausreichend

Im Zentrum von Königsberg gibt es zwei neue öffentliche Toiletten – eine in der Rokossovskogo-Straße und eine am Admiral-Tribuza-Ufer, deren Errichtung umgerechnet gut 800.000 Euro gekostet haben. Ihre Benutzung kostet umgerechnet 35 Euro-Cent. Die Toiletten wurden bereits an die Versorgungsnetze angeschlossen. Sie sind mit Heizungen und den erforderlichen sanitären Anlagen ausgestattet.

In den Toilettenräumen gibt es jeweils zwei Kabinen, von denen eine für Menschen mit Behinderungen geeignet ist. Die Toiletten sind modern gestaltet, mit bunten Holzplatten an der Vorderseite, einer Bank und einem Abfalleimer daneben. Im Inneren spielt angenehme Musik, es gibt Seifenspender, Papierhandtücher und Toilettenpapier. Vorläufig kann man nur mit Bargeld bezahlen, aber in Kürze sollen auch Kartenzahlungen möglich sein.

Vor einiger Zeit entstanden ebenfalls neue öffentliche Toiletten am Unterteich auf der Seite der Straße Hintertragheim

[ul. Sergejewa], in der Nähe des Schloss- teichs, am Oberteich auf der Seite der Cäcilienstraße [ul. Proletarskaja], auf dem



Im Königsberger Zentrum: Beispiel einer neuen Toilettenanlage

Foto: J.T.

Haberberg sowie und Gagarin-Park und im Max-Aschmann-Park.

Zuvor hatte die Leiterin der Stadtverwaltung, Jelena Djatlowa, berichtet, dass es aufgrund der dichten Bebauung im Stadtzentrum nicht einfach gewesen sei, einen Platz auf einem städtischen Grundstück zu finden, an dem eine stationäre öffentliche Toilette aufgestellt werden konnte.

Das Büro des Bürgermeisters betonte, dass es bei öffentlichen Veranstaltungen, Messen, Kultur- und Sporteinrichtungen sowie auf einigen Parkplätzen ebenfalls öffentliche Toiletten gebe. Allerdings gibt es immer noch sehr wenige davon, und angesichts des zu erwartenden saisonalen Zustroms von Touristen wird der Mangel an Toiletten zu einem besonders großen Problem, das noch nicht vollständig gelöst ist.

Jurij Tschernyschew

MELDUNGEN

## Bahnhof im Umbau

Lötzen – Der im Rahmen der Modernisierung der Bahnlinie Lyck-Korschen durchgeführte Umbau des Bahnhofs Lötzen schreitet voran. Die Fläche unter den neuen Bahnsteigen, die den Passagieren einen leichteren Zugang zur Bahn verschaffen sollen, ist vorbereitet. Die Polnischen Staatsbahnen lassen die alten Gleise und Weichen entfernen und Elemente für das Traktionsnetz montieren. Dadurch fahren zukünftig elektrische Züge schneller nach Lötzen. Gleichzeitig wird die Brücke über den Lötzener Kanal umgebaut und ein Viadukt über die Straße des Heiligen Bruno gebaut, sodass die Fahrt durch die Stadt sicherer wird. Auch in Alt Jucha und Widminnen wird an Bahnsteigen und Masten für das Traktionsnetz gebaut. Bis 2024 soll der Abschnitt Lyck-Lötzen fertiggestellt sein, die Kosten von 650 Millionen Złoty werden zu drei Vierteln aus EU-Mitteln bestritten. Anschließend wird die Strecke Lötzen-Korschen in Angriff genommen. U.H.

## Maschine von Adolf Bieluch

Johannisburg – Ein außergewöhnliches Ausstellungsstück erinnert im Museum der Region Johannisburg an einen der wohlhabendsten Einwohner der Stadt Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts. Auf diesen Zeitraum ist die mannshohe Häckselmaschine datiert, die in der ethnographischen Abteilung des Museums zu sehen ist. „Die historische Maschine ist das Werk des Schlossermeisters Adolf Bieluch, der damals in Johannisburg sehr bekannt war“, so die Direktorin des Museums, Aneta Karwowska. Seine Werkstatt mit Ladengeschäft lag an der heutigen Kościuszko-Straße, also mitten im Zentrum der Stadt, wo die Familie 1910 ein Haus gebaut hatte. Der Unternehmer produzierte Werk- und Fahrzeuge, unter anderem Fahrräder, war aber selbst so wohlhabend, dass er sich als einer der ersten Personen damals ein Auto leisten konnte. Daneben leitete er auch eine Tankstelle. U.H.

## Neue Beton-Anlegestege

Steinort – Eine der wichtigsten Attraktionen in Steinort ist Schloss Steinort, der dortige Sitz der Familie von Lehdorff. Zum gesamten Anwesen gehören auch der Park, das Dorf, die gegenüberliegende Halbinsel mit dem Mausoleum der Familie und der Hafen. Der ist auf der Masurischen Seenplatte ein wichtiger Anlegepunkt. Jetzt wurde er von Grund auf modernisiert. Wie der Hafendirektor Jacek Książkiewicz „Neu Steinort – Siedlung der Freiheit“ sagte, wurde das ganze System der Stege verändert: „Das sind Betonstege mit Stromanschluss und Zugang zum Wasser sowie bequemeren Möglichkeiten zum Festmachen.“ Auch für das Manövrieren im Hafen entstand dadurch mehr Platz. Zur Zeit dauern die Abschluss- und Aufräumarbeiten bei den neuen Stegen noch an. U.H.



## Wir gratulieren...

## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Genzen, Erna**, geb. **Plietzka**, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 4. Juni

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Bertuleit, Martha**, geb. **Preikuln**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 5. Juni  
**Dörr, Ruth**, geb. **Matzko**, aus Lyck, am 3. Juni

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Borries, Kurt**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 4. Juni  
**Rebmann, Edeltraut**, aus Walden, Kreis Lyck, am 7. Juni  
**Schmidt, Anna Elisabeth**, geb. **Tresp**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. Juni  
**Voserau, Hildegard**, geb. **Meya**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. Juni

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Denning, Lieselotte**, geb. **Synowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. Juni  
**Ilbertz, Herta**, geb. **Reichert**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 7. Juni  
**Jaritz, Elisabeth**, geb. **Böhm**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 4. Juni  
**Thiede, Erika**, geb. **Hoffmann**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 8. Juni

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Alpers, Ilse**, geb. **Bandilla**, aus Albrechtshof, Kreis Treuburg, am 3. Juni  
**Cziesso, Hilde**, geb. **Daduna**, aus Loien, Kreis Lyck, am 2. Juni  
**Gegner, Elsbeth**, geb. **Bobel**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 8. Juni  
**Schiffke, Alfred**, aus Bludau, Kreis Fischhausen, am 3. Juni  
**Schmidt, Irma**, geb. **Hoff**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 3. Juni

**Westphal, Walburga**, geb. **Malies**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 82, am 2. Juni

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Bartöck, Günther**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 7. Juni  
**Bialojan, Felix**, aus Lyck, Hindenburgstraße 29, am 4. Juni  
**Both, Gertrud**, geb. **Jeromin**, aus Ortelsburg, am 8. Juni  
**Bott, Gerda**, geb. **Sembritzki**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg und aus Auglitten, Kreis Lyck, am 4. Juni  
**Ganser, Ruth**, geb. **Kecker**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 6. Juni

**Graschtat, Herbert**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 2. Juni  
**Markert, Margarete**, geb. **Kutzborski**, aus Neidenburg, am 7. Juni  
**Nath, Horst**, aus Neidenburg, am 8. Juni  
**Olias, Herbert**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 4. Juni  
**Reinoss, Siegfried**, aus Gailau, Kreis Lyck, am 6. Juni  
**Sbresny, Heinrich**, aus Rotwalde, Goldensee, Kreis Lötzen, am 7. Juni  
**Sillack, Margot**, geb. **Mikus**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 6. Juni  
**Tauscher, Vera**, geb. **Grawitter**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. Juni  
**Wallat, Helmut**, aus Sonnau, Kreis Wehlau, am 6. Juni  
**Zachrau, Fritz**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 2. Juni

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Behm, Ingrid**, geb. **Alex**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 3. Juni  
**Bulda, Gerda**, geb. **Pyko**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 2. Juni  
**Doebler, Gertrud**, geb. **Pinnow**, aus Wehlau, am 2. Juni  
**Dürr, Sofie**, geb. **Merk**, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 6. Juni  
**Freundlieb, Margarete**, geb. **Joswig**, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 2. Juni  
**Gritzka, Kurt**, aus Lyck, Litzmannstraße 12, am 3. Juni  
**Jucknat, Günther**, aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode, am 8. Juni

**Kobus, Otto**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 5. Juni  
**Mühlbach, Inge**, geb. **Solkowski**, aus Wilhelthal, Kreis Mohrunge, am 6. Juni  
**Näther, Brigitte**, geb. **Naraschewski**, aus Walden, Kreis Lyck, am 6. Juni  
**Paul, Inge**, geb. **Schlemminger**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 6. Juni  
**Schmidt, Erna**, geb. **Kwiatkowski**, aus Sensburg, am 8. Juni  
**Selack, Heinz**, aus Liebstadt, Kreis Mohrunge, am 7. Juni  
**Thimm, Jürgen**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 6. Juni

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Dunkel, Veronika**, geb. **Beck**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 8. Juni  
**Fierke, Irmgard**, geb. **Zeranski**, aus Hadrichhausen, Kreis Neidenburg, am 4. Juni  
**Gordon, Gisela**, geb. **Knisch**, aus Lötzen, am 7. Juni  
**Kolwe, Horst-Günter**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 8. Juni  
**Kosowski, Willi**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 3. Juni  
**Liebetruth, Erika**, geb. **Breitmayr**, aus Gottesgnade, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Juni  
**Rossol, Gerda**, geb. **Braasch**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 2. Juni  
**Schwidrowski, Helene**, geb. **Renner**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 6. Juni  
**Seigies, Edith**, geb. **Dübus**, aus Diebahren, Kreis Treuburg, am 5. Juni

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Ehrenfried, Horst**, aus Lyck, Lüdendorffstraße 12, am 3. Juni  
**Feyerabend, Ilse**, geb. **Schäfer**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 7. Juni  
**Gerden, Josef**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 3. Juni  
**Gründemann, Waltraut**, geb. **Müller**, aus Boyden, Kreis Mohrunge, am 2. Juni  
**Hörl, Irmgard**, geb. **Bahlo**, aus Lyck, Danziger Straße 3, am 5. Juni  
**Hoffmann, Alfred**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. Juni

**Quart, Waltraut**, geb. **Kasprik**, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 3. Juni  
**Rieck, Heinz**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 4. Juni  
**Rielke, Sigurd**, aus Liebstadt, Kreis Mohrunge, am 6. Juni  
**Ruppenstein, Dettmar Erwin**, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 3. Juni  
**Ruschenski, Heinz**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. Juni  
**Scharfe, Hildegard**, geb. **Czieslick**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 7. Juni  
**Scheffler, Karin**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 5. Juni  
**Szostak, Hartmut**, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 5. Juni

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Hilger, Inge**, geb. **Statz**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 6. Juni  
**Hoyer, Reno**, aus Reipen, Kreis Wehlau, am 5. Juni  
**Milbrandt, Robert**, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 7. Juni  
**Onischke, Anni**, geb. **Nitsche**, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 3. Juni  
**Schröter, Hildegard**, geb. **Jelowik**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 3. Juni  
**Schwabe, Erich**, aus Kögsten, Kreis Ebenrode, am 6. Juni  
**Schwiderek, Herbert**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 8. Juni

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Berg, Elli**, geb. **Godszinski**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 5. Juni  
**Czimczik, Edelgard**, geb. **Berg**, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 3. Juni  
**Czylwik, Manfred**, aus Markau, Kreis Treuburg, am 8. Juni  
**Damaschke, Siegbert**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 5. Juni  
**Dombrowski, Hildegard**, aus Gerogenthal, Kreis Mohrunge, am 2. Juni  
**Gorlo, Renate**, geb. **Osterloh**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 8. Juni  
**Jotzo, Johann**, aus Funken, Kreis Lötzen, am 8. Juni  
**Kolodzeizick, Fritz**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 2. Juni  
**Kropp, Ilse**, geb. **Dilkust**, aus Heydekrug, Kreis Memel, am 26. Mai  
**Lauff, Hedwig**, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 4. Juni  
**Leidert, Wanda**, geb. **Zagermann**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 3. Juni  
**Lindner, Hildegard**, aus Neumalcken, Kreis Lyck, am 8. Juni  
**Martsch, Benno**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 3. Juni  
**Nagel, Brigitte**, geb. **Schlüter**, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 5. Juni

**Nehls, Gerda**, geb. **Kirsch**, aus Schertingswalde, Kreis Mohrunge, am 5. Juni  
**Pietrock, Erika**, geb. **Naujoks**, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 4. Juni  
**Pietrzyk, Gerda**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 4. Juni  
**Scharnowski, Herta**, geb. **Mallek**, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 7. Juni  
**Wiertschoch, Renate**, geb. **Wagner**, aus Lyck, Soldauer Weg 11a, am 4. Juni

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Bitzen, Renate**, geb. **Matthes**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 3. Juni  
**Bromberg, Werner**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 7. Juni  
**Brozio, Siegfried**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 3. Juni  
**Geschke, Vera**, geb. **Krause**, aus Obrotten, Kreis Fischhausen, am 8. Juni  
**Heinze, Wilfred**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 7. Juni  
**Keiter, Heinz**, aus Millau, Kreis Lyck, am 7. Juni  
**Klein, Renate**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 7. Juni  
**Kunst, Martin**, aus Kermuschienen, Kreis Schloßberg, am 5. Juni  
**Liedtke, Elfriede**, geb. **Hübner**, aus Rothenen, Kreis Fischhausen, am 5. Juni  
**Lipka, Gustav-Adolf**, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 6. Juni  
**Lumma, Bertold**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 4. Juni  
**Maslo, Erich**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 6. Juni  
**Mechow, Renate**, geb. **Bilk**, aus Lyck, am 5. Juni  
**Meyer, Mathilde**, geb. **Gerlach**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 2. Juni  
**Meyer, Uwe**, aus Treuburg, am 2. Juni  
**Orzessek, Dieter**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 2. Juni  
**Riechert, Horst**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 5. Juni  
**Schüler, Ulrich**, aus Neidenburg, am 6. Juni  
**Steckenbauer, Gisela Erika**, geb. **Hoffmann**, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 5. Juni  
**Tietz, Erwin**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 6. Juni  
**Viehöfer, Herbert**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 2. Juni  
**Zimmermann, Inge**, geb. **Loch**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 3. Juni

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Albrecht, Werner**, aus Pommern, am 5. Juni

**Czudny, Adalbert**, aus Rodenthal, Kreis Lötzen, am 7. Juni  
**Fisseler, Ursula**, geb. **Schulz**, aus Altdümpelkrug, Kreis Elchniederung, am 5. Juni  
**Junggebauer, Ellen**, geb. **Nikulla**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 3. Juni  
**Klos, Edelgard**, geb. **Langkau**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 6. Juni  
**Pletat, Dieter**, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 4. Juni  
**Pusch, Ulrich**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 3. Juni  
**Radek, Günter**, aus Krummfuß, Kreis Ortelsburg, am 4. Juni  
**Wanning, Erika**, geb. **Mittelstedt**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 2. Juni  
**Weinberg, Karl-Heinz**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 8. Juni



## Ostpreußisches Landesmuseum

„Die Kugelgens. Eine Familie zwischen Deutschland, Estland und Russland“, 3. Juni bis 3. Oktober, Ausstellungseröffnung: Freitag, 2. Juni, 18.30 Uhr, Eintritt frei.

Der Name Kugelgen begegnet uns in der Malerei, der Literatur und in der Wissenschaft, die bekanntesten Vertreter der Familie sind die Künstlerwillige Karl und Gerhard von Kugelgen. Die bewegenden Lebensgeschichten der Familie, die sich zwischen Deutschland und dem Zarenreich abspielten, versetzen uns in die ereignisreiche Welt des 19. und 20. Jahrhunderts. Weitere Informationen zum Begleitprogramm können der Website des Museums entnommen werden: [www.ol-ig.de](http://www.ol-ig.de). Eine Anmeldung für die Veranstaltungen unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: [info@ol-ig.de](mailto:info@ol-ig.de) ist erforderlich.



Von Walter Rieck: Jugend-erinnerungen eines alten Mannes (1952)

## Zusendungen für die Ausgabe 24/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 24/2023 (Erstverkaufstag 16. Juni) bis spätestens **Dienstag, den 6. Juni**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: [rinsler@paz.de](mailto:rinsler@paz.de), Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

## Glückwünsche an:

Angela Selke  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: [selke@paz.de](mailto:selke@paz.de)

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – [www.ostpreussen.de](http://www.ostpreussen.de) – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer  
Dr. Sebastian Husen  
Buchstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: [info@ostpreussen.de](mailto:info@ostpreussen.de)

## Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: [info@ostpreussen.de](mailto:info@ostpreussen.de)

## LO-Termine 2023

24. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Wuttrienen  
15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt  
16. September: 26. **Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Anklam  
9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt  
7. und 8. Oktober: 14. **Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmer-

kreis) in Allenstein  
10. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal  
11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal  
**Auskünfte** bei der LO-Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: [info@ostpreussen.de](mailto:info@ostpreussen.de)

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



**Vorsitzende:** Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

### Kulturtagung

**Landesgruppe** – Sonnabend, 24. Juni, 14 Uhr, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, Stuttgart: 7. Kulturtagung der Landsmannschaften Ostpreußen mit Memel, Westpreußen mit Danzig, Pommern, Weichsel-Warte, Deutsch-Balten. Mit dem gemeinsamen Kulturtag soll die Verbindung der Landsmannschaften aus den Heimatgebieten entlang der Ostsee gefestigt werden. Wolfgang Freyberg, ehemaliger Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, hält einen Vortrag zu „Bernstein – Das Gold der Ostsee“. Seit Jahrhunderten fasziniert und verbindet Bernstein die Menschen in aller Welt. Bernstein, auch das „Gold der Ostsee“ genannt, ist kein Stein, sondern ein erhärtetes fossiles Harz aus einer Kiefernart und um die 30 Millionen Jahre alt. Bernstein lagert seit Millionen von Jahren in großen Beständen vor der baltischen Küste. Besonders viel findet man bis heute an der jetzt zu Russland gehörenden Küste des Samlandes, wo noch immer jährlich mehrere Hundert Tonnen abgebaut werden.

Interessant sind für Wissenschaftler die im Bernstein eingeschlossenen Pflanzenteile, Kleintiere und Insekten, vermitteln sie doch ein Bild vom urzeitlichen Leben auf unserem Planeten. Seinen Namen erhielt Bernstein, weil er brannte und angezündet sogar als Weihrauchersatz diente. Viele Sagen, Legenden und Märchen ranken sich von Alters her um das „Gold der Ostsee“, dem sogar

Heilkräfte nachgesagt werden, und das seit Menschengedenken ein begehrter Schmuck ist. Der Vortrag behandelt viele Aspekte zum Thema Bernstein und zeigt zahlreiche Abbildungen dazu.

### Heimatinachmittag

**Stuttgart** – Dienstag, 13. Juni, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, 2. Stock, Zimmer 219: Heimatinachmittag der Kreis- und Frauengruppe. Mit Lesungen und Gedichten wollen wir an Ruth Geede gedenken, unsere Heimatdichterin, Schriftstellerin und „Mutter“ der Ostpreußischen Familie in der Preußischen Allgemeinen Zeitung, die vor fünf Jahren verstorben ist. Dazu wollen wir unsere ostpreußischen Lieder singen und mit dem Ostpreußenlied den Nachmittag ausklingen lassen.



### Bayern

**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

### Rück- und Ausblick

**Altmühlfranken** – Die Kreisgruppe Altmühlfranken tagt monatlich im renommierten „Adlerbräu“ in Gunzenhausen, der historischen preußischen Posthalterei am Marktplatz der Stadt an der Altmühl. Üblich ist ein heimatliches Essen, üblicherweise gefolgt von einem Lichtbildervortrag oder Film, immer mit einem Bezug zum historischen deutschen Osten. Im Januar stand „Die schlesische Via Regia – von Görlitz bis Krakau“ auf dem Programm, vorgetragen von Dr. Jürgen Danowski. Eine filmische Kostbarkeit wurde im Februar geboten: „Ännchen von Tharau“ mit Ilse Werner in der Hauptrolle. Im März wurde mit einem Vortrag von Dr. Gabriele Kucher, Germanistin an der Universität Erlangen

an „E.T.A. Hoffmann - Der Märchenerzähler aus Königsberg“ gedacht, verstorben vor 200 Jahren. Nach der Ostpreußischen Landeskulturtagung im benachbarten Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, wo unsere Damen die vielen Teilnehmer traditionell mit Kaffee und selbstgebackenem Kuchen versorgt haben, war mit dem Spielfilm von 1967 „Die Heiden von Kummerow“ das alte Pommern im April auf dem Programm. Der Mai war einer Tagesfahrt in das benachbarte Egerland, Heimat unserer sudetendeutschen Landsleute, vorbehalten. Danowski, zugleich Vorsitzender des BdV Ansbach führte eine große Gruppe mit Landsleuten aus Weißenburg-Gunzenhausen und Ansbach zur Kaiserpfalz von Kaiser Friedrich Barbarossa in Eger und in die weltberühmte Kurstadt Karlsbad. Ein weiterer Ausflug der Kreisgruppe Altmühlfranken ist am 22. Juni geplant, wo das Käthe-Kruse-Museum in Donauwörth mit seinen „Puppen aus Schlesien“ besucht wird. Am 21. Juli treffen sich die ost- und sudetendeutschen Landsleute im zauberhaften Gunzenhäuser Kastaniengarten „Röschelskeller“ zum „Sommerabend der Landsmannschaften“.

Absoluter Höhepunkt im Programm der Kreisgruppe „Altmühlfranken“ vor den Corona-Einschränkungen war der 1. Sausenhofener Musiktag im Jahr 2019, wo wir in der geräumigen Musikscheune an der Hofstelle unserer Mitglieder, der Eheleute Loos-Klischat an die hundert Gäste zu klassischer preußischer Musik begrüßen durften. Nun ist es wieder soweit: Am Sonntag, den 20. August gibt es den 2. Sausenhofener Musiktag mit „Klassischer Musik aus Preußen“. Gegeben werden Flötenwerke wie von Johann Joachim Quantz, Cembalosonaten von Christoph Schaffrath, dem Hofkomponisten Friedrichs des Großen, Werke von Carl Philipp Emanuel Bach, die Instrumentalversion des Königsberger Kirchenliedes „Macht hoch die Tür“ und die

Cembalofassung des Marsches von Hohenfriedeberg von Friedrich dem Großen. Das Jahresprogramm wird fortgesetzt mit Vorträgen über „Pommern - Land und Leute“ sowie über „Estland - auf den Spuren deutscher Geschichte“, bevor wir uns zur Adventszeit am 17. Dezember zu unserem traditionellen „Vorweihnachtlichen Nachmittag mit Kaffee und Kuchen, Gedichten und Geschichten aus dem historischen Nordosten Deutschlands“ erneut auf der gastfreundlichen Hofstelle Loos-Klischat einfinden dürfen.



### Hessen

**Vorsitzender:** Ulrich Bonk  
**Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

### Pommernvortrag

**Wetzlar** – Dienstag, 20. Juni, 11 Uhr, Gaststätte Matchball beim Tennisplatz, Bodenfeld, 35576 Wetzlar, Telefon (06441) 45439: „Pommern – wie es einmal war – Teil 1“, Film-Vortrag von Kuno Kutz, Hüttenberg. Weitere Informationen bei Kuno Kutz, Heinze wies 6, 35625 Hüttenberg, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de, Fax (06441) 770558.



### Mecklenburg-Vorpommern

**Vorsitzender:** Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

### Änderung Landestreffen

**Anklam** – Sonnabend, 16. September, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“, 17389 Anklam, Baustraße 48 - 49: 26. Landestreffen.

Alle ostpreußischen Heimatkreise sind an Extra-Tischen groß fallen lassen. In die Rolle des Köpenicker Bürgermeisters mit Zy-



Im Original-Film-Kostüm: Friedhelm Schülke als Hauptmann von Köpenick beim Frühlingstreffen  
Foto: Jürgen Grummert

ausgeschildert. Für ein heimatliches ostpreußisches Kulturprogramm, das leibliche Wohl und genügend Parkplätze ist gesorgt. Bitte Ihre Verwandten und Freunde informieren und mitbringen. Schriftliche Auskunft gegen Rückporto bei: Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe M-V, Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam.

### Frühlingstreffen

**Anklam** – Das Frühlingstreffen der Ostpreußen am 13. Mai im Volkshaus Anklam wurde zu einem frohen Wiedersehen. LO-Landesvorsitzender Manfred Schukat konnte erfreut über 400 Landsleute und Gäste von nah und fern begrüßen. Die große Halle war mit leuchtenden Narzissen und Forsythien, den Fahnen und Schildern aller ostpreußischen Heimatkreise wieder prächtig ausgeschmückt. Doch warum kam ausgerechnet der bekannte Hauptmann von Köpenick nach Anklam? Er wurde gespannt erwartet und wollte doch eigentlich nur seine Landsleute wiedersehen. Denn kaum einer weiß, dass dieser Mann ein Ostpreuße war – 1849 als Wilhelm Voigt in Tilsit geboren.

Dazu hatte sich der Vorstand ein bühnenreifes Schauspiel ein-

linder und Schärpe schlüpfte Robert Dräger aus Dolgen, die Stadtkämmerin stellte Ilse Schroeder aus Neubrandenburg dar – als Kassiererin der Landesgruppe sozusagen vom Fach. Einen preußischen Gefreiten mit Pickelhaube, Uniform und Bajonett spielte Steffen Thomassek aus Wismar, und als Hauptmann trat der Verfasser selbst auf. Das Original-Kostüm dazu kam eigens aus Potsdam-Babelsberg.

Zunächst ging es um das bewegte Vorleben des Schusters Wilhelm Voigt, der fast sein halbes Leben in Gefängnissen verbrachte: „Tohuus es tohuus, on wenn enne Kaluus.“ Er setzte seiner Vaterstadt Tilsit ein bewegendes Denkmal, bevor er über Rawitsch und Wismar nach Berlin gelangte. Die Besetzung des Rathauses Köpenick mit der Verhaftung von Bürgermeister und Kämmerin sowie die Beschlagnahme der Stadtkasse verliefen wie im Jahre 1906 ganz nach Plan und wurden von den Besuchern wie damals mit Schadenfreude und kräftigem Applaus bedacht. Selbst der Deutsche Kaiser Wilhelm II. soll sehr gelacht und den Übeltäter schon nach zwei Jahren begnadigt haben. Dieser

**Fortsetzung auf Seite 16**

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

### Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-C



# Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro Prämie**



**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

Genie-Streich ging als „Köpenickade“ in die Weltgeschichte ein – und der große Bluff von Frechheit in Uniform „ist noch nicht zu Ende“, wie es im Nachwort zu Carl Zuckmayers bekamtem Theaterstück so treffend heißt.

Unterstützt wurde die Darbietung vom Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern, welches dazu den Schläger „Der Hauptmann von Köpenick“ von Christian Bruhn einstudiert hatte. Einen besonderen Ohrenschaus gab es vor und nach der Andacht von Pfarrer Matthias Gienke aus Brüssow: Mit 87 Jahren trug die ausgebildete Sängerin Herta Kleber aus Stralsund die „Letzte Rose“ aus der Oper „Martha“ von Friedrich v. Flotow sowie das „Lied an den Mond“ aus der Oper „Rusalka“ von Antonín Dvořak vor. Sie war zuvor extra nach Schwerin gefahren, um beide Musikstücke mit dem Landespolizeiorchester einzuüben, und bekam nun in Anklam riesigen Applaus von den Ostpreußen sowie einen ebensolchen Blumenstrauß.

Zur Feier des Tages wurden die Gäste mit einer Saalrunde „Trakehrer Blut“ überrascht. Dazu passend intonierte das Landespolizeiorchester „Prinz Eugén, der edle Ritter“, besser bekannt als „Trakehrer Marsch“. Die Besucher stießen auf das Wohl des ältesten Teilnehmers – Hubert Brosda / Osterode aus Berlin mit 102 Jahren – sowie des jüngsten Besuchers – Walter Levi Bierwerth aus Anklam mit 2 Wochen – sowie weiterer Geburtstagskinder und Jubilare und

hoffentlich noch so manches schöne Heimattreffen an.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen brachte erstmals der frisch gegründete Polizeichor der Hansestadt Anklam einen bunten Strauß von Volks- und Frühlingsliedern zu Gehör und lud die Ostpreußen zum Mitsingen ein. Natürlich durfte auch das „Ännchen von Tharau“ nicht fehlen.

Danach erfreute das Mecklenburg-Pommeraner Folklore-Ensemble Ribnitz-Damgarten die Ostpreußen mit farbenfrohen Volkstänzen und -liedern in echten Trachten, begleitet von einer professionellen Instrumentalgruppe. Die hervorragenden Darbietungen der Kinder und Jugendlichen ernteten viel Applaus. Im Anschluss an die Kaffeepause ging es um den Dank an die Spender der Aktion Weihnachtspäckchen für Ostpreußen 2022 und die präzise Buchhaltung von Magdalena Piklaps bei der Verteilung im Memelland. Übermittelt wurden auch die Grüße des russischen Kant-Chores aus Gumbinnen. Zuletzt gab es einen Bericht über die erste Reise 2023 nach Masuren und die mehrfache Begegnung mit Elchen im Raum Lötzen. Mit einem gemeinsamen Singen von Frühlingsliedern klang dieser schöne Tag aus. Die ungeteilte Anerkennung aller galt den 30 ehrenamtlichen Helfern und Mitarbeitern, die mit der festlichen Dekoration, dem Einlass, der Essenausgabe, dem Büchertisch und dem Verkauf von Bärenfang und Getränken für einen harmonischen Verlauf sorgten und ohne die solche Veranstaltungen gar nicht möglich wären.

Friedhelm Schülke



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschie, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Bildervortrag und Bericht

Oldenburg – Mittwoch, 14. Juni, 15 Uhr, Stadthotel Hauptstraße 38: Bildervortrag zu Bismarcktürmen gestern und heute in Ost- und Westpreußen. Freunde und Interessierte sind herzlich willkommen. Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg traf sich zu einem gemütlichen Klönschnack bei einem Kaffee-Nachmittag in dem Ausflugslokal Hotel Wöbken vor den Toren Oldenburgs. Diese zwanglose Zusammenkunft, die auch gut ohne Auto zu erreichen ist, haben acht Personen bei bester Laune, Kaffee, Tee und Kuchen mit Klönschnack und Schabbern sehr genossen.

Gisela Borchers

PAZ-Abo vertrieb@paz.de



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, Stellv. Vorsitzende: Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher Schriftführerin: Elke Ruhneke, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de

Termine in Düren

Düren – Mittwoch, 7. Juni, 17 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a, 52349 Düren: Gartenparty der Gruppe Düren e.V. Im Juli machen wir Ferien.

Delegiertentagung

Oberhausen – Sonnabend, 17. Juni, 10 bis 16 Uhr, Haus Union, Schenkendorfstraße 13, 46047 Oberhausen: Delegiertentagung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen. Die Einladung ergeht an die Vorsitzenden der Orts- und Kreisgruppen. Ort- und Kreisgruppen, die bisher keine Stärkemeldung erstellt und an die Ge-

schaftsstelle übermittel haben, werden aufgefordert, dies kurzfristig nachzuholen. Die Landesgruppe NRW verfügt noch über Broschüren, die über die Geschäftsstelle, Margitta Romagno, angefordert werden können.

sam mit seinem Organisationsteam das Folklorefestival als neuen Bestandteil des Weinfestes entwickelt. Die rheinland-pfälzische Landesregierung unterstützt das Projekt mit einer großzügigen Förderung.

Neben Tanzgruppen aus der Pfalz nahmen die russlanddeutsche Tanzgruppe aus Kaiserslautern unter der Leitung von Lydia Mejder sowie eine eigens aus Südungarn angereiste Tanzgruppe teil. Die ungarndeutsche Tanzgruppe aus Baja/Frankenstadt an der Donau setzt sich aus Schülern des dortigen Ungarndeutschen Bildungszentrums, einer ungarndeutschen Schule, zusammen. Die Schule bildet das Zentrum der deutschen Minderheit in Südungarn und hat einen großen Einzugsbereich mit angeschlossenem Internat. Schulleiterin Terezia Szauter, Tanzleiterin Zsanett Melcher und der musikalische Leiter Josef Emmert begleiteten die rund 20 Schülerinnen und Schüler. Zum



Rheinland-Pfalz

Folklorefestival

Haßloch – Zu einem „Fest im Fest“ hatte die pfälzische Gemeinde Haßloch ihre Gäste aus nah und fern unter großer Beteiligung des Bundes der Vertriebenen heuer eingeladen: Neben dem traditionellen Weinfest „Leisböhrer Weintage“ fanden in diesem Jahr gleich zwei bunte Folklorenachmittage statt. Bürgermeister Tobias Meyer, der zugleich Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen in Rheinland-Pfalz ist, hatte gemein-



Internationales Folklorefestival: Tanzgruppe aus Baja

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 4x4 grid at the top left and a 10x10 grid at the bottom left.

Sudoku

9x9 Sudoku puzzle grid with some numbers filled in.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

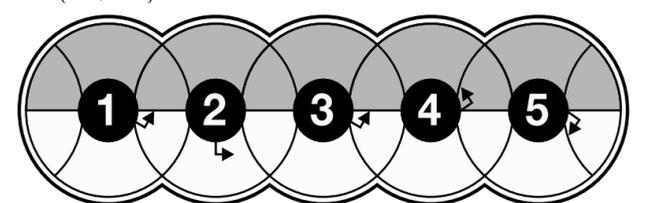
6x6 grid for a diagonal puzzle with numbers 1-6 in the first column.

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Begriffe aus der Theaterwelt. 1 ägyptischer Pharaonenname 2 Söldnertruppe 3 Wintersportler 4 niemand 5 dumme, törichte Handlung (ugs.) 6 Nenner, Divisor (Mathematik)

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Begleiter von Touristengruppen.

- 1 unersättlich, 2 dunstig, trübe und feucht, 3 Eskorte, 4 Schmelzgefäß, 5 Besitzer (Tier, Auto)



## Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

bunten Rahmenprogramm gehörte für die Gruppe natürlich auch ein Besuch im Haflocher Holiday Park sowie im Hambacher Schloß.

„Die Besucherzahlen haben gezeigt, dass die Entscheidung für ein Folkloreprogramm richtig war und Besucher den Weg zum Weinfest fanden, die sonst womöglich zu Hause geblieben wären. Nach einem so erfolgreichen Start soll das Folklorefestival auch zukünftig ein fester Bestandteil des Weinfests sein“, resümiert Bürgermeister Meyer. „Für uns ist es wichtig, dass wir eine Plattform schaffen um Brauchtum zu pflegen, besonders auch für die Vertriebenenverbände.“ *PM Bund der Vertriebenen in Rheinland-Pfalz*



**Sachsen**  
**Vorsitzender:** Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

## Kirchentag

**Chemnitz** – Sonntag, 18. Juni, 9.30 Uhr, St. Matthäus Kirche, Zinsendorfstraße 14, 09116 Chemnitz: Kirchentag der evangelischen Ostpreußen und Spätaussiedler. Der Kirchentag, zu dem die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen der Landesgruppe Freistaat Sachsen e.V. einlädt, wird sich mit dem Thema: „Das Wirken der Hugenotten in Ostpreußen“ beschäftigen. Dr. Andreas Flick, Präsident der Hugenotten Gesellschaft, wird an diesem Tag die Predigt halten und am Vormittag zu diesem Thema referieren.

Von 1530 bis 1730 verließen etwa 200.000 von insgesamt 730.000 Hugenotten Frankreich. In dieser Zeit siedelten sich einige der Hugenotten in Ostpreußen an und brachten sich mit ihrer Arbeit in Ostpreußen ein.

Nach dem Gottesdienst werden wir uns vor dem Gedenkstein Flucht, Vertreibung, Deportation versammeln und mit dem Bläserchor der Gemeinde der Toten des Zweiten Weltkrieges gedenken.

Es gibt zur Mittagspause einen kleinen Imbiss. Bitte anmelden. Es werden uns die „Kirchenmäuse“ der St. Matthäus Kirche mit Tanz und Gesang erfreuen. Sie sind herzlich eingeladen, und wir würden uns freuen, Sie begrüßen zu dürfen. Bitte melden Sie sich bei Alexander Schulz unter Telefon (0371) 301616. *Alexander Schulz*



**Schleswig-Holstein**  
**Vorsitzender:** Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

## Mitgliederversammlung

**Landesgruppe** – Sonntag, 18. Juni, Haus der Heimat, Wilhelminenstraße 47-49, Kiel: Mitgliederversammlung (MV) und Vortragsveranstaltung der LO Landesgruppe Schleswig-Holstein e.V. Auf der MV steht nach der Entlastung des Vorstandes und Schatzmeisters, der Beschluss zur Satzungsänderung und der Geschäftsordnung des Vorstandes sowie die Wahl des

1. Vorsitzenden, des Schriftführers, eines Besitzers und eines Kassensprüfers an.

Nach 48 Jahren wiedergewählter Landeskulturreferent und 18 Jahren Vorsitzender der Landesgruppe Schleswig-Holstein steht Edmund Ferner für diese Positionen nicht wieder zur Verfügung. Er wird der MV zur Ernennung zum Ehrenvorsitzenden vorgeschlagen werden. Eine Laudatio für Ferner wird von seinen langjährigen Weggefährten erwartet.

Bei der Vortragsveranstaltung am Nachmittag durch den Referenten und Buchautor J. Ulrich Stange handelt es sich um das historische Thema „Ostpreußen unter der Zarenherrschaft 1757 bis 1762“, ein ebenso interessanter wie nahezu unbekannter Abschnitt der preußischen und vor allem ostpreußischen Geschichte.

*Hans-Albert Eckloff*



**Angerapp**  
**Kreisvertreter:** Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Tel. (04102) 823300, Fax (04102) 4739608, Handy: (0151) 1846100, E-Mail: mai@gmx.net

## Hauptkreistreffen

**Lüneburg** – Sonnabend, 3. Juni, 10 Uhr, Krone Bier- & Eventhaus, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 2445050: Hauptkreistreffen. Hierzu laden wir ganz herzlich ein.

Programm: 10 Uhr: Beginn der Versammlung, 11.30 Uhr: Vortrag, 12.30: Mittagessen, 14 Uhr: Besichtigung des Ostpreußischen Landesmuseums einschließlich Führung, danach gemütliches Kaffeetrinken und plachandern im Bernsteinkaffee.

Wir würden uns sehr freuen, möglichst viele Landsleute aus dem Kreis Angerapp sowie alle, die sich unserem Heimatkreis verbunden fühlen, begrüßen zu können.



**Lyck**  
**Kreisvertreterin:** Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

## Hagen-Lycker Brief

**Hagen** – Der 81. Hagen-Lycker Brief (HLB) ist vor wenigen Tagen erschienen und allen Mitgliedern der Kreisgemeinschaft Lyck zugesandt worden.

Der HLB ist wieder gut gelungen und lesenswert, er enthält Artikel aus alter und neuester Zeit. Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee hat dem Redakteur Andreas Schenkewitz für die gute Arbeit gedankt.

Wer den HLB nicht erhalten hat und ihn möchte, der wende sich an Andreas Schenkewitz, Am Wall 65, 15366 Dahlwitz-Hoppegarten, E-Mail: ritterrausslitz@kabelmail.de

**Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842**



**Memel-Stadt/Land**  
**Kreisvertreter:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

**Gst. für alle Memellandkreise:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

## Tanz in den Mai

**Memel** – Der Deutsche Kulturverein Memel lud auch dieses Jahr wieder am 29. April zum „Tanz in den Mai“ ein. Eine große Zahl von Mitgliedern und Gästen versammelten sich wie auch schon im vergangenen Jahr in der Gaststätte „Troba“ in Memel, um gemeinsam bei gutem Essen und hervorragender Stimmung einen schönen Tanzabend zu verbringen. Ein Höhepunkt des Abends war unter anderem ein musikalischer Gruß der Musiker an die Deutschen Gäste mit dem Lied „Ein Stern....“.



Getanzt wurde auch: Memeler feiern den Frühling



**Neidenburg**  
**Kreisvertreter:** Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de  
**Stellvertreterin:** Ute Kondritz, Säuerlingstraße 8, 56154 Boppard, Telefon (06742) 4349

## 95 Jahre Gerhard Toffel

Unser Kreisältester und Träger der goldenen Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen, Gerhard Toffel feierte am 30. Mai seinen 95. Geburtstag. Bei ihm kann man sagen: Rund 70 Jahre lebte und arbeitete er für seine geliebte Heimat Ostpreußen.

Er wurde im Jahr 1928 in Kleinkosel, im Kreis Neidenburg/Ostpreußen geboren. Er ist von Beginn an in der Kreisgemeinschaft Neidenburg, in verschiedenen Wirkungskreisen erfolgreich tätig. Um alle seine Verdienste aufzuzählen reicht der Platz nicht aus. Aber mit Herrn Becker zusammen hat er sich mit der Erstellung und Herausgabe der beiden Bildbände „Der Kreis Neidenburg im Bild“ ein bleibendes Denkmal geschaffen, das fast jeder „Neidenburger“ zu schätzen weiß.

Er war auch die ganzen Jahre ein wertvolles Bindeglied zur Patenstadt Bochum, die ihn dafür mit der Ehrenplakette der Stadt Bochum ehrte. Toffel erfreut sich einer erstaunlich guten Gesundheit und körperlichen Verfassung.

Wir gratulieren ihm zu diesem außergewöhnlichen Geburtstag

und wünschen ihm und seiner Ehefrau Hilde alles nur erdenklich Gute für die Zukunft.

*Kreisgemeinschaft Neidenburg e.V.  
Ulrich Pokraka  
Kreisvertreter*



**Osterode**  
**Kreisvertreter:** Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.

**Geschäftsstelle:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

## Regionaltreffen

**Hamm-Westtünen** – Sonntag, 4. Juni, Von-Thünen-Halle, Vereinsheim des Schützenvereins Westtünen 1893 e.V., Hubert-Westermeier-Straße 1: Regionaltreffen der Kreisgemeinschaft Os-

ANZEIGE

Am 01.04.2023 ist mein geliebter Papa, unser lieber Opa und fürsorglicher Gärtner

**Rudolf Kähler**

geboren am 10.02.1935 in Cranz in Berlin von uns gegangen.

In tiefer Trauer  
Dr. Arne Kähler & Kinder



## Ostpreußisches Landesmuseum

## Bräuche in Ostpreußen – Objekte, Fotos, Erinnerungen gesucht!

Das Ostpreußische Landesmuseum steckt gerade inmitten der Vorbereitung einer neuen Kabinettausstellung zum Thema Bräuche in Ostpreußen und freut sich über **Ihre Mithilfe!** Gesucht sind Objekte und Fotos, aber auch Erinnerungen, die in Verbindung mit ostpreußischen Bräuchen stehen. Welche Bräuche begleiteten den Jahres- und Lebenslauf der Menschen? Wie wurde Ostern, Weihnachten oder Silvester gefeiert? Welche regionalen Bräuche gab es? Welche Bräuche wurden in die neue Heimat mit-

gebracht? Wurde auch nach Flucht und Vertreibung irgendwo der Plon gebunden oder der Schimmelreiter durchs Dorf geführt? Diese und viele weitere Themen würden wir gerne gemeinsam mit Ihnen mit Leben füllen.

Wenn Sie noch Fotos, Objekte oder Erinnerungen haben, die Sie mit uns teilen möchten, melden Sie sich bei uns. Wir sind neugierig auf Ihre Geschichten und Ihr Wissen. Nehmen Sie Kontakt mit uns auf, per Telefon unter (04131) 7599519 oder per E-Mail: h.janowitz@ol-ig.de (Kuratorin für Volkskunde am Ostpreußischen Landesmuseum).



In der Dauerausstellung des Museums: Erstlingshemdchen und eine Bräutigamweste *Foto: Ostpreußisches Landesmuseum*

ANZEIGE

## Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

NIKOLAJ ARSENJEW

# Das „Russenhaus“ in Königsberg

Ein russischer Religionsphilosoph an der Albertina – Beziehung zum Nationalsozialismus schadete seinem Ansehen nicht

VON BODO BOST

Der bekannteste Russe in Königsberg war Professor Nikolaj Arsenjew (1888–1977), der zum Kreis von Nikolaj Berdjajew und Iwan Iljin gehörte, die heute unter Putin zu Staatsphilosophen avanciert sind. Deshalb schadet es seinem Ruf auch kaum, dass Arsenjew 1933 Mitglied der SA und später der Wehrmacht wurde.

In der Regentenstraße [Tschpajew Straße 3] in der Altstadt von Königsberg lebte von 1933 bis 1944 der russische Philosoph und orthodoxe Theologe Arsenjew. Er war Professor an der Albertina und Leiter der orthodoxen Gemeinde von Königsberg. Hier trafen sich oft russische Landsleute, die ihre Heimat verlassen hatten, weshalb das Haus in Königsberg als Russenhaus bekannt war. Arsenjew hat eine Vielzahl von Werken über die russische Kultur, die nationalen Besonderheiten des russischen Geistes, über die kulturelle Tradition und die „gewaltsamen Brüche“ in ihr hinterlassen. Arsenjews Familie gehörte zu den alten russischen Familien, die bis in die ersten Jahrhunderte des Moskauer Staates zurückreichten.



Albertina in Königsberg: Von 1933 bis 1944 war der russische Religionsphilosoph Nikolaj Arsenjew (l.) an der Universität beschäftigt

## Bekanntester Russe in Königsberg

Arsenjew wurde 1888 in Stockholm in der Familie des russischen Diplomaten Sergej Arsenjew (1854–1922) geboren. Seine Kindheit und Jugend verbrachte der spätere Denker jedoch in Russland. Er besuchte das Moskauer Kaiserliche Hochschule sowie die Fakultät für Geschichte und Philologie der Moskauer Universität (1910). Er studierte an den Universitäten München, Freiburg und Berlin. Ab 1912 arbeitete er am Lehrstuhl für westeuropäische Literatur an der Moskauer Universität.

Während des Ersten Weltkriegs diente er von 1914 bis 1916 beim Roten Kreuz. Im September 1916 nahm er seine Arbeit an der Moskauer Universität wieder auf. Die

beiden Revolutionen im Jahr 1917 unterbrachen die wissenschaftliche und pädagogische Tätigkeit von Arsenjew. Er ging zu den Kosaken in den Süden, über Zarizyn gelangten er und seine Begleiter, Peter Struve, Grigorij Trubetskoi und sein Sohn Kostja, Anfang März 1918 wieder nach Moskau. Danach war er von 1918 bis 1920 Professor am Lehrstuhl für romanisch-germanische Philologie an der Universität Saratow in der Nähe der deutschen Wolgarepublik.

Im Jahr 1919 wurde Arsenjew zweimal verhaftet. Aus Angst vor einer weiteren Verhaftung überquerte er im März 1920 illegal die polnische Grenze. Nach kurzen Aufenthalten in Warschau und Berlin ließ

er sich in Königsberg nieder. Als im Februar 1923 das Russische Forschungsinstitut in Berlin eröffnet wurde, reiste er alle vierzehn Tage dorthin, um Vorträge über alte Religionen und das frühe Christentum zu halten. Am Leben der russischen, von Kosaken dominierten Emigrationszentren Paris, Prag, Warschau, Berlin und London beteiligte er sich aktiv. 1926 war er Delegierter des russischen Auslandskongresses. Von 1926 bis 1938 hatte er eine Professur an der orthodoxen theologischen Fakultät der Universität Warschau inne. Er hielt Vorlesungen an den Universitäten Oxford, Cambridge und London. Er arbeitete als Autor für Berdjajews Zeitschrift „Put“, (Der Weg). Am 27. und 28.

Oktober 1931 nahm er an den altkatholisch-orthodoxen Konferenzen in Bonn teil, auf denen er die polnisch-orthodoxe Kirche vertrat. 1933 kaufte er seine Mutter und seine Schwestern von den Behörden der UdSSR frei. Bis 1944 war er Professor für russische Kultur und die Geschichte des russischen Geisteslebens an der Universität Königsberg. Während des Zweiten Weltkriegs gewährte er ehemaligen Kriegsgefangenen und Sowjetbürgern in Königsberg Unterschlupf.

In seinen Memoiren schrieb Arsenjew nichts über die Umstände seines Lebens in Königsberg unter den Nationalsozialisten. Im Januar 2013 veröffentlichte der Historiker Igor Petrow in seinem Blog je-

doch Archivdokumente, aus denen hervorgeht, dass er im Juli 1933 der Sturmabteilung (SA) beitrug, im Herbst 1941 trat er als Freiwilliger in die Wehrmacht ein. Er diente als Übersetzer im Kriegsgefangenenlager in Wolosowo bei Leningrad. Bis 1944 arbeitete er mit den Behörden des Dritten Reichs zusammen.

## Mitgliedschaft in SS und Wehrmacht aufgedeckt

Am Ende des Krieges ging Arsenjew nach Paris. Dort beteiligte er sich an der ökumenischen Bewegung. Er wurde Mitglied der Kammer der Weltunion der christlichen Kirchen. 1947 ließ er sich mit Hilfe der Tolstoi-Stiftung in den USA nieder und entging so der Auslieferung an die UdSSR. Er lehrte am Theologischen Seminar

St. Vladimir, an der Columbia University in New York und hielt Vorlesungen über Kirchengeschichte an der Universität von Montreal. Von 1971 bis zu seinem Tod 1977 war er Vorsitzender der Russian Academic Group in den USA.

In den Jahren 2011 und 2012 diskutierten der Kulturrat beim Gouverneur des Königsberger Gebiets mehrmals über die Anbringung einer Gedenktafel am Haus in der Regentenstraße in Königsberg. Zu diesem Zeitpunkt waren viele Details von Arsenjews Biographie bereits bekannt, vor allem durch sein Erinnerungsbuch „Geschenke und Begegnungen auf dem Lebensweg“. Bislang wurde jedoch nicht entschieden, ob die Plakette für ihn dort angebracht wird. Ein enger Weggefährte Arsenjews war der russische Philosoph Iwan Iljin, der bis 1938 ebenfalls in Stettin und Berlin lebte und danach in die Schweiz ging, in der er 1954 starb. Er gilt heute als der Vordenker der Großrusslandideologie von Waldimir Putin, der seinen Leichnam 2005 nach Moskau auf den Donskoj-Prominentenfriedhof überführen ließ.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# Eine nicht enden wollende Relation

Ein historisches Puzzlespiel – Die Ausstellung „Du wirst nicht vergessen. Erinnerungen“ in Breslau entschlüsselt Rätsel

Im Ethnographischen Museum zu Breslau, dem einstigen Lustschloss der Breslauer Fürstbischöfe, möchte man die Zeit anhalten. Die Ausstellung „Du wirst nicht vergessen. Erinnerungen“ zeigt Gegenstände, die an besondere Ereignisse in der Region und im Privaten erinnern. Diese Präsentation in der ulica Traugutta 111–113 kann man noch bis zum 8. Oktober sehen.

„Das Gefühl der vergehenden Zeit führt oft dazu, dass wir Erinnerungen einen materiellen Wert verleihen möchten. Für uns Museumsleute sind solche Erinnerungsstücke von zeitloser Bedeutung“, so der Direktor des Nationalmuseums zu Breslau, Piotr Oszczanowski, bei der Ausstellungseröffnung. Durch das Konservieren und Archivieren bekommen „Erinnerungsspuren eine universale Bedeutung“, sagt er.

„Wir zeigen Schlesien durch das Prisma eines gesellschaftlichen und kulturellen Wandels“, berichtet Ausstellungskuratorin Elżbieta Berendt. Sie hat in ihre Präsentation auch Erinnerungsstücke der nach Kriegsende nach Niederschlesien gekommenen polnischen oder jüdischen Bevölkerung aufgenommen. „Das, was sich nach dem Krieg quasi über das Vorkriegsdeutsche gelegt

hat, schuf neue Erinnerungen. Diese beiden Erinnerungskulturen stehen in einer nicht endenden Relation“, sagt sie.

Berendt ist selbst Kind einer kulturellen Durchmischung. „Väterlicherseits stamme ich von katholischen Koschneidern aus der Tucheler Heide [Bory Tucholskie] ab. Dort ist der Familienname Berendt noch häufig zu finden“ sagt sie. Die Koschneiderei [Kosznajdry] liegt im Dreieck Kaschubei, Tucheler Heide und dem heute Krajna genannten nördlichen Abschnitt des Netzbruchs. Das Gebiet war bis zur Vertreibung hauptsächlich von einer deutschsprachigen Bevölkerung bewohnt. Berendts Mutter stammte aus Rzeszów und brachte die dortige Kultur in die Ehe. „Auf diese Weise bin ich eine typische Niederschlesierin mit total durchmischem Hintergrund“, lacht sie.

## Scherben zusammenkleben

„Durch die Kriegs- und Nachkriegswirungen sind so viele Erinnerungen zerstört worden. Wir haben Objekte, zu denen die Geschichten fehlen, wir haben Texte, die wir Gegenständen nicht zuordnen können. Die Geschichte ist zersplit-

tert, wir versuchen heute die Scherben zusammenzukleben“, bedauert die Museumsleiterin. Aber manchmal helfe der Zufall, sagt sie.

Beim Konzipieren der Dauerausstellung im Museum stieß das Team auf Fotografien eines Ehepaares in niederschlesischer Tracht. Berendt hatte die Idee, Bilder des Mannes in Tracht wie einen



Schlägt Brücken von Objekten zu Geschichten und Menschen: Museumsleiterin Elżbieta Berendt Foto: Wagner

roten Faden an verschiedenen Stellen des Museums zu platzieren. „Uns fehlte jegliche Beschreibung zu den Bildern. Nur einige Tage nach Eröffnung der Dauerausstellung geschah ein Wunder“, erzählt Berendt. Sie fand im Gästebuch einen Eintrag von Christoph Scholz. „Er schrieb, dass das Bild seines Oheims, Oskar Scholz, die Besucher durch die Dauerausstellung führe“, berichtet die Leiterin. „Wir fanden heraus, dass Oskar Scholz ein anerkannter Volkskundler aus der Gegend von Jauer [Jawor] war. Wenn man ihn fragte, wer er sei, soll er geantwortet haben, er sei ein Schlesier von übernationaler Identität. Dieses Schlagen von Brücken von den Objekten zu ihren Geschichten und den Menschen dahinter ist das Schöne an unserer Arbeit.“

Berendt ist besonders stolz darauf, in ihrer Sonderausstellung die erste schlesische archäologische Monografie von 1711 zu präsentieren. Das Dokument enthält eine Beschreibung von Ausgrabungen in der Nähe von Trebnitz [Trzebnica]. „Dazu gehört auch eine Besonderheit: ein ‚Mausoleums-Schränkchen‘, das zur Aufbewahrung von Ausgrabungsartefakten diente“, so

die Kuratorin und Chefin des Ethnographischen Museums.

## Königliches und Bürgerliches

Im Daisy-von-Pless-Jahr finden Fans der Fürstin (1873–1943) ein Gratulationsschreiben zur Heirat des Fürsten Hans Heinrich XV. von Pless. Es werden genealogische Bäume königlicher und wichtiger bürgerlicher Geschlechter gezeigt. Kern der Ausstellung bilden Objekte volkstümlicher Kunst, die wichtige Stadien des Lebens begleiten wie Geburtstags-, Tauf- oder Hochzeitserinnerungen, Wunschkarten und Gratulationstelegramme, Hochzeitsbilder und Sprüche.

Gezeigt werden auch Erinnerungen an Dienstjahre, darunter aus preussischer Zeit. „Eine Besonderheit bildet auch Frontpost aus dem Ersten Weltkrieg. Diese Briefe und Postkarten enthalten Momente des Triumphs wie auch des beschwerlichen Alltags in den Schützengräben Europas. All diese Erinnerungen geben uns Einblick in das, was unseren Vorfahren und vielen von uns wichtig war, Emotionen weckte oder Ausdruck von Passionen, Weltanschauung oder sozialer Schichten war“, sagt die Kuratorin. Chris W. Wagner

## HEIMAT

# Usedom und Wollin waren das Ziel

Jahrestreffen des Heimatkreises Usedom-Wollin – auf vertrauten Spuren unterwegs

VON ERWIN ROSENTHAL

Es hat bereits Tradition: Im Monat Mai treffen sich Mitglieder des Heimatkreises Usedom-Wollin im Ostseebad Heringsdorf. Man war sich einig: In keinem anderen Ostseebad zieren die Strandpromenade so prachtvolle Villen der Bäderarchitektur wie hier. Die Teilnehmerzahl ist über die Jahre kontinuierlich kleiner geworden. Die Mehrzahl der Teilnehmer hatte im Kindesalter mit der Mutter und den Großeltern die angestammte Heimat verlassen und war in eine ungewisse Zukunft gegangen.

Die älteste Teilnehmerin, geboren 1932, erinnert sich noch sehr gut an ihre Kindheit in Swinemünde und die Flucht aus der Stadt. Sie hat unter dem Verlust der Heimat sehr gelitten. Im Adressbuch der Stadt von 1936 ist ihr Vater, Walter Leonhardt, Architekt, wohnhaft in der Lotsenstraße 71, eingetragen. Die Lotsenstraße zieren auch heute prachtvolle, gut erhaltene Bürgerhäuser, die beim Angriff vom 12. März 1945 kaum beschädigt worden waren. Auch das Haus der Familie Leonhardt ist darunter. Ein aktuelles Foto war obligatorisch. Die Tochter Walter Leonhardts, die auch eine lange Bahnreise nicht gescheut hatte, um am Treffen teilzunehmen, ist der lebende Beweis für die These, dass Menschen im Alter zurück zu ihren Wurzeln streben.

Zwei weitere ehemalige Swinemünder, Frau Krüger, Jahrgang 1944, und der Autor des Beitrages, geboren 1939, hatten in der Grünstraße beziehungsweise in der Steinbrückstraße gewohnt. Das Wissen über ihre Geburtsstadt vermittelten ihnen die Eltern und Großeltern. Erst in den 1960er Jahren waren die Trümmer ihrer Wohnhäuser beseitigt worden, bevor auf den Grundstücken recht große, wenig attraktive Wohnhäuser errichtet wurden.

Mit der Kaseburger Fähre setzte der Bus zur Insel Wollin über. Der berühmte pommerische Arzt Carl Ludwig Schleich hatte die Insel seine eigentliche Landheimat genannt. Der im Bau befindliche Straßentunnel unter der Swine, der Usedom und Wollin verbindet, soll voraussichtlich Mitte Juni eröffnet werden. Bereits in den



Bürgerhäuser aus deutscher Zeit: Lotsenstraße in Swinemünde Fotos: Rosenthal (3)



Die Villa Oechsler in Heringsdorf: Wegen des Mosaiks im Giebel eines der kunsthistorisch bedeutendsten Bauwerke im Ort



Der Heimatverein vor dem historischen Rathaus in Swinemünde. Heute beherbergt es das Fischereimuseum

1930er Jahren hatten die Planungen für die Untertunnelung der Swine begonnen. Der als Straßen- und als Eisenbahntunnel geplante großzügige Bau fiel ein Jahrzehnt später leider dem Krieg zum Opfer.

## Veränderungen durch Swine-Tunnel

Nach der Eröffnung des Tunnels wird die Kaseburger Fähre eingestellt, während die Swinemünder Stadtfähre den Fußgängern und Radfahrern vorbehalten bleibt. Nicht alle Einwohner der Stadt begrüßen den Tunnelbau. Sie befürchten, dass täglich Tausende Pkw zusätzlich die Straßen und Parkplätze ihrer Stadt überfordern.

Bisher haben den Fernverkehr die Fähren durch die oft recht langen Wartezeiten reguliert. Die Straße von Ostswine nach Wollin ist zurzeit schwer zu befahren.

ren. Sie wird – offensichtlich im Zusammenhang mit dem in Swinemünde geplanten Containerhafen – bis Stettin vier-spurig ausgebaut.

Lebbin, hier war 1128 Otto von Bamberg auf seiner Missionsreise an Land gegangen, war die nächste Station. Die Lebbiner Steilküste bietet einen herrlichen Blick auf das Swinedelta, ein sehr seltenes Rückseitendelta, mit seinen mehr als 40 Inseln. Eine längere Pause wurde im berühmten Ostseebad Misdroy eingelegt. Seit dem Vorjahr sind in dem Ort, der einer Boomtown gleicht, wiederum neue große Hotels auf dem Dünenstrand emporgewachsen. Der Charakter eines pommerischen Ostseebades geht auf diese Weise verloren, die Bäderarchitektur dominiert die Promenade nicht mehr.

## HINTERPOMMERN

# Das Ostseebad Rewahl einst und jetzt

Badeort mit Tradition an Pommerns langer Ostseeküste

Immer wieder faszinierend sind die wie Perlen an Pommerns Ostseeküste aufgereihten Ostseebäder. Hier gelangen die Seewinde über eine Wasserfläche, deren Ausdehnung dafür bürgt, dass die herangewehte Seeluft frei von Staub und Keimen ist, mit ungebrochener Kraft an die weite Küste.

Rewahl [Rewal] bei Greifenberg, einst ein 1434 erstmalig erwähntes kleines Fischerdorf, liegt direkt an der bewaldeten Steilküste. Von zirka 1830 an besuchten bereits Sommergäste den Ort, und ein Warmbad gab es seit 1838. Im Reiseführer von 1908 wurden die Vorzüge des kleinen Badeorts ausführlich beschrieben. Die Anreise war Anfang des 20. Jahrhunderts einfach, denn von Greifenberg aus fuhr eine Kleinbahn, die für die 31 Kilometer lange Strecke eindreiviertel Stunden brauchte. Man wohnte damals zum Beispiel im Hotel Seestern, in Heuers Strandhotel, in der Pension Dünenhof und Edel-

weiß sowie vielen Privatquartieren. Jeder Wirt stellte damals für die Dauer des Aufenthalts seinen Gästen eine verschließbare Badehütte, Kosten dafür drei Mark.

Im Frühjahr 1945 erlitt Rewahl, wie auch ganz Hinterpommern das Schicksal der sowjetischen Eroberung. Heute gehört es zu Polen.

Das ehemals preußische Seebad zeigt aktuell einen kleinen historischen Ortskern mit neuen, sehr gepflegten Promenaden und Aussichtspunkten entlang der Steilküste, die einen wunderschönen Blick über die Ostsee bieten. Der Ortskern ist verkehrsberuhigt. In modernen Kurhotels kann man etwas für die Gesundheit tun. Zwei denkmalgeschützte historische Hotels und das Warmbad von 1838 gibt es immer noch, es fungiert jetzt als Ärztehaus und liegt direkt neben dem Hotel Jantar an der Steilküste.

Vielleicht führt der Weg Sie einmal in den Badeort mit Tradition. B. Stramm



Die wundervolle Ostseeküste in dem Badeort Rewahl [Rewal]: Nicht weit ist es nach Horst mit dem interessanten Leuchtturm oder zur Kirchenruine Hoff, die bereits Lyonel Feininger in seinen Werken inspirierte. Am Strand von Rewahl kann man morgens und abends die Fischer beobachten, wie sie in ihren kleinen Booten aufs Meer hinausfahren, später am Abend zurückkehren und die Boote auf den Strand zurückziehen

## MELDUNGEN

# Straßenbahn, Vogelgrippe und Lilienthal

**Stettin** – Beunruhigende Nachrichten gibt es zu den seit 1897 existierenden Stettiner Straßenbahnen: Der Verkehrsbetrieb rutscht immer weiter in die roten Zahlen. Der monatliche Verlust beträgt derzeit etwa 660.000 Euro. Als Begründung für das Minus werden die steigenden Energiekosten angegeben. TS

**Pasewalk** – Etwa 100 tote Lachmöwen sind Ende Mai auf der Brutinsel eines Kieksesee bei Krugsdorf gefunden worden. Wie nun bekannt wurde, stellte man durch Untersuchungen des Friedrich-Löffler-Instituts fest, dass einige Möwen mit dem Vogelgrippe-Virus infiziert waren. TS

**Pölit** – Der neue, etwa 1,8 Milliarden Dollar teure Chemiekomplex, der unter anderem der Dehydrierung von Propan dient, ist durch Hyundai Engineering (HEC) fast fertiggestellt. Das Projekt umfasst den Bau eines Gasterminals mit Umschlag- und Lagermöglichkeiten und ermöglicht die Lieferung von Propylen. TS

**Anklam** – Mit Sonderaktionen und Führungen wurde der 175. Geburtstag des Flugpioniers Otto Lilienthal in seiner Heimatstadt begangen. Lilienthal, der am 23. Mai 1848 in Anklam geboren wurde und dort das Gymnasium besuchte, gilt als erster Mensch, der erfolgreich und wiederholt Gleitflüge mit einem Flugapparat durchführte. TS

**Köslin** – Am 29. Mai wurde der Grundstein für das Wissenszentrum „Cognitarium“ der Technischen Universität Köslin gelegt. Dem vorausgegangen war ein Wettbewerb für einen multifunktionalen Raum, der auch gleichzeitig das „Herz“ des Campus und ein Treffpunkt für Lehrkräfte, Studenten und Gäste wird. TS

**Hiddensee** – Der Leuchtturm auf dem Dornbusch wird gegenwärtig saniert. Dazu wurde bereits Ende Mai das Leuchtfeuer durch Mitarbeiter vom Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt ausgestellt. In den nächsten Wochen soll die Fassade gesandstrahlt, verputzt und gemalert werden. TS

**Greifswald** – Am vergangenen Pfingstwochenende fand wieder das Kunst- und Kulturfestival „Kunst: Offen“ in Vorpommern statt. Dazu öffneten Galerien, Werkstätten und Ateliers, um Interessierten einen Blick vor Ort auf das künstlerische Geschehen vom Darß bis zum Stettiner Haff zu geben. TS

**Stralsund** – Eugen Ruge, namhafter deutscher Schriftsteller, gastiert am 30. Juni erstmals in Stralsund. Auf Einladung der Stadtbibliothek Stralsund und der Strandläufer Verlagsbuchhandlung stellt er um 19 Uhr im Löwenschen Saal seinen neuesten Roman „Pompeji oder Die fünf Reden des Jowna“ vor. Der 1954 in der Sowjetunion geborene Autor lebt in Berlin und auf der Insel Rügen. Bekannt wurde er 2011 mit seinem autobiographischen Debütroman „In Zeiten des abnehmenden Lichts“. Im neuen Werk „Pompeji“ schildert er den Ausbruch des Vesuv aus Sicht einfacher Leute. Kartenvorverkauf: Stadtbibliothek Stralsund, Telefon (03831) 253678, und Strandläufer Verlagsbuchhandlung, Telefon (03831) 6660555. BS

# „Die Vorstellungen der ‚Klimaretter‘ sind ein Rätsel“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Ein ewiger, treuer, begeisterter PAZ-Fan“

Arthur Kurt Diger, Leipzig



Ausgabe Nr. 21

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## WIRRE NAMENS-LOGIK

ZU: „KALININGRAD“ WIRD WIEDER KÖNIGSBERG (NR. 20)

Wenn hierzulande von der polnischen Hauptstadt die Rede ist, so wird diese generell als Warschau bezeichnet. Dasselbe gilt für die tschechische Hauptstadt Prag.

Bei anderen Städten im Osten tut man sich allerdings schwer, gebräuchliche deutsche Namen zu verwenden. Da wird lieber *Lwiv* anstatt Lemberg oder *Bratislava* statt Pressburg genannt. Von den ganzen ehemaligen deutschen Städten in Polen oder der Tschechischen/Slowakischen Republik ganz zu schweigen. Hier tauchen die ehemaligen deutschen Namen nur ganz selten noch einmal auf, und es wird in TV-Dokumentationen eher beiläufig mal auf deutsche Vergangenheit hingewiesen. Anders sieht es da im Elsass aus. Hier tragen viele Städte heute noch ihre deutschen Namen, und die dortige Bevölkerung spricht vielfach den elsässischen Dialekt, der leicht aus dem Hochdeutschen abgeleitet werden kann.

Herbert Schmidt, Schauenburg

## NATÜRLICHE SCHWANKUNGEN

ZU: EIN PROFESSOR TRÄUMT VOM ENDE DER FREIHEIT (NR. 20)

Der Temperaturanstieg und das Abschmelzen der Gletscher weltweit führen die Klimaforscher auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß als Folge der Industrialisierung zurück. Die zeitliche Nähe beider Ereignisse ist jedoch noch kein eindeutiger Beweis für diesen Zusammenhang, wie der Rückblick in die Erdgeschichte zeigt.

Vor der Industrialisierung gab es auch immer wieder Klimaänderungen. Worauf diese zurückzuführen sind, dafür gibt es unterschiedliche Erklärungen. Manche Forscher vermuten als Ursache eine Verlagerung der Erdachse.

Auf der Erde wechselten Warm- und Eiszeiten häufig. Die letzte Eiszeit endete etwa vor 10.000 Jahren. Ein großer Teil der Erde war während der Eiszeiten von einer mehrere Kilometer dicken Eis-

schicht bedeckt. Weil viel Wasser im Eis gebunden war, lag der Meeresspiegel unter dem heutigen Niveau (zirka 130 Meter), ebenso die globale Durchschnittstemperatur (fünf bis sechs Grad).

Aber auch nach Ende der letzten Eiszeit gab es kleinere Klimaschwankungen. In Europa war es im Mittelalter zwischen dem 7. und 13. Jahrhundert wärmer als heute und im 17. und 18. Jahrhundert kälter als heute, was für ein Anwachsen der Gletscher sorgte.

Nach der Eiszeit ergrünte die Sahara mehrmals. In ihr lebten in den vegetationsgünstigen Perioden Menschen, Elefanten, Löwen, Giraffen, Krokodile und andere Tiere. Dies belegen auch die Felszeichnungen mitten in der heutigen Wüste. Noch vor 2000 Jahren war Nordafrika die Kornkammer Roms. Man könnte viele weitere Beispiele anführen.

Dr. Karl Hahn, Bad Salzungen

## VORSTOSS IN „STEINZEIT 2.0“

ZU: EIN PROFESSOR TRÄUMT VOM ENDE DER FREIHEIT (NR. 20)

Lebensumstände, wie sie Prof. Dr. Dr. Peukert mittels seiner „Postwachstumsökonomie“ bereitstellen will – und in denen wir ein sinnerfüllteres, kreativeres, solidarischeres, schöneres und glücklicheres Leben führen werden –, erinnern mich an die Jahre nach dem Krieg. Damals hatten wir knapp rationierte Lebensmittel, Textilien, Schuhe und vieles mehr.

Ferner gab es Wohnraumbewirtschaftung, sehr wenige Autos und kaum funktionsfähige Industrien. Wie glücklich und zufrieden hätten wir doch sein müssen. Leider haben es nur sehr wenige Zeitgenossen verstanden. Hätten wir uns doch damals weniger angestrengt und dafür sozial-ökologische Tätigkeiten ausgeübt! Es wäre uns gewiss gelungen, in eine Epoche vorzustoßen, die wir „Steinzeit 2.0“ nennen wollen.

Ach, wäre doch bereits in „Steinzeit 1.0“ der übliche Betrieb von Lagerfeuern, der Verzehr von Fleisch, das Erstellen von Unterkünften sowie Arbeit zum eigenen

Nutzen konsequent verboten worden. Welche grandiose Entwicklung hätte die Menschheit genommen. Oder auch nicht.

Bruno E. Hillmann, Scheeßel

## UNTER SPINNERN?

ZU: EIN PROFESSOR TRÄUMT VOM ENDE DER FREIHEIT (NR. 20)

Eine Professur erlangt zu haben, bedeutet offensichtlich nicht, eo ipso, auch alle Sinne beieinander zu haben. Allein Gedanken auch nur „als Professor“ – von dem der eher schlichte Mensch denkt, „der weiß alles“ – über die Zukunft eines 82 Millionen zählenden Volkes kraft „Autorität“ abstruse Gedanken äußern zu wagen, impliziert eigentlich die Einweisung in eine Heilstätte, vermutlich ohne Aussicht auf Erfolg. Mein Gott, wo ist dieses Volk, dieser Staat hingekommen?

Harald Müller, Bovenden

## GELD AUS DER TASCHE ZIEHEN

ZU: EIN PROFESSOR TRÄUMT VOM ENDE DER FREIHEIT (NR. 20)

Es gibt viele Menschen, die das Klima retten wollen. Im Sommer wehen oft warme Winde nach Europa, wodurch die Temperaturen auch hier steigen. Leider habe ich bisher nicht herausgefunden, wie Klimaschützer verhindern wollen, dass diese warmen Winde im Sommer zu uns wehen. Aber das verraten uns die „Klimaretter“ auch nicht. Deren Vorstellungen, auf welche Art sie die Temperatur auf dieser Erde senken wollen, sind mir ein Rätsel. Richtig ist wohl nur, dass sie uns Geld aus der Tasche ziehen wollen.

Alfred Tegethoff, Recklinghausen

## WARNUNG VOR ERDBEBEN

ZU: GRUNDLASTFÄHIG, ABER LANGE MISSACHTET (NR. 20)

Heißes Wasser aus Tiefengestein kann oft nicht nachhaltig genutzt werden, weil schnell mineralische Anlagerungen („Ver-

kalkung“) die Rohre verstopft. Außerdem kann eingepresstes Wasser im Untergrund große Erdplatten zum Rutschen bringen und so Erdbeben verursachen. Wie im Kanton Basel.

Hans Lindenmeyer, Heidenheim

## KLEINER FAKTENCHECK

ZU: DAS MINIKRAFTWERK AM PFLANZENKÜBEL (NR. 20)

Die Energiepreise haben sich verdoppelt oder verdreifacht, auch gedeckelt durch die Preisbremse. Jetzt fallen die Brennstoff- und Strompreise wieder. Von einer Explosion habe ich nichts gehört. Die Balkenkraftwerke erzeugen im Jahr nicht bis zu 600 Kilowatt (kW), sondern 600 Kilowattstunden (kWh). Das ist der in der Hauptschule gelernte Unterschied zwischen Leistung und Arbeit. Der Haken mit der 70-Prozent-Regelung ist eine Fehlinformation. Diese Regelung wurde unlängst abgeschafft. Jürgen Zipf, Nindorf

## GRÜNDE FÜR MILDE URTEILE

ZU: UNSCHULDSVERMUTUNG? NUR WENN'S PASST! (NR. 20)

Die Berichterstattung über angeblich rassistische Zwischenfälle ist so schlecht und einseitig, dass sie Fragen nach dem Mandat, das die Politiker von den Bürgern bekommen haben, aufwirft. Wem dienen diese Leute wirklich, wessen Interessen vertreten sie? Bei der (Nicht-)Verurteilung ausländischer und der Verurteilung deutscher Straftäter ist ein eklatanter Unterschied erkennbar. Es gibt beim erstgenannten Personenkreis fast immer Gründe für ein mildes Urteil.

Der Amtseid kennt diesen Unterschied nicht. Man verstößt offensichtlich gegen diesen. Bei schlechten Wahlergebnissen ist häufig zu hören, wir müssen unsere Politik besser erklären. Diese Politik kann man niemandem erklären, es sei denn, man sitzt im Bundestag oder einer anderen staatlichen Einrichtung als Systemprofiteur. Ulrich Bohl, Berlin

ANZEIGE

Erscheint am 7. Juni. Jetzt vorbestellen!

## Das große Vorsorge-Set

Treffen Sie rechtssichere Vorsorge – sonst entscheiden andere für Sie!

Preis-Hit  
nur 9,99 €

■ **Ärzte, Notare und Behörden empfehlen die rechtzeitige Absicherung des Patientenwillens durch individuell erstellte Vorsorgedokumente wie Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung oder Patientenverfügung. Alle Unterlagen, die Sie benötigen, finden Sie in diesem neuen Vorsorge-Set. Mit den Vorlagen und Anleitungen in diesem Set regeln Sie alle persönlichen Angelegenheiten umfassend, einfach und rechtssicher!**

Wir können nicht in jedem Notfall davon ausgehen, dass wir noch eine verbindliche Willenserklärung abgeben können. Deshalb ist rechtzeitiges Vorsorgen in jedem Alter (!) eine Notwendigkeit. Durch eine Vorsorgevollmacht kann eine amtliche Betreuung abgewendet werden.

**Nicht einmal ein Ehepartner hat ein verbindliches und automatisches Recht zur juristischen Vertretung, wenn der andere Partner nicht mehr geschäftsfähig ist. Bei nicht verheirateten Paaren ist das ohne Vorsorgevollmacht in keinem Fall gegeben, dasselbe gilt für volljährige Kinder.**

**Entscheiden Sie selbst, was mit Ihnen geschieht!**

Deshalb ist es so wichtig, Daten und Fakten zu dokumentieren und eine Willenserklärung abzugeben, was geschehen soll, wenn wir uns nicht mehr mündig äußern können. Zentrale Vorgabe dazu ist die **Vorsorgevollmacht**.

Notwendig sind außerdem die **Betreuungsverfügung**, die weitere juristische Belange abdeckt, und die **Patientenverfügung** mit den damit zusammenhängenden Fragen zur medizinischen Behandlung und zu den ethischen und religiösen Einstellungen des Lebens.

Insbesondere dann, wenn ein Sterben nicht mehr zu vermeiden ist, werden so die verbindlichen Wünsche des Patienten für eine Behandlung dokumentiert. Dies berührt sensible Wertvorstellungen zum Leben und zum Tod.

Behandelt werden auch die **Generalvollmacht** oder die **Bankvollmacht** und wie diese Vollmachten und Verfügungen am besten aufbewahrt werden, damit diese im Notfall auf Papier oder digital hinterlegt auch verfügbar sind.

**Das gute Gefühl, alles geregelt zu haben!**

**Mit Vorlagen, Anleitungen zum Ausfüllen und Hinweisen zur Rechtsverbindlichkeit**

**Markus König: Meine Vollmachten für den Notfall**  
 Paperback • 127 Seiten • durchgehend farbig illustriert  
 Best.-Nr. 989 200

**KOPP VERLAG**  
 Telefon (0 74 72) 98 06 10  
 Telefax (0 74 72) 98 06 11  
 info@kopp-verlag.de  
 www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!  
 Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

POTSDAM

# Preußische Porzellandiplomatie

Marmorpalais stellt Tafelservice der Königlichen Porzellan-Manufaktur Berlin aus – Ein „Friedensgeschenk“ von 1795 an Frankreich

VON HARALD TEWS / SPSP

**S**peisen wird von diesem Gedeck heute niemand, dafür ist es zu kostbar. Denn die 37 Teile eines Tafelservices, das die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) vorigen Sommer erwerben konnte, stellte die Königliche Porzellan-Manufaktur Berlin (KPM) ab 1795 für König Friedrich Wilhelm II. (1744–1797) her. Dieses Service mit seiner besonderen „fleurs en terrasse“ genannten Blumenmalerei wurde im Berliner Schloss verwendet und erfreute sich noch im späteren 19. Jahrhundert großer Beliebtheit bei Hofe.

Unter dem Titel „Die Blüte(n) des Klassizismus“ präsentiert das Potsdamer Marmorpalais, das frühklassizistische Sommerschloss Friedrich Wilhelms II. am Heiligen See, bis zum 15. Oktober eine nach zeitgenössischen Vorbildern gedeckte Mittagstafel. In einer Vitrine wird die faszinierende Entstehungs- und Nutzungsgeschichte des Services zusätzlich durch selten gezeigte zeitgenössische Vergleichsstücke illustriert.

Durch die Französische Revolution entbrannten Kriege zwischen Frankreich und den benachbarten Monarchien. Schwere Niederlagen zwangen Friedrich Wilhelm II. von Preußen die Französische Republik im Frieden von Basel (5. April 1795) anzuerkennen. Der französische Gesandte François Barthélemy (1747–1830) erhielt als diplomatisches Geschenk ein Tafelservice aus dem Besitz des Königs. Als Ersatz lieferte die KPM Friedrich Wilhelm II. das hier gezeigte Service mit „fleurs en terrasse“.

## Eine Geschmacksrevolution

Das an Barthélemy verschenkte Service ist heute nur in sehr wenigen Teilen erhalten. Erfreulicherweise konnte die SPSP im Frühjahr jedoch einen Teller aus dem Service erwerben, der ebenfalls in



Der Tisch ist gedeckt: Das neuerworbene Tafelgeschirr mit dem „fleurs en terrasse“-Dekor

Foto: SPSP/Wolfgang Pfaunder

der Sonderpräsentation zum ersten Mal gezeigt wird.

Am Vergleich mit dem konventionell gestalteten Teller aus dem Barthélemy-Service wird der moderne Charakter des neuen königlichen Services mit seiner neuartigen Blumenmalerei besonders deutlich. Der Dekor „fleurs en terrasse“ zeigt keine stilisierten Sträuße oder Streublumen, wie bislang üblich, sondern Blumen, die natürlich aus einer Wiese wachsen. Inspiriert wurde dieses Dekor durch Wandmalereien der römischen Antike, deren illusionistische Malerei den Eindruck von Gärten in Innenräumen erzeugen sollte. Die bekanntesten Beispiele solcher antiken Wandmalereien befinden sich heute in Pompeji, Herkulaneum und

Rom, zum Beispiel in der Casa dei cubicoli floreali und im Haus der Livia (allerdings waren diese um 1795 noch nicht entdeckt). Zu offiziellen Anlässen wurde das Service mit einem Tafelservice Friedrichs des Großen aus Gold oder vergoldetem Silber kombiniert. Der auffällig breite Goldrand und die Einteilung in fünf Segmente tragen dieser Nutzung Rechnung.

1793 ist das Dekor „fleurs en terrasse“ erstmals in einer Lieferung der KPM nachweisbar. Es handelte sich dabei um ein kleines Kaffeeservice („Déjeuner“), das Königin Friederike Luise (1751–1805) erhielt. Weitere Lieferungen der KPM zeigen, dass die Königin die Blumenmalerei „en terrasse“ besonders schätzte. Nach 1797 ließ Friederike Luise den Sommer-

saal in ihrem Landsitz Schloss Freienwalde mit Landschaftstapeten ausstatten, die ebenfalls den römischen Wandmalereien nachempfunden waren. Im Zusammenspiel mit klassizistischen Porzellanen und Möbeln erzeugten sie das Gefühl einer „gelebten Antike“. Auch dieses Kapitel wird über Vergleichsstücke in der Vitrine illustriert.

## Zu Tisch, bitte!

Zur Ausstattung der gedeckten Tafel werden zeitgenössische Bestecke aus dem Besitz der Königin Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern (1715–1797), der Ehefrau Friedrichs des Großen, und von Luise von Mecklenburg-Strelitz (1776–1810), der Gemahlin des Kronprinzen

Friedrich Wilhelm (als König später der III.), verwendet. Auch die Kelchgläser und Karaffen sind zeitgenössisch und teilweise mit dem königlichen Monogramm versehen. Quellen aus dem KPM-Archiv legen nahe, dass die Manufaktur 1795 auch ägyptisch anmutende Messerbänkchen zur Verwendung mit dem Service lieferte, auf denen benutztes Besteck abgelegt werden konnte. Zwei derartige Stücke aus dem Bestand der SPSP werden auf der Tafel gezeigt. Mit freundlicher Unterstützung der KPM Berlin, die einen Kunstharzabguss zur Verfügung stellte, konnten weitere Nachbildungen hergestellt werden, um die Gedecke zu vervollständigen.

Die Tafel ist zudem mit scherschmittartigen „Cut-Outs“ geschmückt, deren ausgefallene Umrisse verschiedene Vorspeisengerichte darstellen. Die Gattung des Scherschmitts ist bewusst gewählt. So kamen Schattenrisse im späten 18. Jahrhundert in Mode, insbesondere als einfache, aber effektive Alternative zum gemalten Porträt. Auch auf zeitgenössischen Porzellanen der KPM erscheinen solche Silhouettenportraits der königlichen Familie.

Mit seiner Blumenmalerei zauberte das Service beehrte Zierblumen, wie Aurikel, Ranunkeln, Nelken und Anemonen, sowie sentimental konnotierte Sorten wie Vergissmeinnicht und Stiefmütterchen (französisch „pensée“, der Gedanke) gewissermaßen aus dem Garten auf den Tisch. Um diesen Bezug zur historischen Gartenwelt aufzuzeigen und auf die Sonderpräsentation aufmerksam zu machen, werden an drei Standorten im Neuen Garten Blumenkübel aufgestellt. Die Gärtner der Stiftung haben diese mit den auf dem Tafelservice dargestellten Blumensorten bepflanzt.

● Bis 15. Oktober, Marmorpalais, Im Neuen Garten 10, Potsdam, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 17:30 Uhr, Eintritt: 8 Euro, Besichtigung im Rahmen des regulären Schlossbesuchs [www.spsg.de](http://www.spsg.de)

SAALE-UNSTRUT

# Ein archäologisches Puzzle für die ganze Familie

Vor 1050 Jahren starb Otto der Große in Memleben – Das dortige Museum und Kloster lädt zu einem Gang in die Geschichte ein

Wo liegt das Herz Ottos des Großen begraben? Das Rätsel beschäftigt Archäologen bereits seit mehreren Jahrzehnten. Die Spur führt nach Memleben in Sachsen-Anhalt. Zum 1050. Todestag des römisch-deutschen Kaisers liefert hier die Sonderschau „Des Kaisers Herz – Archäologische Tiefenfahndung am Sterbeort Ottos des Großen“ erste Indizien.

Als Kaiser Otto der Große 973 von einer langen beschwerlichen Reise aus Italien in das heutige Sachsen-Anhalt zurückkehrte, war er auf dem Höhepunkt seiner Macht. Mit dem Ausstellungsprojekt „Des Kaisers letzte Reise“ erinnern fünf Orte in Sachsen-Anhalt anlässlich seines 1050. Todestages an diese Zeit (siehe PAZ vom 12. Mai). Einer davon ist der Sterbeort des Kaisers: seine Lieblingspfalz Memleben, 50 Kilometer südwestlich von Halle. Hier zeigt das Museum Kloster und Kaiserpfalz Memleben noch bis zum 31. Oktober Einblicke in jüngste archäologische Forschungen.

Am 7. Mai 973 starb Kaiser Otto der Große in Memleben. Obwohl er in Magdeburg beerdigt wurde, verblieb sein Herz am Sterbeort. Aber wo genau? An dieser Frage forschen Archäologen erneut seit

2017. Die Sonderschau „Des Kaisers Herz“ im Ausstellungsbereich der Klosteranlage fasst nun erstmals die bisherigen Erkenntnisse zusammen. Dabei werden Fundstücke aus den jüngsten archäologischen Grabungen gezeigt, darunter auch geborgene Objekte aus dem Bereich der verschwundenen Monumentalkirche.

Die Ausstellung macht deutlich, welche Herausforderungen Archäologen meistern müssen, um die Geheimnisse der Vergangenheit zu lüften. Nach der Objektfahndung in den Tiefen der Erde folgt die Fahndung nach den historischen Zusammenhängen. Wie bei einem Puzzle fügen die Forscher die Indizien auf der

Suche nach dem Herz Ottos des Großen in Memleben zusammen.

Auch verschwundene Baudenkmale aus der Zeit des Kaisers erleben für die Ausstellung ihre Wiederauferstehung – zumindest digital. Mit einem Tablet-Gerät, das die Besucher am Empfang erhalten, begeben sie sich auf virtuelle Zeitreise. Beim Betreten der Klosteranlage stehen sie zunächst vor einer Kirchenruine aus dem 13. Jahrhundert. Von einer weiteren Kirche aus dem 10. Jahrhundert haben sich nur wenige Mauerreste erhalten. Ein nachgestellter Grundriss zeigt jedoch, wie außergewöhnlich groß dieser Bau einst war. Wer mit dem Tablet den QR-Code auf der zentralen Aussichtsplattform scannt, vor dessen Augen erwachen dank sogenannter Augmented Reality, einer „erweiterter Realität“, die Ruinen und Überreste der beiden Kirchen zum Leben.

Beim Verlassen des Aussichtspunktes beginnt die Reise durch die Zeit. Kirchenmauern und ein längst verlorener Kreuzgang entstehen, sobald an den Orientierungspunkten der dazugehörige QR-Code gescannt wird. Auf diese Weise erscheint sogar eine ehemalige Chorschranke wieder, und der Blick in den Chor erweckt

den Eindruck, als könne jederzeit das mittelalterliche Stundengebet beginnen.

Um mehr zu erfahren, bietet das Museum Kloster und Kaiserpfalz Memleben vielfältige Möglichkeiten für den Austausch mit Experten. Auf dem Begleitprogramm stehen Sonderführungen und Grabungsbegehungen. Darüber hinaus sind Gottesdienste, Vorträge, Wanderungen und eine Pilgerreise geplant.

Schulklassen und Ferienkinder können sogar eine Grabung selbst erleben und aktiv werden. Auch sie werden mit einem Tablet und Archäologen-Werkzeugen ausgestattet. Das Tablet führt in die Aufgaben eines Archäologen ein und erläutert Arbeitsweise und Aufgaben. Anschließend wird mit Schaufeln, Pinseln und Messinstrumenten losgelegt. Ist ein Fund gelungen, wird mit dem Tablet die Dokumentation durchgeführt.

Saale-Unstrut-Tourismus/tws

● „Des Kaisers Herz – archäologische Tiefenfahndung am Sterbeort Ottos des Großen“, Museum Kloster und Kaiserpfalz Memleben, Thomas-Müntzer-Straße 48, geöffnet täglich 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 8,90 Euro. [www.des-kaisers-herz.de](http://www.des-kaisers-herz.de)



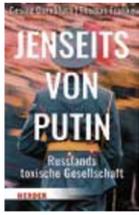
Zu zweit auf Spurensuche: Aussichtsplattform auf dem Klostergelände Memleben

## ● FÜR SIE GELESEN

Zu kurz  
gegriffen

Gesine Dornblüth und Thomas Franke zeichnen in ihrem Buch „Jenseits von Putin“ ein düsteres Bild von der russischen Gesellschaft, das keinen Hoffnungsschimmer für die Zukunft aufblitzen lässt. Beide Autoren beobachteten Russland seit den 90er Jahren. Dornblüth war von 2012 bis 2017 als Korrespondentin des Deutschlandfunks in Moskau tätig. Ihre Erkenntnisse hat sie auf zahlreichen Recherchereisen durchs Land gewonnen. Franke ist Journalist, Buchautor und Regisseur, unter anderem für den Deutschlandfunk.

Die russische Gesellschaft beschreiben sie als verroht, apathisch, gleichgültig gegenüber dem Ukraine-Krieg und von Gewalt geprägt – eben toxisch, also vergiftet. Ihre Bewertung untermauern sie mit der Beschreibung von Organisationen, Parteien und politischen Akteuren in den vergangenen 30 Jahren. Einige Kapitel enthalten Gespräche mit Einzelpersonen im Laufe dieser Zeit. Die Autoren müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie kaum aktuelle Ansichten von Einzelpersonen vorstellen können, was der Tatsache geschuldet sein dürfte, dass die Pressefreiheit weiter eingeschränkt wurde. Dass es keinen aktiven Widerstand gegen Putin gibt, erklären sie mit der Lethargie der Bevölkerung und deren Erinnerung an die nicht aufgearbeitete Stalin-Ära. Diese Bewertung greift zu kurz. Eine fundierte Analyse der Putin-Ära fehlt, es bleibt bei punktuellen Einschätzungen. **MRK**

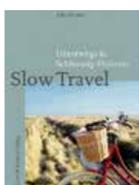


**Gesine Dornblüth/Thomas Franke: „Jenseits von Putin. Russlands toxische Gesellschaft“**, Herder Verlag, Freiburg 2023, broschiert, 206 Seiten, 20 Euro

Wunderbare  
Reiseziele

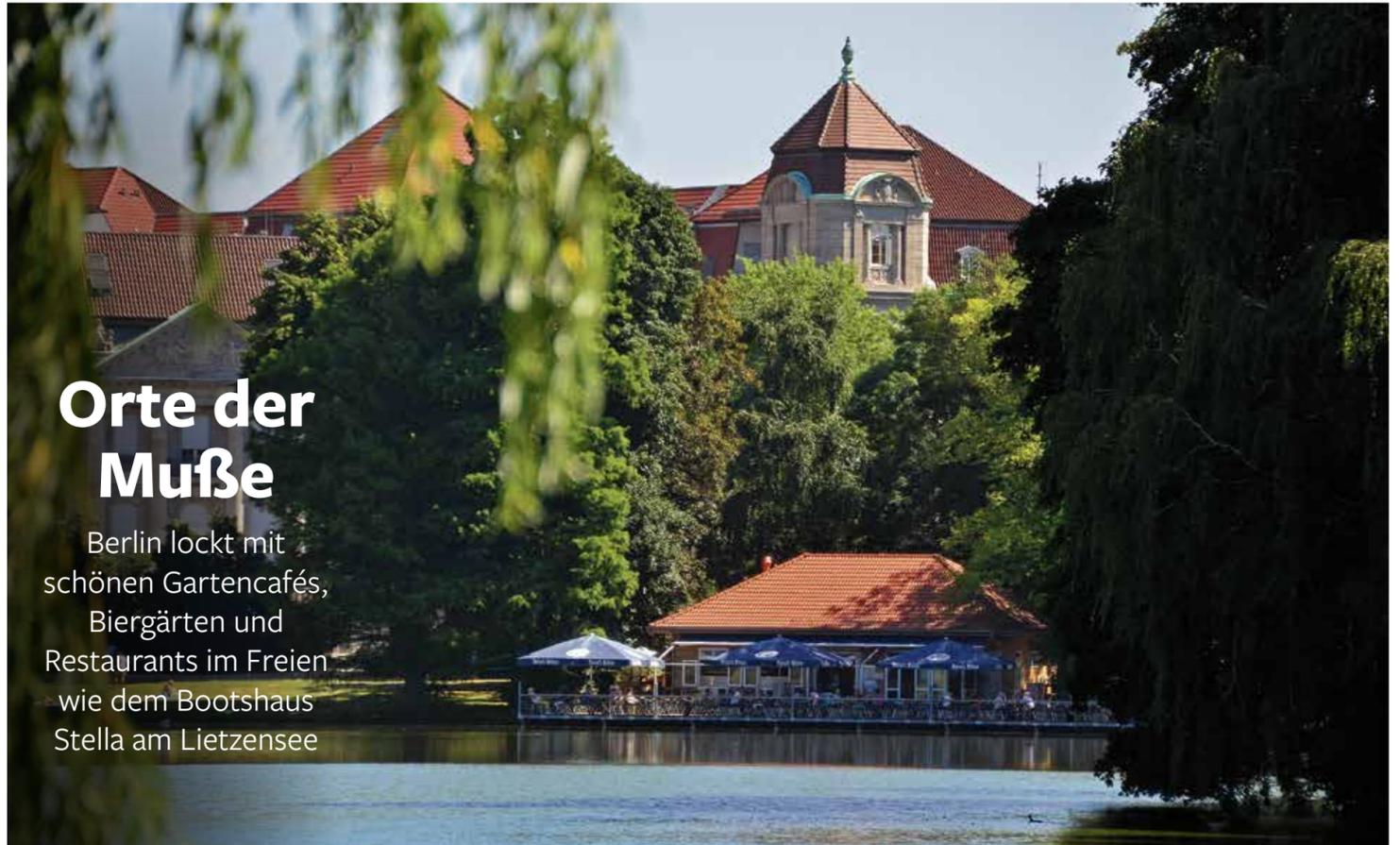
Das Buch „Slow Travel. Unterwegs in Schleswig-Holstein“ regt durch das sonnige Titelfoto sofort zum Schmökern an. Bekannte und weniger bekannte Gebiete in Schleswig-Holstein werden mit schönen Bildern strukturiert vorgestellt. Es gibt Vorschläge unter anderem in den Rubriken: „Besonderes & Schönes“ sowie „Schlemmen & Shoppen“. So wird beispielsweise der Kniepsand auf Amrum mit liebevollem Text beschrieben, er animiert, einmal dort hinzufahren und diesen schönen riesigen Strand in aller Ruhe anzuschauen sowie die dort gebauten Strandhütten zu besuchen. Viele Orte können noch sensitiv entdeckt werden.

Dieses Buch enthält wunderbare Vorschläge, wohin man einen Ausflug oder Kurzurlaub machen kann. Bewusst wurde eine Auswahl von eher unbekannteren Gegenden getroffen. Die Empfehlung der Autorin lautet, dass man länger an einem Ort bleiben sollte, als viele Sehenswürdigkeiten unter Stress abzuhaken. **Angela Selke**



**Elke Weiler: „Slow Travel - Unterwegs in Schleswig-Holstein“**, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2023, broschiert, 224 Seiten, 19,95 Euro

## STADTFÜHRER DER WOCHE

Orte der  
Muße

Berlin lockt mit  
schönen Gartencafés,  
Biergärten und  
Restaurants im Freien  
wie dem Bootshaus  
Stella am Lietzensee

FOTO:IMAGORAMUND MÜLLER

Berlin hat neben den Sehenswürdigkeiten noch viel mehr zu bieten. Wer in seiner Freizeit gerne einmal unter freiem Himmel in einem Lokal einkehren möchte, dem sei der kulinarische Ausflugsführer „Stadtoasen in

Berlin“ aus der Feder der erfahrenen Redakteurin und Journalistin Susanne Leimstoll empfohlen. Reich bebildert stellt sie verschiedene Orte vor, an denen sich in einer besonderen Atmosphäre gut speisen lässt. **MRK**

**Susanne Leimstoll: „Stadtoasen in Berlin. Die schönsten Gartencafés, Biergärten und Draußenrestaurants“**, BeBra Verlag, Berlin 2023, broschiert, 167 Seiten, 18 Euro

## RATGEBER

Wissen für  
Heranwachsende

Die US-amerikanische Kinderbuchautorin Catherine Newman erklärt auf unterhaltsame Weise alles Wichtige um die Themen Gesellschaft und Haushalt

VON SILVIA FRIEDRICH

**W**enn Erwachsene ihren Kindern gutes Benehmen nahebringen wollen, geht das oft bei den Heranwachsenden in das eine Ohr hinein und zum anderen wieder heraus. Die amerikanische Kinderbuchautorin Catherine Newman geht die Sache von einer ganz anderen Seite an. In ihrem Buch „Alles, was du in der Schule nicht lernst“ zeigt sie jungen Menschen, wie man leicht 65 wichtige Fähigkeiten erlernen kann, die im Leben nützlich sein werden.

„Dinge selbst in die Hand zu nehmen stärkt das Selbstvertrauen und hat den Nebeneffekt, dass es nicht nur dich, sondern auch andere Menschen und Tiere und Pflanzen um dich herum glücklich macht“, sagt sie im Vorwort, das mit der Aufforderung „Zeig dich von deiner besten Seite“ betitelt ist. Dieser bunte Ratgeber ist prall gefüllt mit nützlichen Tipps und Anleitungen, um ganz normale Anforderungen des Lebens zu bewerkstelligen. Besonders schön startet das Buch mit dem Kapitel „Sich kümmern um andere Menschen, Tiere und Pflanzen“. Wie muntert man kranke Menschen auf? Wie schenkt man älteren Menschen Freude? Wie geht Babysitten? Wie kümmert man sich um ein Haustier oder um Pflanzen, und wie ist man ein guter Gast oder Gastgeber und am Ende, wie packt man ein Geschenk richtig ein?

Im folgenden Abschnitt zeigt die Autorin, wie man den richtigen Ton trifft.

Wie schreibt man eine Dankeskarte, oder was gehört auf eine Beileidskarte, wie beschriftet man einen Briefumschlag, wie geht man auf andere zu per Brief oder per E-Mail. Gleich darauf folgt der Abschnitt, wie man zuhause alles in Schuss hält. Dazu gehört auch, wie man Geschirrspüler ein- und wieder ausräumt oder wie man mit der Hand abwäscht, wie man das Bad putzt oder das Bett bezieht. Es folgen Kochhinweise, denn nicht jeder kann eine Zwiebel schneiden oder Salatdressing herstellen. Auch die richtige Reinigung und Pflege der Kleidung wird erläutert und in hübschen Illustrationen erklärt.

Alles, was man rund ums Geld wissen muss, erfahren die Leser im folgenden Kapitel. Am Ende gibt es noch einmal wichtiges Basiswissen für alle Lebenslagen, wie Batterien wechseln, Schrauben anziehen oder wichtige Knoten herstellen.

Ein äußerst sinnvolles Buch, um sich und die anderen durch das Erlernen wichtiger Fähigkeiten selbstbewusster, zufriedener und somit glücklicher zu machen.

**Catherine Newman: „Alles, was du in der Schule nicht lernst. 65 superwichtige Fähigkeiten, die du beherrschen solltest, bevor du erwachsen bist“**, Yes-Verlag, München 2023, Softcover, 160 Seiten, 16 Euro



## KILLERWALE

Warum Orcas  
Boote angreifen

Der passionierte Segler und Autor Thomas Käsbohrer hat über Erklärungsversuche für das veränderte Verhalten der Meerestiere recherchiert

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

**F**rühmorgens am 5. Mai dieses Jahres wurde erneut eine Segeljacht auf dem Atlantik in der Nähe der Straße von Gibraltar von Schwertwalen attackiert. Der Angriff ging für die Besatzung glimpflich aus, da die Seenotrettung rechtzeitig zur Hilfe eilen konnte.

Mit diesem rätselhaften, veränderten Verhalten der Schwertwale, auch Orcas oder Killerwale genannt, beschäftigt sich Thomas Käsbohrer in seinem Buch „Das Rätsel der Orcas. Wie Orcas sich das Meer zurückholen. Warum sie Boote angreifen“. Seit 2020 wurden in der Straße von Gibraltar und entlang der iberischen Küste bis nach Galicien 443 ähnlich verlaufende Angriffe von Orcas gemeldet. Sie attackierten vorwiegend Segelyachten von zehn bis 15 Meter Länge, aber auch Schlauchboote von Walschützern, marokkanische Fischerboote und Fischtrawler. Immer wieder rammen die bis zu acht Meter langen Meeressäuger den Rumpf der Schiffe, bis die Fahrzeuge ins Schlingern geraten, während ein Tier das Ruder scheinbar gezielt durch Rammstöße zerstört. Meist kamen die Besatzungen mit dem Schrecken davon, aber mindestens zwei Segelyachten sanken unter dramatischen Umständen.

Käsbohrer ist selbst passionierter Segler und Autor für verschiedene Zeitschriften. Für sein Buch hat er mehrere genau dokumentierte Erfahrungsberichte von aggressivem Verhalten der Orca Iberica

gegenüber Menschen und ihren Booten spannend aufbereitet. Über mögliche Ursachen sprach er mit Meeresbiologen, Naturschützern, Tiertrainern, Wissenschaftlern und Betroffenen, die eine derartige Situation erlebt haben. Er sammelte Berichte über die beobachtete Jagdtaktik von Orcas in verschiedenen Habitats-Regionen der Ozeane und stellt Theorien über das neuartige, zuvor nie beobachtete Verhalten der Orcas vor.

Eine Theorie zielt auf die Annahme, dass die Tiere mehrfach durch menschliche Aktivitäten, insbesondere durch die Fischerei, verletzt und verstümmelt worden sein könnten. Auslöser könnten Konflikte mit Fischern sein, da sich die Meeressäuger gern an den mit Langleinen geköderten Thunfischen bedienen. Möglich ist auch, dass sie jetzt die Menschen als Nahrungskonkurrenten bei der Jagd auf ihre Beute, den Roten Thunfisch, ins Visier nehmen. Diskutiert wird ferner eine Reaktion auf die starke Lärmverschmutzung im Lebensraum der Orcas. Man wird sich jedenfalls an Frank Schätzing's Roman „Der Schwarm“ erinnern: Das ausgebeutete Meer wendet sich gegen den Menschen.



**Thomas Käsbohrer: „Das Rätsel der Orcas. Wie Orcas sich das Meer zurückholen. Warum sie Boote angreifen“**, Millemari Verlag, Iffeldorf 2022, Taschenbuch, 210 Seiten, 24,95 Euro

## WEISSUHNEN

# Johannisburger Kirchen in Miniatur

Zusammenarbeit der Kreisgemeinschaft mit dem deutschen Verein „Rosch“

VON UWE HAHNKAMP

Vor Kurzem hat die evangelisch-augsburgische Gemeinde in Johannisburg ihre ständige Ausstellung in der Filialkirche in Weissuhnen auf ein stabiles rechtliches Fundament gestellt. Die 2017 aus Anlass des 500. Jahrestags der Reformation erstmals gezeigten Sammlungen sind jetzt offiziell als „Museum der Miniaturen und der evangelischen Tradition“ ins Verzeichnis der Museen des Ministeriums für Kultur und nationales Erbe eingetragen.

Mit Fundamenten und baulichen Maßnahmen kennt sich Pfarrer Marcin Pysz, der Propst der evangelisch-augsburgischen Gemeinde in Johannisburg sehr gut aus. Der Spross einer Bauunternehmer-Familie hat in den letzten Jahren die Kirche in Weissuhnen, die einzige verbliebene evangelische Kirche im Kreis Johannisburg, wieder auf Hochglanz gebracht. „Die restlichen zwölf Gotteshäuser wurden von der katholischen Kirche übernommen oder existieren nicht mehr. Manchmal kommen katholische Amtsbrüder wegen Hilfe bei Renovierungen oder baulichen Plänen auf mich zu, sodass wir gemeinsam diese Bauwerke erhalten können“, erklärt Pfarrer Pysz.

Die früheren evangelischen Kirchen des Kreises Johannisburg, genauer gesagt ihre Modelle, sind das Kernstück der Ausstellung des neu gegründeten Museums. „Angefertigt hat sie ein ehemaliger Bewohner des Kreises, dessen Namen wir herauszufinden versuchen. Bekommen haben wir die Miniaturen unter Vermittlung der Gesellschaft der deutschen Minderheit ‚Rosch‘ in Johannisburg von der Kreisgemeinschaft Johannisburg in Deutschland“, so Pysz.

Zu allen Modellen gibt es auf den Schautafeln in drei Sprachen – Deutsch, Polnisch und Englisch – Erläuterungen zu Lage, Geschichte und architektonische Besonderheiten der jeweiligen Kirche, und soweit möglich, sogar zum Dienststempel der Gemeinde. Die Miniaturen sind so ge-



Eines der Modelle in Weissuhnen: Evangelische Kirche in Johannisburg

Foto: U.H.

nau, dass anhand von ihnen Renovierungen geplant werden können. Bei einem Modell verlässt gerade ein Brautpaar die Kirche durch das präzise gestaltete Tor zum Kirchhof. So wird das Leben um die evangelischen Kirchen der damaligen Zeit festgehalten.

## Evangelische Tradition

„Die Sammlungen, die den weiteren Teil des Museums ausmachen, haben ihren Anfang in Exponaten, in Erinnerungsstücken früherer Einwohner des Kreises Johannisburg“, so Pysz, „vor allem teilweise historisch wertvolle Bibeln, Gesangbücher oder Postillen, die in der Familie weitergegeben

wurden.“ Auch Familienbücher und alte Drucke finden sich in der Ausstellung, außerdem Einrichtungsgegenstände von evangelischen Kirchen, Kapellen und Gebetshäusern wie liturgische Gewänder, Kelche und sogar das aus Sandstein hergestellte historische Taufbecken der Kirche in Alt Uka.

„Mit jedem Masuren, der von uns geht, verschwindet ein Teil unserer Geschichte. Wir bemühen uns also, das zu bewahren, was am wertvollsten ist: Erinnerung und Tradition“, fügt der Pfarrer hinzu. Es gilt aber nicht nur zu bewahren, sondern auch zu zeigen. Die Ausstellung, die einen zeitlichen Rahmen von 1525, dem Jahr der Sä-

kularisierung des Deutschordensstaates, bis 1945 abdeckt, erfüllt diese Aufgabe. Sie wird auf den Emporen der evangelischen Kirche in Weissuhnen gezeigt, soll nach der Renovierung des Turmes dorthin verlegt werden. Dann soll auch die Aussichtsterrasse des Turms wieder zugänglich gemacht werden.

„Wir wollen das Wissen über das kulturelle Erbe und die evangelische Tradition Masurens über Konferenzen und Vorträge für Schüler aus der Region weitergeben“, so Pysz. Er erinnert aber auch daran, dass die Gemeinde Rudzanny multikulturell und multikonfessionell, und in dieser Vielfalt reich und faszinierend war und ist.

## ROMINTER HEIDE

# Die Viadukte in Staatshausen locken Besucher an

Die Eisenbahnlinie Goldap–Schittkehmen–Gumbinnen diente strategischen und touristischen Zwecken

Mit dem schönen Wetter begann die touristische Saison in Ostpreußen. Viele Touristen nutzen die ersten Sonnentage für kurze Ausflüge. Unter den unzähligen herrlichen Orten im südlichen Ostpreußen ziehen die Brücken in Staatshausen die Aufmerksamkeit der Besucher auf sich. Hier, inmitten von reizvollen Hügeln und Wiesen, befinden sich die mächtigen zwei parallel verlaufende Viadukte der stillgelegten Eisenbahnlinie Goldap–Schittkehmen (31 Kilometer Länge). Die Brücken in Staatshausen gehören zu den höchsten in der Republik Polen. Ihre Länge von etwa 200 Metern und ihre Höhe von 36 Metern sowie ihre Stahlbetonkonstruktion mit fünf Bögen, die sich über 15 Meter erstrecken, vermitteln einen unvergesslichen Eindruck. Die Architektur zeichnet sich durch perfekte Proportionen aus, und die Pfeiler sind mit Elementen verziert, die den römischen Aquädukten am Pont du Gard nachempfunden sind. Daher werden sie auch oft als die Aquädukte der Rominter Heide bezeichnet.

Die Planungen für den Bau der Eisenbahnlinie Goldap–Schittkehmen–Gumbinnen waren zu Beginn des 20. Jahrhunderts fertiggestellt. Diese Bahnstrecke soll-

te strategisch-militärische, verkehrstechnische und touristische Funktionen erfüllen. Ihr Bau begann 1907. Noch vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde die nördliche Brücke fertiggestellt und die Gleise verlegt. Der Krieg unterbrach die

Arbeiten, die jedoch 1923 wieder aufgenommen wurden. Im Jahr 1926 wurde die Südbrücke fertiggestellt, die als Aussichtsplattform und als Reserve für den Fall diente, dass die Nordbrücke bombardiert würde. Im Jahr 1927 war die Bahn in Be-

trieb. Die Züge auf der nördlichen Strecke verkehrten bis 1945.

## Zeugen hoher Ingenieurskunst

Nach dem Zweiten Weltkrieg demontierten die Russen die Gleise und verbrachten sie in die UdSSR. Glücklicherweise verschonten sie die Brücken. Die Viadukte in Staatshausen bieten unvergessliche Ausblicke, die jeden Naturliebhaber begeistern. Beim Überqueren der Brücken kann man Bäume, das kristallklare Wasser des Flusses Blinde und die malerische Landschaft bewundern.

Diese beiden Bauwerke sind ein Beispiel für die außergewöhnliche Ingenieurskunst und ein äußerst wertvoller Teil des kulturellen Erbes der Region. Heute sind die Eisenbahnbrücken nicht mehr in Betrieb, aber sie ziehen immer noch Touristen mit ihrer historischen und architektonischen Schönheit an, die auch von dem 2019 errichteten, etwa 20 Meter hohen Aussichtsturm aus bewundert werden kann. Früher waren die Viadukte ein beliebter Ort für Seilspringer. Am Ufer der Blinde wurden unter den Viadukten ein Unterstand, ein Campingplatz und eine Feuerstelle errichtet. *David Kazański*



Herrliche Aussicht: Blick auf die ehemalige Eisenbahnbrücke

Foto: D. K.

## THEOLOGIE

# Pfeiler im Strom

Im Rahmen der „Beiträge zur Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa“ erschienen zwölf Referate einer Tagung des Instituts für Kirchen- und Kulturgeschichte sowie der Bundeskonferenz der kirchlichen Archive in Deutschland im Herbst 2020 im Bonifatiuskloster Hünfeld. Schon das Titelbild aus der Kirche in Friedland, dem von Grethe Badenheuer gestalteten „Verlorenen Sohn“, zeigt den Kurs an: Ein Seelsorger umfängt den Nackten, der alles verloren hat und sich nun an ihn klammert. Die christlichen Kirchen als letzte Hoffnung, als letzter Pfeiler in der Katastrophe von 1945.

Die Herausgeber zitieren in der Einführung aus der Pfingstpredigt 1945 des vertriebenen ermländischen Bischofs Maximilian Kaller, in der wohl erstmals die Anregung fällt, dass die Heimatvertriebenen Brückenbauer sein sollten: „Gesucht werden Menschen, die wieder Brücken bauen können zwischen Seelen und Herzen der Menschen und Völker“.

Thomas Scharf-Wrede, Direktor des Bistumsarchivs Hildesheim, stellt in einem Beitrag Gründung und Arbeit von Diakonie, Caritas und Rotem Kreuz im Durchgangslager Friedland vor. Allein 1945 waren 542.000 Personen zu betreuen. Der Autor schließt mit der Ankunft der letzten Kriegsgefangenen aus der UdSSR. Die Deutschen aus Russland kamen mit großen Erwartungen und fanden auf ihrer ersten Station nicht einmal einen deutschen Seelsorger. Priestermangel im Bistum Hildesheim machte sich bemerkbar. Als der Katholische Flüchtlingsrat den zuständigen Bischof in Hildesheim bat, wenigstens für einen deutschsprachigen Seelsorger zu sorgen, blieb er ohne Antwort.

Auch in der von Jürgen Franz 2022 der Universität Hildesheim vorgelegten Dissertation „Morgenstern in finsterner Nacht. Das Migrationsbistum Hildesheim und die Integration der Heimatvertriebenen 1945–1956“ zeigt, dass man am Domhof trotz neuer Strukturen und Hilfen gegenüber den Heimatvertriebenen nicht immer sensibel genug war, obwohl die Flüchtlinge bald 60 Prozent der Diözesanen ausmachten. Bis 1970 wurde keiner der 170 ins Bistum gekommenen ostdeutschen Priester in eine Leitungsposition der Flüchtlingsseelsorge berufen.

Robert Pech zeichnet am Beispiel von Franz Hamm (1900–1988) den Weg der evangelischen Vertriebenen aus Jugoslawien nach. Hamm unterstützte die Idee von Reisesseelsorgern, die in Regionen, die nach 1945 viele evangelische Christen aufgenommen hatten, für Einheimische und Vertriebene Gottesdienste feierten.

Selten zu lesen ist ein Beitrag wie der von Ulrich Helbach, dem Direktor des Historischen Archivs des Erzbistums Köln: „Die Seelen der Anderen“. Es geht um die Seelsorge für 600.000 ehemaligen Nationalsozialisten, die aus der Kirche ausgetreten waren und von denen nicht wenige den Wiedereintritt erbat. Der Papst ermunterte die Bischöfe zur pastoralen Barmherzigkeit. *Norbert Matern*

Rainer Bendel/Thomas Scharf-Wrede (Hrsg.): „Orientierungssuche. Zur



Bedeutung von Kirche und Glauben

1945–1950“, Aschendorff Verlag, Münster 2023, gebunden, 331 Seiten, 29,90 Euro

## ● AUFGESCHNAPPT

Lächerlichkeit tötet, weshalb ein Filmklassiker ins Visier der „Woke“-Bewegung geraten ist. In Monty Pythons Satire „Das Leben des Brian“ von 1979, der zu Zeiten von Jesus Christus spielt, will ein Mann namens Stan eine Frau sein und Kinder gebären. Seine Genossen von der Widerstandsbewegung machen ihm aber schmerzhaft klar, dass das biologisch nicht geht. Zum Trost bieten sie ihm an, trotzdem für sein Recht auf eine Gebärmutter und aufs Babykriegen zu kämpfen – dann eben als Widerstand gegen die Unterdrückung ganz allgemein. Es ist also ein Kampf gegen die Realität. Nächstes Jahr soll eine Bühnenfassung des Films in London aufgeführt werden. Sämtliche Darsteller hätten ihn gebeten, sagt Schauspieler John Cleese, auf die Szene mit Stans Wunsch aus Rücksicht auf die Trans-Gemeinde zu verzichten. So kann es gehen, wenn die Wirklichkeit die Satire überholt und selbst blödsinnig wird. Der 83-Jährige lehnt die Streichung der Szene allerdings strikt ab: „Ich habe natürlich nicht die Absicht, das zu tun.“ H.H.



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Philip Fabian sieht hinter dem Abrutschen Deutschlands in die Rezession vor allem ein Versagen der Politik. In der „Bild“-Zeitung (26. Mai) beklagt er:

„Marode Straße, schlechtes WLAN, schwache Leistungen an Schulen und Unis. Dafür erdrückend hohe Steuern und immer kompliziertere Regeln ... Diese Probleme muss die Ampel-Regierung schleunigst anpacken, statt die Heizungskeller der verunsicherten Bürger kontrollieren zu wollen.“

Ferdinand Knauss beschreibt im Portal „Achtgut“ (25. Mai) die Parallelen zwischen Kanzler Scholz und dessen Vorgängerin:

„Der Kanzler ist wie seine Vorgängerin Meister im Verschleiern seiner Verantwortung. Er will die Kommunen zwingen zu tun, was er selbst scheut: die Asylmigration zu bremsen. Stattdessen schiebt er den Städten und Gemeinden die Verantwortung für die Folgen zu.“

Harald Martenstein durchleuchtet in der „Welt“ (29. Mai) die Gründe für den starken Aufstieg der AfD in den Umfragen:

„Viele wenden sich der Option AfD gerade aus antitotalitären Motiven zu. Sie haben den Eindruck, dass ihr Land sich zu einem historisch neuen Typus von Diktatur entwickelt, zu einem Land, in dem Freiheit und Bürgerrechte wenig gelten, wo Privatsphäre und Widerspruch nicht mehr selbstverständlich sind, wo Spitzel hofiert, aber die westliche Zivilisation und ihre Lebensweise verteufelt werden und wo eine wirtschaftlich und sozial geradezu suizidale Klima- und Migrationspolitik als alternativlos zu gelten hat.“

Ein Unbekannter konnte sich, ungehindert von zahlreichen Sicherheitsleuten, Kanzler Scholz nähern und ihn umarmen. Wolfgang Koydl fragt in der „Weltwoche“ (29. Mai), ob man in Frankreich, Großbritannien oder den USA auch so desinteressiert über eine derartige Schlamperie bei der Sicherheit des Regierungschefs hinwegginge, und ist sich sicher:

„In diesen Ländern würden Fragen gestellt, es würden Schuldige gesucht – und es würden Köpfe rollen. Notfalls – the buck stops here – bis zum zuständigen Minister. Hier also Nancy Faeser. Genau dies ist der Unterschied zu Deutschland. Hier herrscht eine Unkultur der Verantwortungslosigkeit. Niemand übernimmt Verantwortung, niemand wird verantwortlich gemacht.“

## ● WORT DER WOCHE

„Die Mehrzahl der Leute in meinem Alter weiß schlichtweg nicht, dass Wohlstand erarbeitet werden muss. Sie sind in wohlhabenden Familien aufgewachsen, sind schon immer mehrmals im Jahr in den Urlaub gefahren“

Larissa Fusser, junge Autorin beim „Pleiticker“, schrieb am 29. Mai über die Ursachen der lockeren Arbeitsmoral ihrer Altersgenossen

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Greifen Sie zu!

Wenn keiner mehr weiß, wer mit wem verhandelt ist, und wo die richtig dicken Gewinne warten

VON HANS HECKEL

Da haben wir ja immer noch die FDP. Die wird schon dafür sorgen, dass es alles nicht so schlimm kommt wie von Habeck und seinen Grünen mit verbissenem Eifer angestrebt. Es schwirrt einem der Kopf. Der Heizhammer schmerzt die verunsicherten Deutschen noch ungemindert, da packt der Klimaminister überdies ein dickes Konvolut neuer Überwachungsvorschriften und Dokumentationspflichten für Haushalte und Kommunen obendrauf, was deren Energieverbrauch angeht. „Gebäudescharfe jährliche Endenergieverbräuche“ sollen ermittelt und meldepflichtig werden.

Wozu will er diese Daten haben? Da schon bislang so vieles noch viel schlimmer kam, als anfangs befürchtet wurde, macht die Furcht die Runde, damit könnten spätere Rationierungsprogramme vorbereitet werden. Aber, wie gesagt, da werden sich Habecks liberale Koalitionspartner schon in den Weg stellen.

So wie auch schon beim Heizhammer. Der FDP-Energiepolitiker Lukas Köhler hat es versprochen: „Wir werden dafür sorgen, dass dieses ein gutes Gesetz wird.“ Es gebe nämlich eine „Menge kleiner ordnungsrechtlicher Details“, über die man eine „Debatte führen“ sollte.

Moment mal: Bloß über „ordnungsrechtliche Details“ will der Mann reden? Und dazu nur über „kleine“? Und was ist mit der eigentlichen Frage, dass es einfach grundfalsch sein könnte, den Deutschen zu befehlen, wie sie ihre Wohnungen beheizen, und ihnen dabei sogar die genaue Technik vorzuschreiben? Da sind mehr als „kleine Details“ drin!

Köhlers Manöver riecht nach viel parlamentarischen Tamtam, bei dem das Geräusch weitaus wichtiger ist als der Gehalt dessen, was damit erreicht werden soll. Wer ist dieser Herr Köhler überhaupt? Also erstens fungiert er als Vizechef der FDP-Fraktion im Bundestag. Das macht schon mal was her. Daneben sitzt er aber auch im Rat der „Agora Energiewende“, jener Lobbygruppe, in deren Reihen die „Heizwende“ zusammengeschraubt wurde, bevor der frühere „Agora“-Chef Patrick Graichen das Produkt jener Bemühungen als Staatssekretär zur Regierungspolitik erhoben hat.

Wer streitet da eigentlich mit wem? Ist es überhaupt ein Streit? Nun verstehen wir den Hinweis auf die „kleinen ordnungsrecht-

chen Details“ plötzlich ganz anders. Nämlich so: Die FDP will gar nicht richtig reingrätchen in das vermaledeite Habeck-Gesetz, sondern nur ein bisschen Klimperkram zu rechtbiegen, damit die Liberalen nachher etwas vorweisen können, während sich die Grünen im Kern doch durchgesetzt haben. Köhlers Fraktionskollege Christoph Meyer beruhigte die Reihen der Koalitionäre denn auch mit dem Aufruf: „Wir sollten uns alle ein wenig beruhigen.“ Heißt wohl: Beruhigen, bevor aus einem inszenierten Streit noch ein echter wird.

Warum nur hat man seit einiger Zeit ständig das Gefühl, es gar nicht mehr wie einst mit streitenden Parteien zu tun zu haben, sondern mit verteilten Rollen? Bei dem Projekt Energiewende ist bekanntlich auch US-Milliardär Bill Gates stark engagiert, seit Jahren. Gates rühmt öffentlich seine Kooperation mit Larry Fink, dem Chef des Finanzriesen BlackRock. Dort hat bekanntlich CDU-Chef Merz Karriere gemacht ebenso wie die derzeitige Chefin der Grundsatzabteilung im Wirtschafts- und Klimaschutzministerium, Elga Bartsch. BlackRock will (die PAZ berichtete) auf dem „grünen Markt“ endlich richtig Geld verdienen, wozu man die Unterstützung der Politik benötigt. Denn die muss die herkömmlichen Produkte und Energiequellen erst richtig teuer machen oder verbieten, sonst rechnet sich der grüne Kram am Markt nicht.

## Wohl nur ein Fussel vom großen Filz

Über ein weitverzweigtes Netz von Stiftungen, NGOs, Konzernen, Beteiligungen und Lobbyisten scheint mittlerweile alles miteinander verhandelt zu sein. Wenn man es mit der Ausplünderung der Bürger einmal etwas zu weit und – vor allem – zu offensichtlich treibt, dann kommt ein Lukas Köhler und macht den Volkstribun, um seinen vermeintlichen Widerstand sogleich in „kleine Details“ zu zerbröseln.

Mit dem Sturz von Graichen aus der Regierung haben wir vermutlich nur einen kleinen Fussel dieses Riesenfilzes zu fassen bekommen. Die Grenzen zwischen Lobbyisten, Politikern sowie milliardenschweren Finanziers und Profiteuren sind offenbar komplett verschwunden. Und die Medien? Wo bleibt das selbstverliebte „Sturmgeschütz der Demokratie“, um dem Leser dieses Netzwerk einmal gründlich zu entwirren, damit wieder jeder sehen kann, wer da mit wem ... Ach ja,

Um mit dem grünen Kram Geld machen zu können, müssen die anderen Sachen verboten oder verteuert werden



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

der „Spiegel“. Der hat ja von der Gates-Stiftung nach eigenem Bekunden „Projektgelder“ erhalten, wobei das Magazin ausdrücklich herausstreicht, dass die „kritische, investigative Recherche und die journalistische Unabhängigkeit des Spiegel durch die Kooperation an keiner Stelle beeinträchtigt“ worden sei. Aber sicher.

Haben wir denn keine anderen Sorgen? Doch, die Asylkrise kocht wieder hoch. Nancy Faeser hat dafür Merkels Reden aus dem Schrank geholt und dringt auf eine „europäische Lösung“. Die alten Tricks sind immer noch die besten: Mit ihrer Forderung nach einer „europäischen Lösung“ vermochte es die CDU-Kanzlerin, jede wirksame deutsche Maßnahme zur Eindämmung der Asylflut zu stoppen. Jeder wusste schließlich, dass es die Einigung auf europäischer Ebene nie geben würde. Da kann Faeser jetzt naht- und gefahrlos anknüpfen, um nach wie vor die maximal mögliche, ungezügelter Einwanderung nach Deutschland sicherzustellen.

Davon sind längst nicht alle so angefahren wie eine wachsende Zahl von Deutschen. Denn auch bei der Immigration gibt es eine Reihe äußerst attraktiver Kooperationen.

Da ist beispielsweise ein Hotelbetreiber, der eines seiner Häuser in einem westdeutschen Bundesland großzügig für die Asylsucher-Unterbringung zur Verfügung stellt. Er verpachtet das Objekt für diesen Zweck an die öffentliche Hand. Die zahlt ihm mehr als 3000 Euro pro Monat für jedes Zimmer, und zwar netto – die gegebenenfalls zuzügliche Umsatzsteuer ist vom Pächter, also ebenfalls von der öffentlichen Kasse, zu tragen.

Es kommt noch besser: Die Steuerkasse erstattet dem Hotelbetreiber auch sämtliche Investitionskosten, ebenso wie Müllgebühren und Nebenkosten. Zudem darf der Hotelbetreiber das Catering der neuen „Gäste“ den Steuerbürgern zum Pauschalpreis in Rechnung stellen. Der Vertrag läuft zehn Jahre.

Ja, so macht Geld verdienen Spaß: Keine Investitionskosten, keinerlei unternehmerisches Risiko – stattdessen zehn Jahre lang satte, garantierte Gewinne, die, um die Teuerung auszugleichen, zudem jedes Jahr prozentual angehoben werden. Unternehmer, die sich noch um gute Produkte für kritische Kunden bemühen, sind wirklich Idioten. Heutzutage gilt es, politisch herbeigeführte Gelegenheiten abzugreifen. Sei es in der Asylindustrie oder beim Kampf gegen den Klimawandel. Greifen Sie zu, es lohnt sich!